Großkommentare der Praxis

Löwe-Rosenberg

Die Strafprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz

Großkommentar

26., neu bearbeitete Auflage

herausgegeben von

Volker Erb, Robert Esser, Ulrich Franke,
Kirsten Graalmann-Scheerer, Hans Hilger, Alexander Ignor

Neunter Band

§§ 449–495; EG StPO

Bearbeiter:

§§ 449–463d: Kirsten Graalmann-Scheerer
§§ 464–495: Hans Hilger
EG StPO: Hans Hilger
Sachregister: Friederike Gerber

De Gruyter

Stand der Bearbeitung: April 2010

ISBN 978-389949-488-4
e-ISBN 978-389949-862-2

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.d-nb.de abrufbar.

© 2010 Walter de Gruyter GmbH & Co. KG, Berlin/New York

Datenkonvertierung/Satz: Werksatz Schmidt & Schulz GmbH, Gräfenhainichen
Druck: Bercker Graphischer Betrieb GmbH & Co. KG, Kevelaer

∞ Gedruckt auf säurefreiem Papier

Printed in Germany

www.degruyter.com

Die Bearbeiter der 26. Auflage

Jörg-Peter Becker, Vors. Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe und Obernburg

Camilla Bertheau, Rechtsanwältin in Berlin

Dr. *Werner Beulke*, Professor an der Universität Passau

Dr. *Reinhard Böttcher*, Präsident des Oberlandesgerichts Bamberg a.D., Honorarprofessor an der Ludwig Maximilians-Universität München

Ottmar Breidling, Vors. Richter am Oberlandesgericht Düsseldorf

Dr. *Gabriele Cirener*, Richterin am Landgericht Berlin

Dr. *Volker Erb*, Professor an der Johannes Gutenberg-Universität Mainz

Dr. *Robert Esser*, Professor an der Universität Passau

Dr. *Ulrich Franke*, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe und Hemdingen

Dr. *Dirk Gittermann*, Richter am Oberlandesgericht Celle

Dr. *Sabine Gleß*, Professorin an der Universität Basel

Dr. Dr. h.c. *Karl Heinz Gössel*, Professor an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Richter am Bayerischen Obersten Landesgericht a.D., München

Dr. *Kirsten Graalmann-Scheerer*, Generalstaatsanwältin in Bremen, Honorarprofessorin an der Hochschule für öffentliche Verwaltung in Bremen

Dr. *Hans Hilger*, Ministerialdirektor im Bundesministerium der Justiz a.D., Bad Honnef

Dr. Dr. *Alexander Ignor*, Rechtsanwalt in Berlin, Apl. Professor an der Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. *Christian Jäger*, Professor an der Universität Bayreuth

Dr. *Matthias Jahn*, Professor an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg, Richter am Oberlandesgericht Nürnberg

Dr. *Daniel M. Krause*, Rechtsanwalt in Berlin

Dr. Dr. h.c. *Hans-Heiner Kühne*, Professor an der Universität Trier

Dr. *Klaus Lüderssen*, Professor an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt

Dr. *Holger Matt*, Rechtsanwalt in Frankfurt am Main, Honorarprofessor an der Johann Wolfgang Goethe-Universität Frankfurt am Main

Dr. *Andreas Mosbacher*, Vorsitzender Richter am Landgericht Berlin

Dr. *Günther M. Sander*, Richter am Bundesgerichtshof, Honorarprofessor an der Humboldt-Universität zu Berlin

Dr. *Gerhard Schäfer*, Vors. Richter am Bundesgerichtshof a.D., Karlsruhe und Stuttgart

Dr. *Wolfgang Siolek*, Vors. Richter am Oberlandesgericht Celle

Dr. *Carl-Friedrich Stuckenberg*, Professor an der Universität des Saarlandes Saarbrücken

Thomas Wickern, Leitender Oberstaatsanwalt beim Generalstaatsanwalt in Düsseldorf

Vorwort

Der Löwe-Rosenberg hatte 2004 seinen 125. Geburtstag und ist damit – soweit ersichtlich – das älteste weiterhin aktuelle Erläuterungsbuch.

Als Großkommentar hat er die Aufgabe, den Erkenntnisstand und die rechtlichen Probleme des Strafverfahrensrechts möglichst vollständig darzustellen und Wege zur Lösung auch entlegener Fragen aufzuzeigen. In einem Großkommentar der Praxis muss dabei der Praxisbezug theoretischer Streitfragen und der historischen Entwicklung deutlich werden. Die Entwicklungsgeschichte der Strafprozessordnung und der Strafgerichtsverfassung seit dem Inkrafttreten der Reichsjustizgesetze, nebst Strafverfahrensrecht der DDR und dem Recht der Vereinigung, sowie die Entstehungsgeschichte der einzelnen Vorschriften sind sorgfältig darzustellen.

Die mehr als 120-jährige Entwicklung des Strafprozessrechts in Deutschland, die namentlich in neuerer Zeit hektische Gesetzgebungstätigkeit sowie eine sich zunehmend verfeinernde und immer stärker ausdifferenzierende wissenschaftliche Entwicklung und Rechtsprechung bedeuten auch für dieses Rechtsgebiet eine kodifikatorische Spätzeit, in der die Grundlagen von einem fast undurchschaubaren Geflecht von Einzelheiten überlagert werden. Ein Großkommentar kann, auch wenn er dazu beitragen muss, den Rückgriff auf Grundprinzipien zu ermöglichen, nicht darauf verzichten, diese Ausdifferenzierung zu dokumentieren und soweit erforderlich zu bewerten und zu systematisieren.

Inhaltlich wird diese Konzeption in der 26. Auflage im Wesentlichen beibehalten und ergänzt. Stärker als bisher soll der Einfluss der Entwicklung des europäischen Rechts und der Rechtsprechung der europäischen Gerichte auf das Strafverfahrensrecht und das Recht der Strafgerichtsverfassung sowie die nationale Rechtsprechung hierzu berücksichtigt werden. Dies wird sich schon in der neuen Einleitung in diesem Band sowie in der Kommentierung zu den einzelnen Bestimmungen zeigen; die gesonderte Kommentierung der für das Strafverfahren bedeutsamen Vorschriften der EMRK wird weitergeführt. Auf der Grundlage dieser Konzeption ist jeder Autor für den Inhalt seiner Kommentierung verantwortlich.

Die zunehmende Flut der Veröffentlichungen hat inzwischen einen Umfang erreicht, der es nicht mehr in allen Bereichen möglich macht, den Grundsatz der vollständigen Dokumentation des Materials uneingeschränkt zu erfüllen. Es bleibt daher der Verantwortung eines jeden Autors überlassen, ob und in welchem Umfang er eine Auswahl trifft.

Für die 26. Auflage sind zehn Bände geplant, insgesamt voraussichtlich 10.000 Seiten. Sie wird jedoch nicht mehr in Einzellieferungen erscheinen, sondern bandweise. Das Werk soll im Jahre 2010 abgeschlossen werden.

Herausgeber, Verlag und bisherige Autoren möchten an dieser Stelle dem Herausgeber der 24. und 25. Auflage, Herrn MD a.D. Prof. Dr. Peter Rieß, noch einmal herzlich für seine unermüdliche und umsichtige Arbeit danken.

Seine Aufgabe übernehmen jetzt für die 26. Auflage sechs neue Herausgeber. Jeweils zwei Herausgeber sind als Bandredakteure verantwortlich.

Ausgeschieden sind aus dem Kreis der 19 Autoren, die an der 25. Auflage mitgewirkt haben: Präs. LG Olaf Boll, RA Prof. Dr. Hans Dahs, MinDgt. a.D. Dr. Walter Gollwitzer, Prof. Dr. Ernst-Walter Hanack, MD a.D. Prof. Dr. Peter Rieß, GStA a.D. Günter Wendisch,

dieser inzwischen im Alter von 90 Jahren verstorben. Verlag und Herausgeber danken diesen Autoren für ihre langjährige, engagierte Mitarbeit, die Erscheinungsbild und Ruf des Kommentars maßgeblich mitgeprägt hat.

Folgende neue Autoren werden in der 26. Auflage mitarbeiten: RiBGH Jörg-Peter Becker, RAin Camilla Bertheau, RiLG Dr. Gabriele Cirener, Prof. Dr. Volker Erb, Prof. Dr. Robert Esser, RiOLG Dr. Dirk Gittermann, Prof. Dr. Sabine Gless, RA Prof. Dr. Dr. Alexander Ignor, Prof. Dr. Christian Jäger, RiOLG Prof. Dr. Matthias Jahn, Prof. Dr. Hans-Heiner Kühne, Vors. RiLG Dr. Andreas Mosbacher, RiBGH Prof. Dr. Günther Sander und PrivDoz. Dr. Carl-Friedrich Stuckenberg.

Verlag, Herausgeber und Autoren werden weiterhin bemüht sein, die hohen Erwartungen zu erfüllen, die sich mit diesem Kommentar seit jeher verbinden.

Der hiermit vorgelegte Band IX hat durchgehend den Bearbeitungsstand 30. April 2010; teilweise konnte auch noch später erschienene Rechtsprechung und Literatur berücksichtigt werden.

Berlin, im Mai 2010 *Die Herausgeber*

Hinweise für die Benutzung des Löwe-Rosenberg

1. Inhalt der Kommentierung

Der Löwe-Rosenberg kommentiert die StPO, das EGStPO, das GVG, das EGGVG und die GVGVO mit Ausnahme der nur den Zivilprozess betreffenden Teile, sowie – mit dem Schwerpunkt auf den strafverfahrensrechtlich besonders bedeutsamen Regelungen – die EMRK und den IPBPR. Wenig bekannte oder schwer auffindbare strafverfahrensrechtliche Nebengesetze, deren Wortlaut für die Kommentierung erforderlich ist, werden bei den einschlägigen Erläuterungen im Kleindruck wiedergegeben.

2. Erscheinungsweise und Stand der Bearbeitung

Die 26. Auflage des Löwe-Rosenberg erscheint erstmals in **Bänden**, deren Erscheinungs-Reihenfolge von der des Gesetzes abweichen kann. Die Bände werden aber in der vom Gesetz vorgegebenen Reihenfolge durchnumeriert.

Der **Stand der Bearbeitung** ist dem Vorwort jedes Bandes zu entnehmen. Die Autoren sind bemüht, besonders wichtige Änderungen und Entwicklungen auch noch nach diesem Stichtag bis zur Drucklegung des Bandes zu berücksichtigen.

3. Bearbeiter

Jeder Bearbeiter (in der Fußzeile angegeben) trägt für seinen Teil die alleinige inhaltliche Verantwortung. Die Stellungnahmen zu Rechtsfragen, die an mehreren Stellen des Kommentars behandelt werden, können daher voneinander abweichen. Auf solche Abweichungen wird nach Möglichkeit hingewiesen.

4. Aufbau der Kommentierung

Neben der umfassenden Einleitung zum Gesamtwerk sind den Untereinheiten der kommentierten Gesetze (Bücher, Abschnitte, Titel), soweit erforderlich, **Vorbemerkungen** vorangestellt, die das für die jeweilige Untereinheit Gemeinsame erläutern.

Der den Vorbemerkungen und den Kommentierungen der einzelnen Vorschriften erforderlichenfalls vorangestellte Abschnitt **Geltungsbereich** enthält Hinweise auf zeitliche und örtliche Besonderheiten. Der Abschnitt **Entstehungsgeschichte** gibt, abgesehen von ganz unwesentlichen Änderungen, die Entwicklung der geltenden Fassung der Vorschrift vom Erlass des jeweiligen Gesetzes an wieder. Fehlt er, so kann davon ausgegangen werden, dass die Vorschrift unverändert ist. Der Hinweis **auf geplante Änderungen** verzeichnet Änderungsvorschläge, die sich beim Abschlusszeitpunkt der Lieferung im parlamentarischen Gesetzgebungsverfahren befinden.

Die Erläuterungen sind nach systematischen Gesichtspunkten gegliedert, die durch Überschriften oder Stichworte hervorgehoben sind. In der Regel ist den Erläuterungen eine **systematische Übersicht** vorangestellt. Soweit angebracht wird sie bei besonders umfangrei-

chen Erläuterungen durch eine **alphabetische Übersicht** ergänzt. Bei den Erläuterungen selbst werden für jede Vorschrift (zur Erleichterung des Zitierens) durchlaufende Randnummern verwendet.

5. Schrifttum

Der Kommentar enthält am Anfang jedes Bandes ein allgemeines Literaturverzeichnis, das nur die häufiger verwendete oder allgemeine Literatur enthält. Den Vorbemerkungen und den Kommentierungen der einzelnen Vorschriften sind Schrifttumsverzeichnisse vorangestellt, die einen Überblick über das wesentliche Schrifttum zu dem jeweils behandelten Thema geben.

6. Zitierweise

Literatur, die in diesen Schrifttumsverzeichnissen enthalten ist, wird im laufenden Text im allgemeinen nur mit dem Namen des Verfassers (ggfs. mit einer unterscheidenden Kurzbezeichnung) oder der sonstigen im Schrifttumsverzeichnis angegebenen Kurzbezeichnung zitiert, doch wird bei Veröffentlichungen in Zeitschriften vielfach auch die genaue Fundstelle nachgewiesen. Sonst sind selbständige Werke mit (gelegentlich verkürztem) Titel und Jahreszahl, unselbständige Veröffentlichungen (auch Beiträge in Festschriften u.ä.) mit der Fundstelle angegeben. **Auflagen** sind durch hochgestellte Zahlen gekennzeichnet; fehlt eine solche Angabe, so wird aus der Auflage zitiert, die im allgemeinen Schrifttumsverzeichnis angegeben ist. Hat ein Werk Randnummern, so wird nach diesen, sonst nach Seitenzahl oder Gliederungspunkten zitiert.

Befindet sich beim Zitat anderer **Kommentare** die in Bezug genommene Stelle im gleichen Paragraphen, so wird nur die Randnummer oder (bei deren Fehlen) der Gliederungspunkt angegeben; wird auf die Erläuterungen bei einem anderen Paragraphen Bezug genommen, so wird dieser genannt. Entsprechend wird auch im LÖWE-ROSENBERG selbst verwiesen. Bei diesem wird, wenn nichts anderes angegeben ist, auf die gegenwärtige 26. Auflage verwiesen. Ist der Band mit den Erläuterungen, auf die verwiesen werden soll, noch nicht erschienen, so ist, soweit dies sachdienlich erschien, in Klammern ergänzend die genaue Fundstelle in der 25. Auflage angegeben.

Zeitschriften werden regelmäßig mit dem Jahrgang zitiert. Ausnahmen (Bandangabe) bilden namentlich ZStW, GA (bis 1933) und VRS; hier ist regelmäßig die Jahreszahl zusätzlich angegeben. Bei der Angabe der Fundstelle eines amtlichen **Verkündungsblattes** wird die Jahreszahl nur angegeben, wenn sie von der Jahreszahl der Rechtsvorschrift abweicht.

Entscheidungen werden im allgemeinen nur mit einer Fundstelle angegeben. Dabei hat die amtliche Sammlung eines obersten Bundesgerichtes den Vorrang, sonst die Fundstelle, die die Entscheidung mit Anmerkung oder am ausführlichsten wiedergibt.

7. Abkürzungen

Die verwendeten Abkürzungen, namentlich von Gesetzen, Verwaltungsvorschriften, Entscheidungssammlungen, Zeitschriften usw. sind im **Abkürzungsverzeichnis** nachgewiesen.

Inhaltsübersicht

Bearbeiterverzeichnis V
Vorwort VII
Hinweise für die Benutzung des Löwe-Rosenberg IX
Abkürzungsverzeichnis XV
Literaturverzeichnis XLVII

STRAFPROZESSORDNUNG

SIEBENTES BUCH
STRAFVOLLSTRECKUNG UND KOSTEN DES VERFAHRENS

Erster Abschnitt
Strafvollstreckung

Vor § 449 1
§ 449 22
§ 450 35
§ 450a 46
§ 451 53
§ 452 78
§ 453 84
§ 453a 105
§ 453b 106
§ 453c 109
§ 454 119
§ 454a 164
§ 454b 173
§ 455 191
§ 455a 205
§ 456 208
§ 456a 213
§ 456b 224
§ 456c 225
§ 457 230
§ 458 243
§ 459 255
§ 459a 259
§ 459b 265
§ 459c 267

§ 459d 273
§ 459e 279
§ 459f 285
§ 459g 290
§ 459h 296
§ 459i 301
§ 460 302
§ 461 327
§ 462 334
§ 462a 339
§ 463 374
§ 463a 397
§ 463b 405
§ 463c 407
§ 463d 413

Zweiter Abschnitt
Kosten des Verfahrens

Vor § 464 417
§ 464 427
§ 464a 461
§ 464b 488
§ 464c 498
§ 464d 500
§ 465 502
§ 466 523
§ 467 529
§ 467a 565
§ 468 578
§ 469 580
§ 470 587
§ 471 594
§ 472 609
§ 472a 621
§ 472b 623
§ 473 628
§ 473a 676

ACHTES BUCH
ERTEILUNG VON AUSKÜNFTEN UND AKTENEINSICHT, SONSTIGE VERWENDUNG VON DATEN FÜR VERFAHRENSÜBERGREIFENDE ZWECKE, DATEIREGELUNGEN, LÄNDERÜBERGREIFENDES STAATSANWALTSCHAFTLICHES VERFAHRENSREGISTER

Erster Abschnitt
Erteilung von Auskünften und Akteneinsicht, sonstige Verwendung von Daten für verfahrensübergreifende Zwecke

Vor § 474 679
§ 474 686
§ 475 692
§ 476 696
§ 477 703
§ 478 713
§ 479 719
§ 480 722
§ 481 723
§ 482 726

Zweiter Abschnitt
Dateiregelungen

Vor § 483 729
§ 483 741
§ 484 745
§ 485 752
§ 486 753
§ 487 756
§ 488 760
§ 489 765
§ 490 773
§ 491 775

Dritter Abschnitt
Länderübergreifendes staatsanwaltliches Verfahrensregister

Vor § 492 781
§ 492 783
§ 493 793
§ 494 798
§ 495 810

EINFÜHRUNGSGESETZ ZUR STRAFPROZESSORDNUNG

Vorbemerkungen 813
§ 1 813
§ 2 814
§ 3 814
§ 4 816
§ 5 817
§ 6 817
§ 7 820
§ 8 820
§ 9 821
§ 10 822
§ 11 822
§ 12 823
§ 13 823

Sachregister 825

Abkürzungsverzeichnis

AA	Auswärtiges Amt
a.A.	anderer Ansicht
aaO	am angegebenen Orte
Abg.	Abgeordneter
AbgG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder des Deutschen Bundestages (Abgeordnetengesetz – AbgG) vom 18.2.1977 i.d.F. der Bek. vom 21.2.1996 (BGBl. I S. 327)
abl.	ablehnend
ABl.	Amtsblatt
ABlEG	Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften; Ausgabe C: Mitteilungen und Bekanntmachungen; Ausgabe L: Rechtsvorschriften (zit.: ABlEG Nr. L … /(Seite) vom …)
AblEU	Amtsblatt der Europäischen Union (ab 2003); Ausgabe C: Mitteilungen und Bekanntmachungen; Ausgabe L: Rechtsvorschriften (zit.: AblEU Nr. L …/(Seite) vom …)
ABMG	Autobahnmautgesetz für schwere Nutzfahrzeuge vom 5.4.2002 (BGBl. I S. 1234)
Abs.	Absatz
Abschn.	Abschnitt
abw.	abweichend
AChRMV	Afrikanische Charta der Rechte der Menschen und Völker vom 26.6.1981, deutsche Übersetzung EuGRZ 1990 348
AcP	Archiv für die civilistische Praxis
AdoptG	Adoptionsgesetz vom 2.7.1976 (BGBl. I S. 1749)
AdVermiG	Adoptionsvermittlungsgesetz vom 27.11.1989 (BGBl. I S. 2014) i.d.F. der Bek. vom 22.12.2001 (BGBl. 2002 I S. 354)
a.E.	am Ende
ÄndG	Änderungsgesetz
ÄndVO	Änderungsverordnung
a.F.	alte Fassung
AfP	Archiv für Presserecht, Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht
AG	Amtsgericht; in Verbindung mit einem Gesetz: Ausführungsgesetz
AGIS	Beschluss des Rates der Europäischen Union vom 22.7.2002 über ein Rahmenprogramm für die polizeiliche und justitielle Zusammenarbeit in Strafsachen – AGIS (ABlEG Nr. C 203/5 vom 1.8.2002)
AGGewVerbrG	Ausführungsgesetz zum Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung vom 24.11.1933 (RGBl. I S. 1000)
AGGVG	Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes (Landesrecht)
AGS	Zeitschrift für das gesamte Gebührenrecht und Anwaltsmanagement
AGStPO	Ausführungsgesetz zur Strafprozessordnung (Landesrecht)
AHK	Alliierte Hohe Kommission
AIDP	Association Internationale de Droit Pénal
AJIL	American Journal of International Law

AktG	Gesetz über Aktiengesellschaften und Kommanditgesellschaften auf Aktien (Aktiengesetz) vom 6.9.1965 (BGBl. I S. 1089)
AktO	Anweisung für die Verwaltung des Schriftguts bei den Geschäftsstellen der Gerichte und der Staatsanwaltschaften (Aktenordnung), abgedruckt bei Piller/Hermann, 1
allg. M.	allgemeine Meinung
Alsb.E	Die strafprozessualen Entscheidungen der Oberlandesgerichte, herausgegeben von Alsberg und Friedrich (1927), 3 Bände
Alt.	Alternative
a.M.	anderer Meinung
AMRK	Amerikanische Menschenrechtskonvention vom 22.11.1969 (Pact of San José), deutsche Übersetzung EuGRZ 1980 435
amtl.	amtlich
amtl. Begr.	amtliche Begründung
Anh.	Anhang
AnhRügG	Gesetz über die Rechtsbehelfe bei Verletzung des Anspruchs auf rechtliches Gehör (Anhörungsrügengesetz) vom 9.12.2004 (BGBl. I S. 3220)
Anl.	Anlage
Anm.	Anmerkung
AnwBl.	Anwaltsblatt
AöR	Archiv des öffentlichen Rechts
AO	Abgabenordnung vom 16.3.1976 (BGBl. I S. 613) i.d.F. der Bek. vom 1.10.2002 (BGBl. I S. 3866)
AOStrÄndG	Gesetz zur Änderung strafrechtlicher Vorschriften der Reichsabgabenordnung und anderer Gesetze vom 10.8.1967 (BGBl. I S. 877)
ArbGG	Arbeitsgerichtsgesetz vom 3.9.1953 i.d.F. der Bek. vom 2.7.1979 (BGBl. I S. 853)
ArchKrim.	Archiv für Kriminologie
ArchPF	Archiv für das Post- und Fernmeldewesen
ArchVR	Archiv des Völkerrechts
arg.	argumentum
Art.	Artikel
ASIL	The American Society of International Law
AsylVfG	Gesetz über das Asylverfahren vom 26.6.1992 (BGBl. I S. 1126) i.d.F. der Bek. vom 27.7.1993 (BGBl. I S. 1361)
AtomG	Gesetz über die friedliche Verwendung der Kernenergie und den Schutz gegen ihre Gefahren (Atomgesetz) vom 31.10.1976 (BGBl. I S. 3053) i.d.F. der Bek. vom 15.7.1985 (BGBl. I S. 1565)
AufenthG/EWG	Gesetz über die Einreise und Aufenthalt von Staatsangehörigen der Mitgliedstaaten der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (Aufenthaltsgesetz/EWG) v. 22.7.1969 (BGBl. I S. 927) i.d.F. der Bek. vom 31.1.1980 (BGBl. I S. 116)
aufg.	aufgehoben
Aufl.	Auflage
ausf.	ausführlich
AuslG	Gesetz über die Einreise und den Aufenthalt von Ausländern im Bundesgebiet (Ausländergesetz) vom 9.7.1990 (BGBl. I S. 1354)
AusnVO	Ausnahme-(Not-)Verordnung (1) VO zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 1.12.1930 (RGBl. I S. 517) (2) VO zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen vom 6.10.1931 (RGBl. I S. 537, 563)

	(3) VO zur Sicherung von Wirtschaft und Finanzen und zum Schutz des inneren Friedens vom 8.12.1931 (RGBl. I S. 743) (4) VO über Maßnahmen auf dem Gebiet der Rechtspflege und Verwaltung vom 14.6.1932 (RGBl. I S. 285)
AV	Allgemeine Verfügung
AWG	Außenwirtschaftsgesetz vom 28.4.1961 (BGBl. I S. 481)
Az	Aktenzeichen
AZR-Gesetz	Gesetz über das Ausländerzentralregister (AZR-Gesetz) vom 2.9. 1994 (BGBl. I S. 2265) i.d.F. der Bek. vom 23.12.2003 (BGBl. I S. 2848)
BAG	Bundesarbeitsgericht
BÄO	Bundesärzteordnung i.d.F. der Bek. vom 16.4.1987 (BGBl. I S. 1218) zuletzt geändert durch Gesetz zur Änderung der Bundesärzteordnung und anderer Gesetze vom 21.7.2004 (BGBl. I S. 1776)
BAK	Blutalkoholkonzentration
BAnz.	Bundesanzeiger
BaWü.	Baden-Württemberg
Bay.	Bayern, bayerisch
BayAGGVG	Bayerisches Gesetz zur Ausführung des Gerichtsverfassungsgesetzes und von Verfahrensgesetzen des Bundes vom 23.6.1981 (BayGVBl. S. 188)
BayBS	Bereinigte Sammlung des Bayerischen Landesrechts (1802 bis 1956)
BayObLG	Bayerisches Oberstes Landesgericht
BayObLGSt	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Strafsachen
BayRS	Bayerische Rechtssammlung (ab 1.1.1983)
BayVerf.	Verfassung des Freistaates Bayern vom 2.12.1946 (BayBS. I 3)
BayVerfGH	Bayerischer Verfassungsgerichtshof
BayVerfGHE	s. BayVGHE
BayVerwBl.	Bayerische Verwaltungsblätter
BayVGH	Bayerischer Verwaltungsgerichtshof
BayVGHE	Sammlung von Entscheidungen des Bayerischen Verwaltungsgerichtshofs mit Entscheidungen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofes, des Bayerischen Dienststrafhofs und des Bayerischen Gerichtshofs für Kompetenzkonflikte
BayZ	Zeitschrift für Rechtspflege in Bayern (1905–34)
BB	Der Betriebsberater (Zeitschrift)
BBG	Bundesbeamtengesetz vom 14.7.1953 (BGBl. I S. 551) i.d.F. der Bek. vom 31.3.1999 (BGBl. I S. 675)
Bbg.	Brandenburg
BbgVerfG	Brandenburgisches Verfassungsgericht
Bd.	Band
BDG	Bundesdisziplinargesetz vom 9.7.2001 (BGBl. I S. 1510)
BDH	Bundesdisziplinarhof (jetzt Bundesverwaltungsgericht)
BDSG	Bundesdatenschutzgesetz i.d.F. der Bek. vom 14.1.2003 (BGBl. I S. 66)
BeamtStG	Gesetz zur Regelung des Statusrechts der Beamtinnen und Beamten in den Ländern (Beamtenstatusgesetz – BeamtStG) vom 17.6.2008 (BGBl. I S. 1010)
Begr.	Begründung
BegrenzungsVO	Verordnung über die Begrenzung der Geschäfte des Rechtspflegers bei der Vollstreckung in Straf- und Bußgeldsachen vom 26.6.1970 (BGBl. I S. 992) i.d.F. der Bek. v. 16.2.1982 (BGBl. I S. 188)

BEG-SchlußG	Zweites Gesetz zur Änderung des Bundesentschädigungsgesetzes vom 14.9.1965 (BGBl. I S. 1315)
Bek.	Bekanntmachung
Bek. 1924	Strafprozeßordnung i.d.F. der Bek. vom 22.3.1924 (RGBl. I S. 299, 322)
Bek. 1950	Strafprozeßordnung i.d.F. der Bek. vom 12.9.1950 (BGBl. S. 629)
Bek. 1965	Strafprozeßordnung i.d.F. der Bek. vom 17.9.1965 (BGBl. I S. 1373)
Bek. 1975	Strafprozeßordnung i.d.F. der Bek. vom 7.1.1975 (BGBl. I S. 129)
Bek. 1987	Strafprozeßordnung i.d.F. der Bek. vom 7.4.1987 (BGBl. I S. 1074)
ber.	berichtigt
BerathG	Gesetz über Rechtsberatung und Vertretung für Bürger mit geringem Einkommen (Beratungshilfegesetz) vom 18.6.1980 (BGBl. I S. 689)
BerlVerfGH	Berliner Verfassungsgerichtshof
BerRehaG	Gesetz über den Ausgleich beruflicher Benachteiligungen für Opfer politischer Verfolgung im Beitrittsgebiet (Berufliches Rehabilitierungsgesetz – BerRehaG) vom 23.6.1994 (BGBl. I S. 1314)
Beschl.	Beschluss
Bespr.	Besprechung
BeurkG	Beurkundungsgesetz vom 28.8.1969 (BGBl. I S. 1513)
BewHi.	Bewährungshilfe (Zeitschrift)
BezG	Bezirksgericht
BFH	Bundesfinanzhof
BfJG	Gesetz über die Errichtung des Bundesamtes für Justiz = Art. 1 des Gesetzes zur Errichtung und zur Regelung der Aufgaben des Bundesamtes für Justiz vom 17.12.2006 (BGBl. I 3171)
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch vom 18.8.1896 (RGBl. S. 195) i.d.F. der Bek. vom 2.1.2002 (BGBl. I S. 42, ber. S. 2909 und BGBl. I 2003 S. 738).
BGBl. I, II, III	Bundesgesetzblatt Teil I, II und III
BGH	Bundesgerichtshof
BGH-DAT	Datenbank der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs auf CD-ROM, herausgegeben von Werner Theune
BGHE Strafs.	Rechtsprechung des Bundesgerichtshofes in Strafsachen auf CD-ROM, herausgegeben von Mitgliedern des Gerichts
BGHGrS	Bundesgerichtshof, Großer Senat (hier in Strafsachen)
BGHR	BGH-Rechtsprechung in Strafsachen (Loseblattsammlung)
BGHRZ	BGH-Rechtsprechung in Zivilsachen (Loseblattsammlung)
BGHSt	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Strafsachen
BGHZ	Entscheidungen des Bundesgerichtshofs in Zivilsachen
BGSG	Gesetz über den Bundesgrenzschutz (Bundesgrenzschutzgesetz – BGSG) vom 19.10.1994 (BGBl. I S. 2978)
BGSNeuRegG	Gesetz zur Neuregelung der Vorschriften über den Bundesgrenzschutz (Bundesgrenzschutzneuregelungsgesetz – BGSNeuRegG) vom 19.10.1994 (BGBl. I S. 2978)
BinnSchiffG	Gesetz betr. die privatrechtlichen Verhältnisse der Binnenschiffahrt (Binnenschiffahrtsgesetz) vom 15.6.1895 i.d.F. der Bek. vom 15.6. 1898 (RGBl. S. 868)
BinSchiffVfG	Gesetz über das gerichtliche Verfahren in Binnenschiffahrts- und Rheinschiffahrtssachen vom 27.9.1952 (BGBl. I S. 641)
BKA	Bundeskriminalamt
BKAG	Gesetz über das Bundeskriminalamt und die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in kriminalpolizeilichen Angelegenheiten (Bundeskriminalamtgesetz – BKAG) vom 7.7.1997 (BGBl. I S. 1650)

Bln.	Berlin
Bln.GVBl.Sb.	Sammlung des bereinigten Berliner Landesrechts, Sonderband I (1806 bis 1945) und II (1945 bis 1967)
Blutalkohol	Blutalkohol, Wissenschaftliche Zeitschrift für die medizinische und juristische Praxis
BMI	Bundesminister(-ium) des Innern
BMinG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der Mitglieder der Bundesregierung (Bundesministergesetz) vom 17.6.1953 (BGBl. I S. 407) i.d.F. der Bek. vom 27.7.1971 (BGBl. I S. 1166)
BMJ	Bundesminister(-ium) der Justiz
BNDG	Gesetz über den Bundesnachrichtendienst vom 20.12.1990 (BGBl. I S. 2979) i.d.F. der Bek. vom 9.1.2002 (BGBl. I S. 361 ff.)
Bonn.Komm.	Kommentar zum Bonner Grundgesetz (Loseblattausgabe)
BORA	Berufsordnung für Rechtsanwälte i.d.F. der Bek. vom 1.11.2001
BPolBG	Bundespolizeibeamtengesetz i.d.F. der Bek. vom 3.6.1976 (BGBl. I S. 1357)
BR	s. BRat
BRAGO	Bundesgebührenordnung für Rechtsanwälte vom 26.7.1957 (BGBl. I 907); ersetzt durch das Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG)
BRAK	Bundesrechtsanwaltskammer
BRAK-Mitt.	Mitteilungen der Bundesrechtsanwaltskammer
BranntWMonG	Branntweinmonopolgesetz vom 8.4.1922 (RGBl. I S. 405; BGBl. III 612-7)
BRAO	Bundesrechtsanwaltsordnung vom 1.8.1959 (BGBl. I S. 565)
BRat	Bundesrat
BRDrucks.	Drucksachen des Bundesrats
BReg.	Bundesregierung
Brem.	Bremen
BRProt.	Protokolle des Bundesrates
BS	Sammlung des bereinigten Landesrechts
BSG	Bundessozialgericht
Bsp.	Beispiel
BT	Bundestag
BTDrucks.	Drucksachen des Bundestags
BtG	Gesetz zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige (Betreuungsgesetz – BtG) vom 12.9.1990 (BGBl. I S. 2002)
BtMG	Gesetz über den Verkehr mit Betäubungsmitteln (Betäubungsmittelgesetz) vom 28.7.1981 (BGBl. I S. 681) i.d.F. der Bek. vom 1.3.1994 (BGBl. I S. 358)
BTProt.	s. BTVerh.
BTRAussch.	Rechtsausschuss des Deutschen Bundestags
BTVerh.	Verhandlungen des Deutschen Bundestags
BVerfG	Bundesverfassungsgericht
BVerfGE	Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfGG	Gesetz über das Bundesverfassungsgericht vom 12.3.1951 i.d.F. der Bek. vom 11.8.1993 (BGBl. I S. 1473)
BVerfGK	Kammerentscheidungen des Bundesverfassungsgerichts
BVerfSchG	Gesetz über die Zusammenarbeit des Bundes und der Länder in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes und über das Bundesamt für Verfassungsschutz (Bundesverfassungsschutzgesetz) vom 20.12.1990 (BGBl. I S. 2954)
BVerwG	Bundesverwaltungsgericht

BVerwGE	Entscheidungen des Bundesverwaltungsgerichts
BW	Baden-Württemberg
bzgl.	bezüglich
BZRG	Gesetz über das Zentralregister und das Erziehungsregister (Bundeszentralregistergesetz) vom 18.3.1971(BGBl. I S. 243) i.d.F. der Bek. vom 21.9.1984 (BGBl. I S. 1229)
2. BZRÄndG	Zweites Gesetz zur Änderung des Bundeszentralregistergesetzes (2. BZRÄndG) vom 17.7.1984 (BGBl. I S. 990)
bzw.	beziehungsweise
CCBE	Council of the Bars and Law Societies of the European Union
CCC	Constitutio Criminalis Carolina
CD	Collection of Decisions Bd. 1 bis 46 (1960 bis 1974), Entscheidungen der Europäischen Kommission für Menschenrechte über die Zulässigkeit von Beschwerden
CDE	Cahiers de droit européen (Zeitschrift)
ChE	Chiemsee-Entwurf (Verfassungsausschuß der Ministerpräsidentenkonferenz der Westlichen Besatzungszonen. Bericht über den Verfassungskonvent auf Herrenchiemsee vom 10. bis 23.8.1948) (1948)
ChemG	Chemikaliengesetz i.d.F. der Bek. vom 20.6.2002 (BGBl. I 2090)
CJ	Corpus Juris
CJEL	Columbia Journal of European Law
CPP	Code Procédure Penal
CCPR	Human Rights Committee/Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen
CMLRev	Common Market Law Review
CPS	Crown Prosecution Service
CPT	Committee for the Prevention of Torture – Europäischer Ausschuss zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe (Europarat)
Crim. L.R.	Criminal Law Review
CR	Computer und Recht
CWÜAG	Ausführungsgesetz zum Chemiewaffenübereinkommen vom 2.8. 1994 (BGBl. I S. 1954)
DA	Dienstanweisung
DAG	Deutsches Auslieferungsgesetz vom 23.12.1929 (BGBl. I. S. 239), aufgehoben durch IRG vom 23.12.1982 (BGBl. I S. 2071)
DAR	Deutsches Autorecht (Zeitschrift)
DAV	DeutscherAnwaltVerein
DB	Der Betrieb (Zeitschrift)
DDevR	Deutsche Devisen-Rundschau (1951–59)
DDR	Deutsche Demokratische Republik
ders.	derselbe
DERechtsmittelG	Diskussionsentwurf für ein Gesetz über die Rechtsmittel in Strafsachen, im Auftrag der JMK vorgelegt von der Bund-Länder-Arbeitsgruppe Strafverfahrensreform (1975)
DG	Disziplinargesetz (der Länder)
Die Justiz	Die Justiz, Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg
Die Polizei	Die Polizei (seit 1955: Die Polizei – Polizeipraxis)
dies.	dieselbe
Diss.	Dissertation
DiszO	Disziplinarordnung (der Länder)

DJ	Deutsche Justiz, Rechtspflege und Rechtspolitik (1933–45)
DJT	Deutscher Juristentag (s. auch VerhDJT)
DJZ	Deutsche Juristenzeitung (1896–1936)
DNA-AnalyseG	Gesetz zur Novellierung der forensischen DNA-Analyse v. 12.8.2005, BGBl. I S. 2360
DNA-IFG	DNA-Identitätsfeststellungsgesetz vom 7.9.1998 (BGBl. I S. 2646; 1999 I S. 1242).
DNP	Die Neue Polizei
DNutzG	Gesetz zur effektiveren Nutzung von Dateien im Bereich der Staatsanwaltschaften vom 10.9.2004 (BGBl. I S. 2318)
DÖV	Die Öffentliche Verwaltung
DOGE	Entscheidungen des Deutschen Obergerichts für das Vereinigte Wirtschaftsgebiet
DPA	Deutsches Patentamt
DR	Deutsches Recht (1931 bis 1945); Decisions and Reports (ab 1975): Entscheidungen über die Zulässigkeit von Beschwerden; Berichte der Europäischen Kommission für Menschenrechte; Resolutionen des Ministerkomitees des Europarates
DRechtsw.	Deutsche Rechtswissenschaft (1936–43)
DRiG	Deutsches Richtergesetz vom 8.9.1961 (BGBl. I S. 1665) i.d.F. der Bek. vom 19.4.1972 (BGBl. I S. 713)
DRiZ	Deutsche Richterzeitung
DRpfl.	Deutsche Rechtspflege (1936 bis 1939)
DRsp.	Deutsche Rechtsprechung, herausgegeben von Feuerhake (Loseblattsammlung)
Drucks.	Drucksache
Drucks. KOM	Drucksache der Kommission
DRZ	Deutsche Rechts-Zeitschrift (1946 bis 1950)
DSteuerR	Deutsches Steuerrecht (Zeitschrift)
DStR	Deutsches Strafrecht (1934 bis 1944)
DStrZ	Deutsche Strafrechts-Zeitung (1914 bis 1922)
DStZ	Deutsche Steuer-Zeitung
dt.	deutsch
DtBR	Das Deutsche Bundesrecht, Gesetzessammlung mit Erläuterungen (Loseblattausgabe)
DtZ	Deutsch-Deutsche Rechts-Zeitschrift
DuD	Datenschutz und Datensicherheit (Zeitschrift)
DuR	Demokratie und Recht (Zeitschrift)
DVBl.	Deutsches Verwaltungsblatt (Zeitschrift)
DVO	Durchführungsverordnung
DVollzO	Dienst- und Vollzugsordnung
DVOVereinf.VO	Verordnung zur Durchführung der Verordnung über Maßnahmen auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung und der Rechtspflege vom 8.9.1939 (RGBl. I S. 1703)
DVOZust.VO	Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Zuständigkeit der Strafgerichte, die Sonderstrafgerichte sowie sonstige strafverfahrensrechtliche Vorschriften vom 13.3.1940 (RGBl. I S. 489)
DVR	Datenverarbeitung im Recht (Zeitschrift)
DWiR	Deutsche Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
E	Entwurf
E. & P.	International Journal of Evidence & Proof
ebda.	Ebenda

EA	Vertrag über Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft i.d.F. nach dem 1.5.1999
EAG	Europäische Atomgemeinschaft
EAGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Atomgemeinschaft vom 25.3.1957, Ges. vom 27.7.1957 (BGBl. II S. 753), Bek. vom 27.12. 1957 (BGBl. II 1958 S. 1)
EB	Ergänzungsband
EBAO	Einforderungs- und Beitreibungsanordnung i.d.F. der Bek. vom 1.4. 2001
ECBA	European Criminal Bar Association
ECR	Europäische Charta der Grundrechte
ECRI	European Commission against Racism and Intolerance/Europäische Kommission gegen Rassismus und Intoleranz
EDS/EDU	Europäische Drogeneinheit (Vorläufer von Europol)/European Drug Unit
EDV	Elektronische Datenverarbeitung
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFG	Entscheidungen der Finanzgerichte (Zeitschrift)
EG	Vertrag zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft i.d.F. nach dem 1.5.1999 (vor dem 1.5.1999: EGV); Europäische Gemeinschaft
EGBGB	Einführungsgesetz zum Bürgerlichen Gesetzbuch vom 18.8.1896 (RGBl. S. 604) i.d.F. der Bek. vom 21.9.1994 (BGBl. I S. 2494)
EGFaxÜbk	Abkommen vom 26.5.1989 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über die Vereinfachung und Modernisierung der Verfahren zur Übermittlung von Auslieferungsersuchen (BGBl. 1995 II S. 969)
EGFinSchÜbk	Übereinkommen vom 26.7.1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (PIF-Übereinkommen; ABlEG Nr. C 316/49 v. 27.11.1995)
EGFinSchG	Gesetz zu dem Übereinkommen vom 26. Juli 1995 über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (EG-Finanzschutzgesetz – EGFinSchG) vom 10.9.1998 (BGBl. II S. 2322)
EGG	Gesetz über rechtliche Rahmenbedingungen für den elektronischen Geschäftsverkehr (Elektronischer Geschäftsverkehr-Gesetz – EGG) vom 14.12.2001 (BGBl. I S. 3721)
EGGVG	Einführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz vom 27.1.1877 (RGBl. S. 77)
EGH	Ehrengerichtshof in Anwaltssachen
EGInsO	Einführungsgesetz zur Insolvenzordnung vom 5.10.1994 (BGBl. I S. 2911)
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EGKSV	Vertrag über die Gründung der EGKS vom 18.4.1951 (BGBl. II S. 447)
EGMR	Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte
EGMR Serie A/B; Reports	Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte, Sammlung in deutscher Übersetzung, Band, Seite; ab 1996: Reports of Judgments and Decisions)
EGMRVerfO	Verfahrensordnung des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte (Rules of Court) i.d.F. der Bek. vom 1.11.2003 (www.echr.coe.int); VerfO i.d.F. der Bek. vom 4.11.1998 (BGBl. 2002 II S. 1080)
EG-ne bis in idem-Übk	Übereinkommen vom 25.5.1987 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaften über das Verbot der doppelten Strafverfolgung – EG-ne bis in idem-Übk (BGBl. 1998 II S. 2227)

EGOWiG	Einführungsgesetz zum Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24.5.1968 (BGBl. I S. 503)
EGStGB 1870	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 31.5.1870 (RGBl. S. 195)
EGStGB 1974	Einführungsgesetz zum Strafgesetzbuch vom 2.3.1974 (BGBl. I S.469)
EGStPO	Einführungsgesetz zur Strafprozeßordnung vom 1.2.1877
EGV	Vertrag zur Gründung einer Europäischen Gemeinschaft i.d.F. vor dem 1.5.1999 (nach dem 1.5.1999: EG)
EGVollstrÜbk	Übereinkommen vom 13.11.1991 zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft über die Vollstrekcung ausländischer strafrechtlicher Verurteilungen
EGZPO	Einführungsgesetz zur Zivilprozeßordnung vom 30.1.1877 (RGBl. S. 244)
EhrenGHE	Ehrengerichtliche Entscheidungen (der Ehrengerichtshöfe der Rechtsanwaltschaft des Bundesgebietes und des Landes Berlin)
EHRLR	European Human Rights Law Review
EhrRiVG	Gesetz zur Vereinfachung und Vereinheitlichung der Verfahrensvorschriften zur Wahl und Berufung ehrenamlicher Richter vom 21.12. 2004 (BGBl. I S. 3599)
Einf.	Einführung
EinigungsV	Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 31.8.1990 (BGBl. II S. 889)
EinigungsVG	Gesetz zu dem Vertrag vom 31.8.1990 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands – Einigungsvertragsgesetz – und der Vereinbarung vom 18.9.1990 vom 23.9.1990 (BGBl. II S. 885)
Einl.	Einleitung
EIS	Europol-Informationssystem
EJB	Beschluss des Rates (2002/187/JI) vom 28.2.2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität (ABlEG Nr. L 63/1 v. 6.3.2002)
EJG	Gesetz zur Umsetzung des Beschlusses (2002/187/JI) des Rates vom 28. Februar 2002 über die Errichtung von Eurojust zur Verstärkung der Bekämpfung der schweren Kriminalität (Eurojust-Gesetz – EJG) vom 12.5.2004 (BGBl. I S. 902)
ELJ	European Law Journal
ELRev	European Law Review
EJF	Entscheidungen aus dem Jugend- und Familienrecht (1951–1969)
EJN	Europäisches Justitielles Netz
EKMR	Europäische Kommission für Menschenrechte
EKMRVerfO	Verfahrensordnung der Europäischen Kommission für Menschenrechte i.d.F. der Bek. vom 29.5.1991 (BGBl. II S. 838)
EmmingerVO	Verordnung über Gerichtsverfassung und Strafrechtspflege vom 4.1. 1924 (RGBl. I S. 23)
EMRK	Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten vom 4.11.1950 (BGBl. II S. 685, 953) i.d.F. der Bek. vom 17.5.2002 (BGBl. II S. 1054) 1. ZP-EMRK vom 20.3.1952 (BGBl. II 1956 S. 1880) 2. P-EMRK vom 6.5.1963 (BGBl. II 1968 S. 1112) 3. P-EMRK vom 6.5.1963 (BGBl. II 1968 S. 1116)

	4. ZP-EMRK vom 16.9.1963 (BGBl. II 1968 S. 423) 5. P-EMRK vom 20.1.1966 (BGBl. II 1968 S. 1120) 6. ZP-EMRK vom 28.4.1983 (BGBl. II 1988 S. 662) 7. ZP-EMRK vom 22.11.1984 8. P-EMRK vom 19.3.1985 (BGBl. II 1989 S. 547) 9. P-EMRK vom 6.11.1990 (BGBl. II 1994 S. 490) 10. P-EMRK vom 25.3.1992 (BGBl. II 1994 S. 490) 11. P-EMRK vom 11.5.1994 (BGBl. II 1995 S. 578) 12. ZP-EMRK vom 4.11.2000 13. ZP-EMRK vom 3.5.2002 (BGBl. II 2004 S. 982) 14. P-EMRK vom 13.5.2004 (BGBl. II 2006 S. 138) 15. P-EMRK vom 27.5.2009
ENeuOG	Gesetz zur Neuordnung des Eisenbahnwesens (Eisenbahnneuordnungsgesetz – ENeuOG) vom 27.12.1993 (BGBl. I S. 2378)
EntlG	Gesetz zur Entlastung der Gerichte vom 11.3.1921 (RGBl. S. 229)
Entsch.	Entscheidung
entspr.	entsprechend
Entw.	Entwurf
Entw. 1908	Entwurf einer Strafprozeßordnung und Novelle zum Gerichtsverfassungsgesetz nebst Begründung (1908), E 1908, MatStrR-Ref. Bd. 11
Entw. 1909	Entwürfe 1. eines Gesetzes, betreffend Änderungen des Gerichtsverfassungsgesetzes, 2. der Strafprozeßordnung (1909), E 1909 RT-Verhandl. Bd. 254 Drucks. Nr. 1310 = MatStrRRef Bd. 12; Bericht der 7. Kommission des Reichstags 1909 bis 1911 zur Vorbereitung der Entwürfe 1. eines Gesetzes betreffend die Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes, 2. einer Strafprozeßordnung, 3. eines zu beiden Gesetzen gehörenden Einführungsgesetzes = MatStrRRef. Bd. 13
Entw. 1919/1920	Entwürfe 1. eines Gesetzes zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes (1919), 2. eines Gesetzes über den Rechtsgang in Strafsachen (1920), E 1919/1920, MatStrRRef. Bd. 14
Entw. 1930	Entwurf eines Einführungsgesetzes zum Allgemeinen Deutschen Strafgesetzbuch und zum Strafvollzugsgesetz 1930, EGStGB-Entw. 1930, RT-Drucks. Nr. 2070 = MatStrRRef. Bd. 7
Entw. 1939	Entwurf einer Strafverfahrensordnung und einer Friedens- und Schiedsmannsordnung (1939), StPO-Entw. 1939, Nachdruck 1954
EPA	Europäisches Patentamt
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
ERA	Europäische Rechtsakademie (Trier)
ERA-Forum	ERA-Forum (Zeitschrift)
erg.	ergänzend
Erg.	Ergänzung; Ergebnis
ErgBd.	Ergänzungsband
Erl.	Erlass; Erläuterung(en)
EStG	Einkommensteuergesetz
ETS	European Treaty Series; Übereinkommen des Europarates (fortlaufend nummeriert; www.coe.int)
EU	Vertrag über die Europäische Union i.d.F. nach dem 1.5.1999 (vor dem 1.5.1999: EUV); Europäische Union
EuAbgG	Europaabgeordnetengesetz vom 6.4.1979 (BGBl. I S. 413)
EuAlÜbk	Europäisches Auslieferungsübereinkommen vom 13.12.1957 (ETS 024; BGBl. II 1964 S. 1369); 2. ZP EuAlÜbk v. 17.3.1978 (ETS 098; BGBl. II 1990 S. 118; II 1991 S. 874)

EUAlÜbk	Übereinkommen vom 27.9.1996 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über die Auslieferung zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (ABlEG Nr. C 313/11 vom 23.10.1996; BGBl. 1998 II S. 2253)
EuArch	Europa-Archiv
EuBa	Europäische Beweisanordnung
EUBestG	Gesetz zu dem Protokoll vom 27. September 1996 zum Übereinkommen über den Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Gemeinschaften (EU-Bestechungsgesetz – EUBestG) vom 10.9.1998 (BGBl. II 2340)
EUC	Europäische Charta der Grundrechte
EuDrogenÜbk	Übereinkommen vom 31.1.1995 über den unerlaubten Verkehr mit Drogen auf hoher See zur Durchführung des Art. 17 des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 20.12.1988 gegen den unerlaubten Verkehr mit Suchtstoffen und psychotropen Stoffen (ETS 156; BGBl. 2000 II S. 1313)
EuFoltKonv.	Europäisches Übereinkommen zur Verhütung von Folter und unmenschlicher oder erniedrigender Behandlung oder Strafe vom 26.11.1987 (ETS 126; BGBl. II 1989 S. 946)
EuG	Europäisches Gericht erster Instanz (Luxemburg)
EuGeldwÜbk	Übereinkommen vom 8.11.1990 über Geldwäsche sowie Ermittlung, Beschlagnahme und Einziehung von Erträgen aus Straftaten (ETS 141; BGBl. 1998 II S. 519)
EuGH	Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften
EuGH Slg.	Entscheidungen des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften (EuGH) – Amtliche Sammlung
EuGHG	Gesetz vom 6.8.1998 betreffend die Anrufung des Gerichtshofs der Europäischen Gemeinschaften im Wege des Vorabentscheidungsverfahrens auf dem Gebiet der polizeilichen Zusammenarbeit und der justitiellen Zusammenarbeit in Strafsachen nach Art. 35 des EU-Vertrages – EuGHG (BGBl. 1998 I S. 2035; 1999 II S. 728)
EuGRAG	Gesetz zur Durchführung der Richtlinie des Rates der EG vom 22.3. 1977 zur Erleichterung der tatsächlichen Ausübung des freien Dienstleistungsverkehrs der Rechtsanwälte vom 16.8.1980 (BGBl. I S. 1453)
EuGRZ	Europäische Grundrechte-Zeitschrift
EuHb	Europäischer Haftbefehl
EuHbG	Gesetz zur Umsetzung des Rahmenbeschlusses über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (Europäisches Haftbefehlsgesetz – EuHbG) vom 21.7.2004 (BGBl. I S. 1748) und vom 20.7.2006 (BGBl. I S. 1721)
EuKonv	Europäischer Konvent
EuOEÜbk	Europäisches Übereinkommen vom 24.11.1983 über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten – EuOpferEntschädigungsÜbk (ETS 116; BGBl. 2000 II S. 1209)
EuR	Europarecht (Zeitschrift)
EuRAG	Gesetz über die Tätigkeit europäischer Rechtsanwälte in Deutschland vom 9.3.2000 (BGBl. I S. 182)
EuRhÜbk	Europäisches Übereinkommen über die Rechtshilfe in Strafsachen vom 20.4.1959 (ETS 30; BGBl. 1964 II S. 1369; 1976 II S. 1799); ZP EuRhÜbk vom 17.3.1978 (ETS 99; BGBl. 1990 II S. 124; 1991 II S. 909); 2. ZP EuRHÜbk v. 8.11.2001 (ETS 182)

EURhÜbk	Rechtshilfeübereinkommen der Mitgliedstaaten der Europäischen Union vom 29.5.2000, ABlEG Nr. C 197/1 vom 12.7.2000; ZP EuRHÜbk v. 16.10.2001 (ABlEG Nr. C 326/1 vom 21.11.2001)
EurJCrimeCrLJ	European Journal of Crime, Criminal Law and Criminal Justice
Eurojust	Europäische Justitielle Clearing- und Dokumentationsstelle (Den Haag)
Europol	Europäisches Polizeiamt (Den Haag)
EuropolÜbk	Übereinkommen vom 26.7.1995 auf Grund von Artikel K.3 des EUV über die Errichtung eines Europäischen Polizeiamtes, ABlEG Nr. C 316/1 v. 27.11.1995.
EuropolG	Europolgesetz vom 16.12.1997 (BGBl. II S. 2150)
EuStA	Europäische Staatsanwaltschaft (geplant)
EuTerrÜbk	Übereinkommen zur Bekämpfung des Terrorismus vom 27.1.1977 (ETS 90; BGBl. 1978 II S. 321, 907)
EUV	Vertrag über die Europäische Union vor dem 1.5.1999 (nach dem 1.5.1999: EU)
EuVEntw	Entwurf einer Europäischen Verfassung i.d.F des am 18.6.2004 zwischen den Staats- und Regierungschefs erzielten Konsenses (Dokument der Regierungskonferenz CIG 86/04 v. 25.6.2004)
EUVereinfAlÜbk	Übereinkommen vom 10.3.1995 aufgrund von Artikel K.3 des Vertrags über die Europäische Union über das vereinfachte Auslieferungsverfahren zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union (ABlEG Nr. C 78/1 vom 30.3.1995; BGBl. 1998 II S. 2229)
EuVKonv	Entwurf eines Vertrags über eine Verfassung für Europa – vom Europäischen Konvent im Konsensverfahren angenommen am 13.6. und 10.7.2003 – dem Präsidenten des Europäischen Rates in Rom überreicht am 18.7.2003
EuZW	Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
EV	Einigungsvertrag (Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands) vom 31.8.1990 (BGBl. II S. 889)
evt.	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft vom 25.3.1957 (BGBl. II S. 766)
EWR-Abk.	Gesetz zu dem Abkommen vom 2.5.1992 über den Europäischen Wirtschaftsraum
EzSt	Entscheidungssammlung zum Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht, 1983 bis 1990 (Loseblattausgabe)
f., ff.	folgende
FAG	Gesetz über Fernmeldeanlagen vom 6.4.1892 i.d.F. der Bek. vom 3.7.1989 (BGBl. I S. 1455); ersetzt durch das TKG
FamPLG	Gesetz über Aufklärung, Verhütung, Familienplanung und Beratung vom 27.7.1992 (BGBl. I S. 1398)
FamRZ	Zeitschrift für das gesamte Familienrecht
FAO	Fachanwaltsordnung i.d.F. der Bek. vom 22.3.1999 (BRAK-Mitt. 1999, 131)
FG	Finanzgericht/Festgabe
FGG	Gesetz über die Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit vom 17.5.1898 i.d.F. der Bek. vom 20.5.1898 (RGBl. S. 771)
FGO	Finanzgerichtsordnung vom 28.3.2001 (BGBl. I S. 422)
FinB	Finanzbehörde

FinVerwG	Gesetz über die Finanzverwaltung vom 6.9.1950 (BGBl. S. 448) i.d.F. der Bek. vom 30.8.1971 (BGBl. I S. 1426)
FlRG	Gesetz über das Flaggenrecht der Seeschiffe und die Flaggenführung der Binnenschiffe (Flaggenrechtsgesetz) vom 8.2.1951 i.d.F. der Bek. vom 29.10.1994 (BGBl. I S. 3140)
Fn.	Fußnote
FN A	Fundstellennachweis des Deutschen Bundesrechts, Bundesrecht ohne völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR
FN B	Fundstellennachweis des Deutschen Bundesrechts, Völkerrechtliche Vereinbarungen und Verträge mit der DDR
FO	Fernmeldeordnung i.d.F. der Bek. vom 5.5.1971 (BGBl. I S. 541)
FP-IPBPR	(1.) Fakultativprotokoll zum Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966 (BGBl. II 1992 S. 1247)
2. FP-IPBPR	2. Fakultativprotokoll zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte zur Abschaffung der Todesstrafe vom 15.12. 1989 (BGBl. II 1992 S. 390)
FS	Forum Strafvollzug – Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe (früher ZfStrV)
FS (Name)	Festschrift, auch Festgabe usw. (angefügt Name des Geehrten)
G 10	Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses vom 26.6.2001 (BGBl. I S. 1254) (Gesetz zu Artikel 10 Grundgesetz
GA	Goltdammer's Archiv für Strafrecht, zitiert nach Jahr und Seite; (bis 1933: Archiv für Strafrecht und Strafpolitik, zitiert nach Band und Seite)
GASP	Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik
GBA	Generalbundesanwalt
GBl.	Gesetzblatt
GBl./DDR I, II	Gesetzblatt der Deutschen Demokratischen Republik, Teil I und II (1949 bis 1990)
GedS	Gedächtnisschrift (angefügt Name des Geehrten)
gem.	gemäß
GemDatG	Gesetz zur Errichtung gemeinsamer Dateien von Polizeibehörden und Nachrichtendiensten des Bundes und der Länder vom 22.12. 2006 (Gemeinsame-Dateien-Gesetz) (BGBl. I S. 3409)
GemProt.	Gemeinsames Protokoll
GenG	Gesetz betreffend die Erwerbs- und Wirtschaftsgenossenschaften vom 1.5.1889 i.d.F. der Bek. vom 19.8.1994 (BGBl. I S. 2202)
GenStA	Generalstaatsanwaltschaft
GerS	Der Gerichtssaal (1849–1942)
Ges.	Gesetz
GeschlkrG	Gesetz zur Bekämpfung der Geschlechtskrankheiten vom 23.7.1953 (BGBl. I S. 700)
GeschO	Geschäftsordnung
GewO	Gewerbeordnung vom 21.6.1869 i.d.F. der Bek. vom 1.1.1987 (BGBl. I S. 425)
GewSchG	Gesetz vom 11.12.2001 zur Verbesserung des zivilgerichtlichen Schutze bei Gewalttaten und Nachstellungen sowie zur Erleichterung der Überlassung der Ehewohnung bei Trennung (Gewaltschutzgesetz – GewSchG; BGBl. I S. 3513)
GewVerbrG	Gesetz gegen gefährliche Gewohnheitsverbrecher und über Maßregeln der Sicherung und Besserung vom 24.11.1933 (RGBl. I S. 995)

GG	Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland vom 23.5.1949 (BGBl. S. 1)
ggf.	gegebenenfalls
GKG	Gerichtskostengesetz vom 5.5.2004 (BGBl. I S. 718)
GKI	Gemeinsame Kontrollinstanz (jeweils eingerichtet bei Europol und Eurojust)
GKÖD	Gesamtkommentar Öffentliches Dienstrecht
GLY	German Law Journal (Internet-Zeitschrift; www.germanlawjournal.de)
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung vom 20.4.1892 i.d.F. der Bek. vom 20.5.1898 (RGBl. S. 846)
GMBl.	Gemeinsames Ministerialblatt
GmS-OGB	Gemeinsamer Senat der obersten Gerichtshöfe des Bundes
GnO	Gnadenordnung
GoJIL	Göttingen Journal of International Law (Online-Zeitschrift)
GoltdA	s. GA
grds.	grundsätzlich
GrSSt	Großer Senat in Strafsachen
Gruchot	Beiträge zur Erläuterung des deutschen Rechts, begründet von Gruchot
GRUR	Gewerblicher Rechtsschutz und Urheberrecht (Zeitschrift)
GS	Gesetzessammlung
GSNW	Sammlung des bereinigten Landesrechts Nordrhein-Westfalen (1945–56)
GSSchlH	Sammlung des schleswig-holsteinischen Landesrechts, 2 Bde. (1963)
GStA	Generalstaatsanwalt
GÜG	Gesetz zur Überwachung des Verkehrs mit Grundstoffen, die für die unerlaubte Herstellung von Betäubungsmitteln mißbraucht werden können (Grundstoffüberwachungsgesetz – GÜG) vom 7.10.1994 (BGBl. I S. 2835)
GÜV	Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote vom 24.5.1961 (BGBl. I S. 607)
GV	Gemeinsame Verfügung (mehrerer Ministerien)
GVBl.	Gesetz- und Verordnungsblatt
GVBl. II	Sammlung des bereinigten Hessischen Landesrechts
GVG	Gerichtsverfassungsgesetz vom 27.1.1877 i.d.F. der Bek. vom 9.5.1975 (BGBl. S. 1077)
GVGA	Geschäftsanweisung für Gerichtsvollzieher, abgedruckt bei Piller/Hermann, 9c
GVGÄG 1971	Gesetz zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 8.9.1971 (BGBl. I S. 1513)
GVGÄG 1974	Gesetz zur Änderung des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 25.3.1974 (BGBl. I S. 761)
GVG/DDR	Gesetz über die Verfassung der Gerichte der Deutschen Demokratischen Republik – Gerichtsverfassungsgesetz – vom 27.9.1974 (GBl. I S. 457), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5.7.1990 (GBl. I S. 595)
GVO	Gerichtsvollzieherordnung, abgedruckt bei Piller/ Hermann, 9d
GVVO	Verordnung zur einheitlichen Regelung der Gerichtsverfassung vom 20.3.1935 (RGBl. I S. 403) in der im BGBl. III Gliederungsnummer 300-5 veröffentlichten bereinigten Fassung
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen vom 27.7.1957 i.d.F. der Bek. vom 26.8.1998 (BGBl. I S. 2546)

GwG	Gesetz über das Aufspüren von Gewinnen aus schweren Straftaten (Geldwäschegesetz – GwG) vom 25.10.1993 (BGBl. I S. 1770)
GYIL	German Yearbook of International Law (Zeitschrift)
Haager Abk.	Haager Abkommen über den Zivilprozeß vom 17.7.1905 (RGBl. 1909 S. 409)
HalbleiterschutzG	Gesetz über den Schutz der Topographien von mikroelektronischen Halbleitererzeugnissen (Halbleiterschutzgesetz) vom 22.10.1987 (BGBl. I S. 2294)
Hamb.	Hamburg
HambJVBl.	Hamburgisches Justizverwaltungsblatt
Hans.	Hanseatisch
HansGZ	Hanseatische Gerichtszeitung (1880 bis 1927)
HansJVBl.	Hanseatisches Justizverwaltungsblatt (bis 1946/47)
HansOLGSt	Entscheidungen des Hanseatischen Oberlandesgerichts in Strafsachen (1879 bis 1932/33)
HansRGZ	Hanseatische Rechts- und Gerichtszeitschrift (1928–43), vorher:
HansRZ	Hanseatische Rechtszeitschrift für Handel, Schiff-Fahrt und Versicherung, Kolonial- und Auslandsbeziehungen sowie für Hansestädtisches Recht (1918 bis 1927)
HbStrVf/*Verfasser*	Handbuch zum Strafverfahren, hrsg. von Heghmanns/Scheffler
HdR	Handwörterbuch der Rechtswissenschaft, herausgegeben von Stier-Somlo und Elster (1926 bis 1937)
Hess.	Hessen
HESt	Höchstrichterliche Entscheidungen, Sammlung von Entscheidungen der Oberlandesgerichte und der Obersten Gerichte in Strafsachen (1948–49)
HGB	Handelsgesetzbuch vom 10.5.1897 (RGBl. S. 219)
h.M.	herrschende Meinung
HRC	Human Rights Committee – UN-Menschenrechtsausschuss
HRLR	Human Rights Law Review
HRR	Höchstrichterliche Rechtsprechung (1928 bis 1942)
HRRS	Online-Zeitschrift für Höchstrichterliche Rechtsprechung im Strafrecht (www.hrr-strafrecht.de)
HRSt	Entscheidungen zum Strafrecht, Strafverfahrensrecht und zu den Nebengebieten (Höchstrichterliche Rechtsprechung) (ab 1996)
HRLJ	Human Rights Law Journal
Hs.	Halbsatz
HUDOC	Human Rights Documentation des Europarates
HuV-I	Humanitäres Völkerrecht – Informationsschriften
HV	Hauptverhandlung
IAGMR	Interamerikanischer Gerichtshof für Menschenrechte
ICLQ	The International and Cooperative Law Quarterly
ICLR	International Criminal Law Review
i.d.F.	in der Fassung
i.d.R.	in der Regel
i.e.S.	im engeren Sinne
IGH	Internationaler Gerichtshof (Den Haag)
IKV	Internationale Kriminalistische Vereinigung
ILO	International Labour Organization (Internationale Arbeitsorganisation)
INPOL	Informationssystem der Polizei

InsO	Insolvenzordnung vom 5.10.1994 (BGBl. I S. 2866)
IPBPR	Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 19.12.1966 (BGBl. II 1973 S. 1534)
IPBPRG	Zustimmungsgesetz zu dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte vom 15.11.1973 (BGBl. II S. 1533)
IPWSKR	Internationaler Pakt über die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte vom 19.12.1966 (BGBl. II 1973 S. 1570)
IRG	Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen vom 23.12. 1982 i.d.F. vom 27.6.1994 (BGBl. I S. 1537)
i.S.	im Sinne
IStGH	Internationaler Strafgerichtshof (Den Haag)
IStGHG	Gesetz über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof vom 21.6.2002 (BGBl. I S. 2144)
IStGHSt	Gesetz vom 4.12.2000 zum Römischen Statut des Internationalen Strafgerichtshofs vom 17. Juli 1998 – IStGH-Statutgesetz (BGBl. II S. 1393).
ITRB	IT-Rechts-Berater
i.V.m.	in Verbindung mit
i.w.S.	im weiteren Sinne
JA	Juristische Arbeitsblätter für Ausbildung und Examen
JahrbÖR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts der Gegenwart
JahrbPostw.	Jahrbuch des Postwesens (1937 bis 1941/42)
JAVollzO	Jugendarrestvollzugsordnung vom 12.8.1966 i.d.F. der Bek. vom 30.11.1976 (BGBl. I S. 3270)
JBeitrO	Justizbeitreibungsordnung vom 11.3.1937 (RGBl. I S. 298)
JBl.	Justizblatt
JBlö	Juristische Blätter (Österreich)
JBlRhPf.	Justizblatt Rheinland-Pfalz
JBlSaar	Justizblatt des Saarlandes
JGG	Jugendgerichtsgesetz vom 4.8.1953 i.d.F. der Bek. vom 11.12.1974 (BGBl. I S. 3427)
JIR	Jahrbuch für internationales Recht
JKassO	Justizkassenordnung, abgedruckt bei Piller/Hermann, 5
JKomG	Gesetz über die Verwendung elektronischer Kommunikationsformen in der Justiz (Justizkommunikationsgesetz – JKomG) vom 22.3.2005 (BGBl. I S. 832)
JKostG	Justizkostengesetz (Landesrecht)
JMBl.	Justizministerialblatt
JMBlNRW, JMBlNW	Justizministerialblatt für das Land Nordrhein-Westfalen
JMK	Justizministerkonferenz (Konferenz der Landesjustizministerinnen und -minister)
JoJZG	Journal der Juristischen Zeitgeschichte
JöR	Jahrbuch des öffentlichen Rechts
JP	Juristische Person
JR	Juristische Rundschau
JSt	Journal für Strafrecht
JugG	Jugendgericht
JugK	Jugendkammer
JugSchG	Jugendschöffengericht
JugStrafgG	Gesetz über die Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien (Jugoslawien-Strafgerichtshof-Gesetz) vom 10.4.1995 (BGBl. I S. 485)

Jura	Juristische Ausbildung (Zeitschrift)
JurBüro	Das juristische Büro (Zeitschrift)
JurJahrb.	Juristen-Jahrbuch
JuS	Juristische Schulung (Zeitschrift)
Justiz	Die Justiz, Amtsblatt des Justizministeriums Baden-Württemberg
JV	Justizverwaltung
JVA	Justizvollzugsanstalt
JVBl.	Justizverwaltungsblatt
JVEG	Gesetz über die Vergütung von Sachverständigen, Dolmetscherinnen, Dolmetschern, Übersetzerinnen und Übersetzern sowie die Entschädigung von ehrenamtlichen Richterinnen, ehrenamtlichen Richtern, Zeuginnen, Zeugen und Dritten (Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz) vom 5.5.2004 (BGBl. I S. 718)
JVerwA	Justizverwaltungsakt
JverwB	Justizverwaltungsbehörde
JVKostO	Verordnung über Kosten im Bereich der Justizverwaltung vom 14.2. 1940 (RGBl. I S. 357)
JVollz.	Jugendstrafvollzugsordnung: s. auch JAVollzO
JW	Juristische Wochenschrift
JZ	Juristen-Zeitung
1. JuMoG	Erstes Gesetz zur Modernisierung der Justiz (1. Justizmodernisierungsgesetz) vom 24.8.2004 (BGBl. I S. 2198)
2. JuMoG	Zweites Gesetz zur Modernisierung der Justiz (2. Justizmodernisierungsgesetz) vom 22.10.2006 (BGBl. I S. 3416)
Kap.	Kapitel
KFZ	Kraftfahrzeug
KG	Kammergericht/Kommanditgesellschaft
KGJ	Jahrbuch der Entscheidungen des Kammergerichts in Sachen der freiwilligen Gerichtsbarkeit, in Kosten-, Stempel- und Strafsachen (1881–1922)
KJ	Kritische Justiz (Zeitschrift)
KO	Konkursordnung vom 10.2.1877 i.d.F. der Bek. vom 20.5.1898 (RGBl. S. 612)
KOM	Kommissionsdokument(e)
KonsG	Gesetz über die Konsularbeamten, ihre Aufgaben und Befugnisse (Konsulargesetz) vom 1.9.1974 (BGBl. I S. 2317)
KostÄndG	Gesetz zur Änderung und Ergänzung kostenrechtlicher Vorschriften vom 26.7.1957 (BGBl. I S. 861)
KostRMoG	Gesetz zur Modernisierung des Kostenrechts vom 5.5.2004 – Kostenrechtsmodernisierungsgesetz (BGBl. I S. 718)
KostMaßnG	Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiet des Kostenrechts vom 7.8. 1952 (BGBl. I S. 401)
KostO	Gesetz über die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit i.d.F. der Bek. vom 26.7.1957 (BGBl. I S. 861)
KostRÄndG 1994	Gesetz zur Änderung von Kostengesetzen und anderen Gesetzen (Kostenrechtsänderungsgesetz 1994 – KostRÄndG 1994) vom 24.6. 1994 (BGBl. I S. 1325)
KostRspr.	Kostenrechtsprechung (Loseblattsammlung)
KostVfg.	Kostenverfügung, Durchführungsbestimmungen zu den Kostengesetzen, abgedruckt bei Piller/Hermann
KrG	Kreisgericht
Kriminalist	Der Kriminalist (Zeitschrift)

Kriminalistik	Kriminalistik, Zeitschrift für die gesamte kriminalistische Wissenschaft und Praxis
KrimJ	Kriminologisches Journal
KrimPäd.	Kriminalpädagogische Praxis (Zeitschrift)
Krit.	Kritisch
KritV	Kritische Vierteljahresschrift für Gesetzgebung und Rechtswissenschaft
KronzG	Gesetz zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten (Art. 4 des StGBÄndG 1989) vom 9.6.1989 (BGBl. I S. 1059)
KronzVerlG	Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten (Kronzeugen-Verlängerungs-Gesetz) vom 16.2.1993 (BGBl. I S. 238)
2. KronzVerlG	Zweites Gesetz zur Änderung des Gesetzes zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten (2. Kronzeugen-Verlängerungs-Gesetz vom 19.1.1996 (BGBl. I S. 58)
KSZE	Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
KUG	Gesetz über das Urheberrecht an Werken der bildenden Künste und der Fotografie vom 9.1.1907 (RGBl. S. 7)
KUP	Kriminologie und Praxis (Schriftenreihe der Kriminologischen Zentralstelle)
k + v	Kraftfahrt und Verkehrsrecht, Zeitschrift der Akademie für Verkehrswissenschaft
KVGKG	Kostenverzeichnis (Anlage 1 zum GKG)
KWKG	Gesetz über die Kontrolle von Kriegswaffen i.d.F. der Bek. vom 22.11.1990 (BGBl. I S. 2506)
LegPer.	Legislaturperiode
Lfg.	Lieferung
LG	Landgericht
LJV	Landesjustizverwaltung
LKA	Landeskriminalamt
LM	Nachschlagewerk des Bundesgerichtshofs (Loseblattsammlung), hrsg. von Lindemaier/Möhring u.a.
LMBG	Gesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln, Tabakerzeugnissen, kosmetischen Mitteln und sonstigen Bedarfsgegenständen (Lebensmittel- und Bedarfsgegenständegesetz) i.d.F. der Bek. vom 9.9.1997 (BGBl. I S. 2297)
LMG (1936)	Gesetz über den Verkehr mit Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen (Lebensmittelgesetz) vom 5.7.1927 i.d.F. der Bek. vom 17.1. 1936 (RGBl. I S. 17)
LPartG	Gesetz über die Eingetragene Lebenspartnerschaft (Lebenspartnerschaftsgesetz) vom 16.2.2001 (BGBl. I S. 266)
LPG	Landespressegesetz
LRE	Sammlung lebensmittelrechtlicher Entscheidungen
LS	Leitsatz
LuftVG	Luftverkehrsgesetz i.d.F. der Bek. vom 27.3.1999 (BGBl. I S. 550)
LuftVO	Luftverkehrs-Ordnung i.d.F. der Bek. vom 27.3.1999 (BGBl. I S. 580)

LV	Literaturverzeichnis, Schrifttumsverzeichnis
LVerf.	Landesverfassung
LVG	Landesverwaltungsgericht
LZ	Leipziger Zeitschrift für Deutsches Recht (1907 bis 1933)
MABl.	Ministerialamtsblatt
MAH	Münchener Anwaltshandbuch Strafverteidigung, hrsg. von Widmaier (2006)
MAH (WSSt)	Münchener Anwaltshandbuch Strafverteidigung in Wirtschafts- und Steuerstrafsachen, hrsg. von Volk (2006)
MarkenG	Gesetz über den Schutz von Marken und sonstigen Kennzeichen (Markengesetz – MarkenG) vom 25.10.1994 (BGBl. I S. 3082)
Mat.	s. Hahn
MatStrRRef.	Materialien zur Strafrechtsreform, herausgegeben vom BMJ, Bd. 1–15 (1954–1960) (s. auch Entw.)
MBl.	Ministerialblatt
MDR	Monatsschrift für Deutsches Recht
MedR	Medizinrecht (Zeitschrift)
MiStra.	Anordnung über Mitteilungen in Strafsachen vom 15.3.1985 i.d.F. der Bek. vom 29.4.1998, bundeseinheitlich, abgedruckt bei Piller/Hermann
MittKV	Mitteilungen der Internationalen Kriminalistischen Vereinigung (1889 bis 1914; 1926 bis 1933)
MOG	Gesetz zur Durchführung der Gemeinsamen Marktorganisation vom 31.8.1972 (BGBl. I S. 1617)
Mot.	Begründung zur Strafprozeßordnung bei Hahn (s. dort)
MR	Medien und Recht (Österreich)
MRG	Militärregierungsgesetz
MSchrKrim.	Monatsschrift für Kriminologie und Strafrechtsreform
MschrKrimPsych.	Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform (1904/05 bis 1936)
MStGO	Militärstrafgerichtsordnung i.d.F. der Bek. vom 29.9.1936 (RGBl. I S. 755)
Muster-Entw.	Muster-Entwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes, verabschiedet von der JMK am 10./11.6.1976, geändert durch Beschluß der JMK vom 25.11.1977
MV	Mecklenburg-Vorpommern
m.w.B.	mit weiteren Beispielen
m.w.N.	mit weiteren Nachweisen
NachtrSichVG	Gesetz zur Einführung einer nachträglichen Sicherungsverwahrung vom 23.07.2004 (BGBl. I S. 1838)
NATO-Truppenstatut	Abkommen zwischen den Parteien des Nordatlantikvertrags vom 19.6.1951 über die Rechtsstellung ihrer Truppen (BGBl. 1961 II S. 1183, 1190), Bek. vom 16.6.1963 (BGBl. II S. 745)
Nds.	Niedersachsen
NdsAGGVG	Niedersächsisches Ausführungsgesetz zum Gerichtsverfassungsgesetz vom 5.4.1963 (GVBl. S. 225)
NdsRpfl.	Niedersächsische Rechtspflege
n.F.	neue Fassung
N.F.	Neue Folge
Nieders. GVBl. Sb. I, II	Niedersächsisches Gesetz- und Verordnungsblatt, Sonderband I und II, Sammlung des bereinigten niedersächsischen Rechts

NJ	Neue Justiz (bis 1990 DDR)
NJW	Neue Juristische Wochenschrift
NKrimpol.	Neue Kriminalpolitik (Zeitschrift)
NordÖR	Zeitschrift für Öffentliches Recht in Norddeutschland
NotVO	s. Ausn. VO
NPA	Neues Polizei-Archiv
NRW	Nordrhein-Westfalen
NStE	Neue Entscheidungssammlung für Strafrecht
NStZ	Neue Zeitschrift für Strafrecht
NStZ-RR	NStZ – Rechtsprechungs-Report (Zeitschrift, ab 1996)
NVwZ	Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht
NZV	Neue Zeitschrift für Verkehrsrecht
OASG	Gesetz zur Sicherung der zivilrechtlichen Ansprüche der Opfer von Straftaten (Opferanspruchsicherungsgesetz) vom 8.5.1998 (BGBl. I S. 905)
OBLG	Oberstes Landesgericht
OECD	Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
OEG	Gesetz über die Entschädigung für Opfer von Gewalttaten vom 11.5. 1976 (BGBl. I S. 1181) i.d.F. der Bek. vom 7.1.1985 (BGBl. I S. 1)
OG	Oberstes Gericht der DDR
OGHSt	Entscheidungen des Obersten Gerichtshofes für die Britische Zone in Strafsachen (1949/50)
ÖJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
OK	Organisierte Kriminalität
OLAF	Europäisches Amt für Betrugsbekämpfung (Office de la Lutte Antifraude)
OLG	Oberlandesgericht
OLG-NL	OLG-Report Neue Länder
OLGR	OLG-Report
OLGSt	Entscheidungen der Oberlandesgerichte zum Straf- und Strafverfahrensrecht, (Loseblattausgabe, bis 1983)
OLGSt N. F	Entscheidungen der Oberlandesgerichte zum Straf- und Strafverfahrensrecht, Neue Folge (Loseblattausgabe, ab 1983)
OLGVertrÄndG	Gesetz zur Änderung des Rechts der Vertretung durch Rechtsanwälte vor den Oberlandesgerichten vom 23.7.2002 (BGBl. I S. 2850)
OPCAT	siehe UNCAT
OpferRRG	Gesetz zur Verbesserung der Rechte von Verletzten im Strafverfahren (Opferrechtsreformgesetz – OpferRRG) vom 24.6.2004 (BGBl. I S. 1354)
2. OpferRRG	Gesetz zur Stärkung der Rechte von Verletzten und Zeugen im Strafverfahren (2. Opferrechtsreformgesetz) vom 29.7.2009 (BGBl. I S. 2280)
OpferschutzG	Erstes Gesetz zur Verbesserung der Stellung des Verletzten im Strafverfahren (Opferschutzgesetz) vom 18.12.1986 (BGBl. I S. 2496)
OrgKG	Gesetz zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der Organisierten Kriminalität (OrgKG) vom 15.7.1992 (BGBl. I S. 1302)
OrgStA	Anordnung über Organisation und Dienstbetrieb der Staatsanwaltschaften
ÖRiZ	Österreichische Richterzeitung
ÖRZ	Österreichische Raiffeisen-Zeitung

OStA	Oberstaatsanwalt
ÖstAnwBl.	Österreichisches Anwaltsblatt
ÖstJZ	Österreichische Juristen-Zeitung
Öster.OGH	Österreichische Oberster Gerichtshof
Öster.VfGH	Österreichischer Verfassungsgerichtshof
OVG	Oberverwaltungsgericht
OWG/DDR	Gesetz zur Bekämpfung von Ordnungswidrigkeiten (der Deutschen Demokratischen Republik) vom 12.1.1968 (GBl. I S. 101), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.6.1990 (GBl. I S. 526)
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten vom 24.5.1968 i.d.F. der Bek. vom 19.2.1987 (BGBl. I S. 602)
OWiGÄndG	Gesetz zur Änderung des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten, des Straßenverkehrsgesetzes und anderer Gesetze vom 7.7.1986 (BGBl. I S. 977)
ParlStG	Gesetz über die Rechtsverhältnisse der parlamentarischen Staatssekretäre vom 24.7.1974 (BGBl. I S. 1538)
PaßG	Paßgesetz vom 19.4.1986 (BGBl. I S. 537)
PatAnwO	Patentanwaltsordnung vom 7.9.1966 (BGBl. I S. 557)
PatG	Patentgesetz i.d.F. der Bek. vom 16.12.1980 (BGBl. I 1981 S. 1)
PAuswG	Gesetz über Personalausweise vom 19.12.1950 (BGBl. S. 807) i.d.F. der Bek. vom 21.4.1986 (BGBl. I S. 548)
PflVG	Gesetz über die Pflichtversicherung für Kraftfahrzeughalter i.d.F. der Bek. vom 5.4.1965 (BGBl. I S. 213)
PJZS	Polizeiliche und Justizielle Zusammenarbeit in Strafsachen
PKH	Prozesskostenhilfe
PKHÄndG	Gesetz zur Änderung von Vorschriften über die Prozeßkostenhilfe (Prozeßkostenhilfeänderungsgesetz – PKHÄndG) vom 10.10.1994 (BGBl. I S. 2954)
PlenProt.	Plenarprotokoll, Stenographische Berichte der Sitzungen des Deutschen Bundestages
POGNW	Polizeiorganisationsgesetz (des Landes NRW) i.d.F. der Bek. vom 22.10.1994 (GVNW S. 852)
PolGBW	Polizeigesetz (des Landes BW) i.d.F. der Bek. vom 13.1.1992 (GBl. S. 1)
Polizei	s. Die Polizei
PostG	Gesetz über das Postwesen i.d.F. der Bek. vom 3.7.1989 (BGBl. I S. 1449)
PostO	Postordnung vom 16.5.1963 (BGBl. I S. 341)
PostStruktG	Gesetz zur Neustrukturierung des Post- und Fernmeldewesens und der Deutschen Bundespost (Poststrukturgesetz – PoststruktG) vom 8.6.1989 (BGBl. I S. 1026)
Pr.	Preußen
PräsLG	Präsident des Landgerichts
PräsOLG	Präsident des Oberlandesgerichts
PräsVerfG	Gesetz über die Änderung der Bezeichnungen der Richter und ehrenamtlichen Richter und der Präsidialverfassungen der Gerichte vom 26.5.1972 (BGBl. I S. 841)
PrGS	Preußische Gesetzessammlung (1810–1945)
PrG	Pressegesetz (Landesrecht)
Prot.	Protokoll
ProzeßkostenhG	Gesetz über die Prozeßkostenhilfe vom 13.6.1980 (BGBl. I S. 677)
Pro-Eurojust	Vorgänger- und Gründungseinheit von Eurojust

PrPG	Gesetz zur Stärkung des Schutzes des geistigen Eigentums und zur Bekämpfung der Produktpiraterie (PrPG) vom 7.3.1990 (BGBl. I S. 422)
PrZeugnVerwG	Gesetz über das Zeugnisverweigerungsrecht der Mitarbeiter von Presse und Rundfunk vom 25.7.1975 (BGBl. I S. 1973)
PStR	Praxis Steuerstrafrecht
PTNeuOG	Gesetz zur Neuordnung des Postwesens und der Telekommunikation (Postneuordnungsgesetz – PTNeuOG) vom 14.9.1994 (BGBl. I S. 2325)
PUAG	Gesetz zur Regelung des Rechts der Untersuchungsausschüsse des Deutschen Bundestages (Untersuchungsausschussgesetz – PUAG) vom 19.6.2001 (BGBl. I S. 1142)
PV	Personenvereinigung
PVG	Polizeiverwaltungsgesetz
PVR	Praxis Verkehrsrecht
RA	Rechtsanwalt
RAG/DDR	Rechtsanwaltsgesetz der Deutschen Demokratischen Republik vom 13.9.1990 (GBl. I S. 1504)
RAHG	s. RHG
RANotz.PrG	Gesetz zur Prüfung von Rechtsanwaltszulassungen, Notarbestellungen und Berufungen ehrenamtlicher Richter vom 24.6.1992 (BGBl. I S. 1386)
RAO	Reichsabgabenordnung vom 13.12.1919, aufgehoben durch AO vom 16.3.1976
RAussch.	Rechtsausschuss
RB	Rahmenbeschluss (Art. 34 EU)
RBEuHb	Rahmenbeschluss des Rates (2002/584/JI) vom 13.6.2002 über den Europäischen Haftbefehl und die Übergabeverfahren zwischen den Mitgliedstaaten (AblEG Nr. L 190/1 v. 18.7.2002)
RBerG	Gesetz zur Verhütung von Mißbrauch auf dem Gebiet der Rechtsberatung vom 13.12.1935 (RGBl. I S. 1478)
RdErl.	Runderlass
RDG	Gesetz über außergerichtliche Rechtsdienstleistungen (Rechtsdienstleistungsgesetz – RDG) vom 12.12.2007 (BGBl. I. S. 2840)
RdJ	Recht der Jugend und des Bildungswesens (Zeitschrift)
RdK	Das Recht des Kraftfahrers (1926–43, 1949–55)
RDStH	Entscheidungen des Reichsdienststrafhofs (1939–41)
RDStO	Reichsdienststrafordnung vom 26.1.1937 (RGBl. I S.71)
RDV	Recht der Datenverarbeitung
Recht	Das Recht, begründet von Soergel (1897 bis 1944)
recht	Information des Bundesministers der Justiz
RefE	Referentenentwurf
Reg.	Regierung
RegBl.	Regierungsblatt
RegE	Regierungsentwurf
RegE TKÜ	Entwurf der Bundesregierung eines Gesetzes zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer verdeckter Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/EG vom 18.4.2007
RehabG	Rehabilitierungsgesetz (der Deutschen Demokratischen Republik) von 6.9.1990 (GBl. I S. 1459), aufgehoben durch StrRehaG
RevMC	Revue du Marché commun et de l'Union européenne

RG	Reichsgericht
RGBl., RGBl. I, II	Reichsgesetzblatt, von 1922 bis 1945 Teil I und II
RGRspr.	Rechtsprechung des Reichsgerichts in Strafsachen (1879 bis 1888)
RGSt	Entscheidungen des Reichsgerichts in Strafsachen
RGZ	Entscheidungen des Reichsgerichts in Zivilsachen
RheinSchA	Revidierte Rheinschiffahrtsakte (Mannheimer Akte) i.d.F. der Bek. vom 11.3.1969 (BGBl. II S. 597)
RHG	Gesetz über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 2.5.1953 (BGBl. I S. 161)
RHGDVO	Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die innerdeutsche Rechts- und Amtshilfe in Strafsachen vom 23.12.1953 (BGBl. I S. 1569)
RhPf.	Rheinland-Pfalz
RichtlRA	Grundsätze des anwaltlichen Standesrechts – Richtlinien gem. § 177 Abs. 2 Satz 2 BRAO vom 21.6.1973, abgedruckt bei Isele S. 1760 ff.
RiG/DDR	Richtergesetz der Deutschen Demokratischen Republik vom 5.7. 1990 (GBl. I S. 637)
RiJGG	Richtlinien zum Jugendgerichtsgesetz i.d.F. der Bek. vom 20.5.1980, bundeseinheitlich, abgedruckt bei Piller/Hermann 2e
RiStBV	Richtlinien für das Strafverfahren und das Bußgeldverfahren vom 1.12.1970 (BAnz. Nr. 17/1971), i.d.F. der Bek. vom 1.2.1997 mit spät. Änderungen, bundeseinheitlich, abgedruckt Piller/Hermann
RiVASt.	Richtlinien für den Rechtshilfeverkehr mit dem Ausland in strafrechtlichen Angelegenheiten vom 15.1.1959, i.d.F. der Bek. vom 1.10. 1978, bundeseinheitlich, abgedruckt bei Piller/Hermann 2f.
RIW	Recht der Internationalen Wirtschaft (Zeitschrift)
RKG(E)	Reichskriegsgericht (Entscheidungen des RKG)
RL	Richtlinie
RMBl.	Reichsministerialblatt, Zentralblatt für das Deutsche Reich (1923–45)
RMilGE	Entscheidungen des Reichsmilitärgerichts
Rn.	Randnummer
ROW	Recht in Ost und West (Zeitschrift)
RpflAnpG	Gesetz zur Anpassung der Rechtspflege im Beitrittsgebiet (Rechtspflege-Anpassungsgesetz – RpflAnpG) vom 26.6.1992 (BGBl. I S. 1147)
RpflAnpÄndG	Gesetz zur Änderung des Rechtspflege-Anpassungsgesetzes – RpflAnpG vom 7.12.1995 (BGBl. I S. 1590)
Rpfleger	Der Deutsche Rechtspfleger
RpflEntlG	Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege vom 11.1.1993 (BGBl. I S. 50)
RpflG	Rechtspflegergesetz vom 5.11.1969 (BGBl. I S. 2065)
RpflVereinfG	Rechtspflege-Vereinfachungsgesetz vom 17.12.1990 (BGBl. I S. 2847)
Rspr.	Rechtsprechung
RT	Reichstag
RTDE	Revue trimestrielle de droit européen
RTDrucks.	Drucksachen des Reichstags
RTVerh.	Verhandlungen des Reichstags
RuP	Recht und Politik
RVerf.	s. WeimVerf.
RVG	Gesetz über die Vergütung der Rechtsanwältinnen und Rechtsanwälte – Rechtsanwaltsvergütungsgesetz vom 5.5.2004 (BGBl. I S. 718)
RVO	Reichsversicherungsordnung vom 19.7.1911 i.d.F. der Bek. vom 15.12.1924 (RGBl. I S. 779)
RZ	siehe: ÖRiZ

S.	Satz, Seite
Sa.	Sachsen
SaAnh.	Sachsen-Anhalt
SaBremR	Sammlung des bremischen Rechts (1964)
SächsArch.	Sächsisches Archiv für Rechtspflege, seit 1924 (bis 1941/42) Archiv für Rechtspflege in Sachsen, Thüringen und Anhalt
SächsOLG	Annalen des Sächsischen Oberlandesgerichts zu Dresden (1880 bis 1920)
SchAZtg	Schiedsamtszeitung
SchiedsmZ	Schiedsmannszeitung (1926 bis 1945), seit 1950 Der Schiedsmann
SchiedsstG	Gesetz (der Deutschen Demokratischen Republik) über die Schiedsstellen in den Gemeinden vom 13.9.1990 (GBl. I S. 1527)
SchlH	Schleswig-Holstein
SchlHA	Schleswig-Holsteinische Anzeigen
SchrR	Schriftenreihe
SchrRAGStrafR	Schriftenreihe der Arbeitsgemeinschaft Strafrecht im Deutschen Anwaltverein
SchrRBRAK	Schriftenreihe der Bundesrechtsanwaltskammer
SchwarzArbG	Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit und illegalen Beschäftigung vom 23.7.2004 (Schwarzarbeitsbekämpfungsgesetz – SchwarzArbG), BGBl. I S. 1842
SchwBG	Schweizerisches Bundesgericht
SchwJZ	Schweizerische Juristenzeitung
SchwZStr.	Schweizer Zeitschrift für Strafrecht
SDÜ	Übereinkommen vom 19.6.1990 zwischen dem Königreich Bel-gien, der Bundesrepublik Deutschland, der Französischen Republik, dem Großherzogtum Luxemburg und dem Königreich der Niederlande zur Durchführung des am 14.6.1985 in Schengen unterzeichneten Übereinkommens betreffend den schrittweisen Abbau der Kontrollen an den gemeinsamen Grenzen (Schengener Durchführungsübereinkommen; ABlEG Nr. L 239/19 vom 22.9.2000)
1. SED-UnberG	Erstes Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (Erstes SED-Unrechtsbereinigungsgesetz – 1. SED-UnberG) vom 29.10.1992 (BGBl. I S. 1814)
2. SED-UnberG	Zweites Gesetz zur Bereinigung von SED-Unrecht (Zweites SED-Unrechtsbereinigungsgesetz – 2. SED.UnBerG) vom 23.6.1994 (BGBl. I S. 1311)
SeeAufgG	Gesetz über die Aufgaben des Bundes auf dem Gebiet der Seeschifffahrt (Seeaufgabengesetz – SeeAufgG) vom 24.5.1965 i.d.F. der Bek. vom 27.9.1994 (BGBl. I S. 2802)
SeemG	Seemannsgesetz vom 26.7.1957 (BGBl. II S. 713)
SeuffBl.	Seufferts Blätter für Rechtsanwendung (1836–1913)
SFHÄndG	Schwangeren- und Familienhilfeänderungsgesetz (SFHÄndG) vom 21.8.1995 (BGBl. I S. 1050)
SFHG	Gesetz zum Schutz des vorgeburtlichen/werdenden Lebens, zur Förderung einer kinderfreundlicheren Gesellschaft, für Hilfe im Schwangerschaftskonflikt und zur Regelung des Schwangerschaftsabbruchs (Schwangeren- und Familienhilfegesetz) vom 27.7.1992 (BGBl. I S. 1398)
SGB	Sozialgesetzbuch SGB I – Sozialgesetzbuch, Allgemeiner Teil (1. Buch), vom 27.12. 2003 (BGBl. I S. 3022)

	SGB II – Sozialgesetzbuch, Grundsicherung für Arbeitsuchende (2. Buch), vom 24.12.2003 (BGBl. I S. 2954), SGB III – Sozialgesetzbuch, Arbeitsförderung (3. Buch), vom 27.12. 2003 (BGBl. I S. 3022), SGB IV – Sozialgesetzbuch, Gemeinsame Vorschriften für die Sozialversicherung (4. Buch) vom 24.7.2003 (BGBl. I Bl. 1526), SGB V – Sozialgesetzbuch, Gesetzliche Krankenversicherung (5. Buch) vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022), SGB VI – Sozialgesetzbuch, Gesetzliche Rentenversicherung (6. Buch) vom 29.4.2004 (BGBl. I S. 678), SGB VII – Sozialgesetzbuch, Gesetzliche Unfallversicherung (7. Buch) vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3019), SGB VIII – Sozialgesetzbuch, Kinder- und Jugendhilfe (8. Buch) vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022), SGB IX – Sozialgesetzbuch, Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen (9. Buch) vom 23. April 2004 (BGBl. I S. 606), SGB X – Sozialgesetzbuch, Verwaltungsverfahren (10. Buch) vom 5.4.2004 (BGBl. I S. 718) SGB XI – Sozialgesetzbuch, Soziale Pflegeversicherung (11. Buch) vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022), SGB XII – Sozialgesetzbuch, Sozialhilfe (12. Buch) vom 27.12.2003 (BGBl. I S. 3022)
SGG	Sozialgerichtsgesetz vom 24.7.2003 (BGBl. I S. 1526)
SGV.NW	Sammlung des bereinigten Gesetz- und Verordnungsblatts für das Land Nordrhein-Westfalen (Loseblattsammlung)
SichVG	Gesetz zur Rechtsvereinheitlichung der Sicherungsverwahrung (SichVG) vom 16.6.1995 (BGBl. I S. 818)
SIRENE	Supplementary Information Request at the National Entry (nationale Kontaktstelle des SIS)
SIS	Schengener Informationssystem
SJIR	Schweizerisches Jahrbuch für internationales Recht
SJZ	Süddeutsche Juristenzeitung (1946–50), dann Juristenzeitung
SkAufG	Gesetz über die Rechtsstellung ausländischer Streitkräfte bei vorübergehenden Aufenthalten in der Bundesrepublik Deutschland (Streitkräfteaufenthaltsgesetz – SkAufG) vom 20.7.1995 (BGBl. II S. 554)
s.o.	siehe oben
SortSchG	Gesetz über den Schutz von Pflanzensorten (Sortenschutzgesetz) vom 20.5.1968 i.d.F. der Bek. vom 4.1.1977 (BGBl. I S. 105)
SprengG	Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz – SprengG) vom 13.9.1976 (BGBl. I S. 2737) i.d.F. der Bek. vom 17.4. 1986 (BGBl. I S. 577)
SprengstG	Gesetz über explosionsgefährliche Stoffe (Sprengstoffgesetz) vom 25.8.1969 (BGBl. I S. 1358, ber. BGBl. 1970 I S. 224), aufgehoben durch SprengG vom 13.9.1976
StA	Staatsanwalt, Staatsanwaltschaft
StAG/DDR	Gesetz über die Staatsanwaltschaft der Deutschen Demokratischen Republik vom 7.4.1977 (GBl. I S. 93), zuletzt geändert durch Gesetz vom 5.7.1990 (GBl. I S. 635)
StaatsGH	Staatsgerichtshof
StaatsschStrafsG	Gesetz zur allgemeinen Einführung eines zweiten Rechtszuges in Staatsschutz-Strafsachen vom 8.9.1969 (BGBl. I S. 1582)
StÄG	s. StRÄndG
StBerG	Steuerberatungsgesetz vom 4.11.1975 (BGBl. I S. 2735)

StenB	Stenographischer Bericht
StGB	Strafgesetzbuch vom 15.5.1871 i.d.F. der Bek. vom 10.3.1987 (BGBl. I S. 1160)
StGB/DDR	Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik vom 12.1. 1968 in der Neufassung vom 14.12.1988 (GBl. I S. 93), zuletzt geändert durch Gesetz vom 29.6.1990 (GBl. I S. 526)
StGBÄndG 1976	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung, des Gerichtsverfassungsgesetzes, der Bundesrechtsanwaltsordnung und des Strafvollzugsgesetzes vom 18.8.1976 (BGBl. I S. 218l)
StGBÄndG 1989	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und des Versammlungsgesetzes und zur Einführung einer Kronzeugenregelung bei terroristischen Straftaten vom 9.6.1989 (BGBl. I S. 1059)
StPÄG 1964	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes vom 19.12.1964 (BGBl. I S. 1067)
StPÄG 1972	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 7.8.1972 (BGBl. I S. 1361)
StPÄG 1978	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 14.4.1978 (BGBl. I S. 497)
StPÄG 1986	Paßgesetz und Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 19.4.1986 (BGBl. I S. 537)
StPÄG 1988	Gesetz zur Änderung der Strafprozeßordnung vom 17.5.1988 (BGBl. I S. 606)
StPO	Strafprozeßordnung vom 1.2.1877 i.d.F. der Bek. vom 7.4.1987 (BGBl. I S. 1074)
StPO/DDR	Strafprozeßordnung der Deutschen Demokratischen Republik vom 12.1.1968 in der Neufassung vom 19.12.1974 (GBl. I 1975 S. 61)
StraFo	Strafverteidiger Forum (Zeitschrift)
StrafrAbh.	Strafrechtliche Abhandlungen, herausgegeben von Bennecke, dann von Beling, v. Lilienthal und Schoetensack
StRÄndG	Strafrechtsänderungsgesetz 1. ~ vom 30.8.1951 (BGBl. I S. 739) 2. ~ vom 6.3.1953 (BGBl. I S. 42) 3. ~ vom 4.8.1953 (BGBl. I S. 735) 4. ~ vom 11.6.1957 (BGBl. I S. 597) 5. ~ vom 24.6.1960 (BGBl. I S. 477) 6. ~ vom 30.6.1960 (BGBl. I S. 478) 7. ~ vom 1.6.1964 (BGBl. I S. 337) 8. ~ vom 25.6.1968 (BGBl. I S. 741) 9. ~ vom 4.8.1969 (BGBl. I S. 1065) 10. ~ vom 7.4.1970 (BGBl. I S. 313) 11. ~ vom 16.12.1971 (BGBl. I S. 1977) 12. ~ vom 16.12.1971 (BGBl. I S. 1779) 13. ~ vom 13.6.1975 (BGBl. I S. 1349) 14. ~ vom 22.4.1976 (BGBl. I S. 1056) 15. ~ vom 18.5.1976 (BGBl. I S. 1213) 16. ~ vom 16.7.1979 (BGBl. I S. 1078) 17. ~ vom 21.12.1979 (BGBl. I S. 2324) 18. ~ vom 28.3.1980 (BGBl. I S. 379) – Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität 19. ~ vom 7.8.1981 (BGBl. I S. 808) 20. ~ vom 8.12.1981 (BGBl. I S. 1329) 21. ~ vom 13.6.1985 (BGBl. I S. 963)

	22. ~ vom 18.7.1985 (BGBl. I S. 1510) 23. ~ vom 13.4.1986 (BGBl. I S. 393) 24. ~ vom 13.1.1987 (BGBl. I S. 141) 25. ~ vom 20.8.1990 – § 201 StG – (BGBl. I S. 1764) 26. ~ vom 24.7.1992 – Menschenhandel – (BGBl. I S. 1255) 27. ~ vom 23.7.1993 – Kinderpornographie – (BGBl. I S. 1346) 28. ~ vom 13.1.1994 – Abgeordnetenbestechung – (BGBl. I S. 84) 29. ~ vom 31.5.1994 – § 175, 182 StGB – (BGBl. I S. 1168) 30. ~ vom 23.6.1994 – Verjährung von Sexualstraftaten an Kindern und Jugendlichen – BGBl. I S. 1310) 31. ~ vom 27.6.1994 – 2. Gesetz zur Bekämpfung der Umweltkriminalität – (BGBl. I S. 1440) 32. ~ vom 1.6.1995 – §§ 44, 69b StGB – (BGBl. I S. 747) 33. ~ vom 1.7.1997 – §§ 177, 178 StGB (BGBl. I S. 1607) 34. ~ vom 22.8.2002 – § 129b StGB (BGBl. I S. 3390) 35. ~ vom 22.12.2003 – Betrug und Fälschung im Zusammenhang mit unbaren Zahlungsmitteln (BGBl. I S. 2838) 36. ~ vom 30.7.2004 – § 201a StGB (BGBl. I S. 2012) 37. ~ vom 18.2.2005 – § 180b, 181 StGB (BGBl. I S. 239) 40. ~ vom 22.3.2007 – Strafbarkeit beharrlicher Nachstellungen (Anti-Stalking-Gesetz) (BGBl. I S. 354) 41. ~ vom 7.8.2007 – Bekämpfung der Computerkriminalität (BGBl. I S. 1786) 42. ~ vom 29.6.2009 – Anhebung der Höchstgrenze des Tagessatzes bei Geldstrafen (BGBl. I S. 1658)
StraßenVSichG	1. Gesetz zur Sicherung des Straßenverkehrs (Straßenverkehrssicherungsgesetz) vom 19.12.1952 (BGBl. I S. 832) 2. Zweites ~ vom 26.11.1964 (BGBl. I S. 921)
StREG	Gesetz über ergänzende Maßnahmen zum 5. StrRG (Strafrechtsreformergänzungsgesetz) vom 28.8.1975 (BGBl. I S. 2289)
StrEG	Gesetz über die Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen vom 8.3.1971 (BGBl. I S. 157)
StrFG	Straffreiheitsgesetz – 1949 vom 31.12.1949 (BGBl. I S. 37) – 1954 vom 17.7.1954 (BGBl. I S. 203) – 1968 vom 9.7.1968 (BGBl. I S. 773) – 1970 vom 20.5.1970 (BGBl. I S. 509)
StRG	Gesetz zur Reform des Strafrechts 1. ~ vom 25.6.1969 (BGBl. I S. 645) 2. ~ vom 4.7.1969 (BGBl. I S. 717) 3. ~ vom 20.5.1970 (BGBl. I S. 505) 4. ~ vom 23.11.1973 (BGBl. I S. 1725) 5. ~ vom 18.6.1974 (BGBl. I S. 1297) 6. ~ vom 26.1.1998 (BGBl. I S. 164)
StRR	StrafRechtsReport – Arbeitszeitschrift für das gesamte Strafrecht
StrRehaG	Gesetz über die Rehabilitierung und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliche Rehabilitierungsgesetz – StrRehaG) vom 29.10.1992 (BGBl. I S. 1814) i.d.F. der Bek. vom 17.12.1999 (BGBl. I S. 2664)
st.Rspr.	ständige Rechtsprechung
StUG	Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz – StUG) vom 20.12.1991 (BGBl. I S. 2272)

StuR	Staat und Recht (Zeitschrift DDR, 1950 bis 1990)
StuW	Steuern und Wirtschaft (Zeitschrift)
StV	Strafverteidiger (Zeitschrift)
StVÄG 1979	Strafverfahrensänderungsgesetz 1979 vom 5.10.1978 (BGBl. I S. 1645)
StVÄG 1987	Strafverfahrensänderungsgesetz 1987 vom 27.1.1987 (BGBl. I S. 475)
StVÄG 1999	Strafverfahrensänderungsgesetz 1999 vom 2.8.2000 (BGBl. I S. 1253)
StVG	Straßenverkehrsgesetz vom 3.5.1909 i.d.F. der Bek. vom 19.12. 1952 (BGBl. I S. 837)
StVO	Straßenverkehrsordnung vom 16.11.1970 (BGBl. I S. 1565, ber. 1971, S. 38)
StVollstrO	Strafvollstreckungsordnung vom 1.4.2001 (BAnz. Nr. 87) bundeseinheitlich, abgedruckt bei Piller/Hermann 2b
StVollzG	Gesetz über den Vollzug der Freiheitsstrafe und der freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung – Strafvollzugsgesetz – vom 16.3.1976 (BGBl. I S. 581)
StVollzGK	Strafvollzugsgesetz-Kommissionsentwurf, herausgegeben vom Bundesministerium der Justiz
StVollzK	Blätter für Strafvollzugskunde (Beilage zur Zeitschrift „Der Vollzugsdienst“)
1. StVRErgG	Gesetz zur Ergänzung des 1. StVRG vom 20.12.1974 (BGBl. I S. 3686)
1. StVRG	Erstes Gesetz zur Reform des Strafverfahrensrechts vom 9.12.1974 (BGBl. I S. 3393)
StVZO	Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung vom 13.11.1937 i.d.F. der Bek. vom 28.9.1988 (BGBl. I S. 1793)
s.u.	siehe unten
SubvG	Subventionsgesetz vom 29.7.1976 (BGBl. I S. 2034)
SVR	Straßenverkehrsrecht (Zeitschrift)
TerrorismusG	Gesetz zur Bekämpfung des Terrorismus vom 19.12.1986 (BGBl. I S. 2566)
TerrorBekG	Gesetz vom 9.1.2002 zur Bekämpfung des internationalen Terrorismus (Terrorismusbekämpfungsgesetz) (BGBl. I S. 361)
TerrorBekErgG	Gesetz zur Ergänzung des Terrorismusbekämpfungsgesetzes (Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz) vom 5.1.2007 (BGBl. I S. 2)
Thür.	Thüringen
TiefseebergbauG	Gesetz zur vorläufigen Regelung des Tiefseebergbaus vom 16.8. 1980 (BGBl. I S. 1457)
TierschG	Tierschutzgesetz vom 24.7.1972 (BGBl. I S. 1277)
TKG	Telekommunikationsgesetz (TKG) vom 25.7.1996 (BGBl. I S. 1120)
TKÜG	Gesetz zur Neuregelung der Telekommunikationsüberwachung und anderer Ermittlungsmaßnahmen sowie zur Umsetzung der Richtlinie 2006/24/EG vom 21.12.2007 (BGBl. I S. 3198)
TKO	Telekommunikationsordnung vom 16.7.1987 (BGBl. I S. 1761)
TREVI	Terrorisme, Radicalisme, Extremisme, Violence Internationale (1975)
TVöD	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst
TV/L	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst der Länder
UCLAF	Unité de Coordination de la Lutte Anti-Fraude
UdG	Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
ÜAG	Gesetz vom 26.9.1991 zur Ausführung des Übereinkommens über

	die Überstellung verurteilter Personen vom 21.3.1983 – Überstellungsausführungsgesetz (BGBl. 1991 I S. 1954)
ÜberlG	Gesetz zur Überleitung von Bundesrecht nach Berlin (West) (Sechstes Überleitungsgesetz) vom 25.9.1990 (BGBl. I S. 2106)
ÜberstÜbk	Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen vom 21.3.1983 (ETS 112; BGBl. 1991 II S. 1006; 1992 II S. 98); ZP ÜberstÜbk vom 18.12.1997 (ETS 167)
Übk	Übereinkommen
ÜF	Übergangsfassung
UHaftÄndG	Gesetz zur Abänderung der Untersuchungshaft vom 27.12.1926 (RGBl. I S. 529)
UN	Vereinte Nationen
UNCAT	Übereinkommen (der Vereinten Nationen) gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe vom 10.12.1984 (BGBl. II 1990 S. 246) OPCAT – Fakultativprotokoll vom 18. Dezember 2002 zum Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe v. 26.8.2008 (BGBl. 2008 II S. 854).
UN-CAT	United Nations Committee against Torture – UN-Antifolterausschuss
UN-FoltKonv.	Siehe UNCAT
UN-KindKonv.	Übereinkommen über die Rechte des Kindes vom 20.11.1989 (BGBl. II 1992 S. 122)
UNO-Pakt	s. IPBPR
UnterbrSichG	Gesetz zur Reform des Rechts der Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus und in einer Entziehungsanstalt vom 16.7. 2007 (BGBl. I S. 1327)
UrhG	Gesetz über Urheberrecht und verwandte Schutzrechte (Urheberrechtsgesetz) vom 9.9.1965 (BGBl. I S. 1273)
UVollzO	Untersuchungshaftvollzugsordnung vom 12.2.1953 i.d.F. der Bek. vom 15.12.1976, bundeseinheitlich, abgedruckt bei Piller/Hermann 2a
UZwG	Gesetz über den unmittelbaren Zwang bei Ausübung öffentlicher Gewalt durch Vollzugsbeamte des Bundes vom 10.3.1961 (BGBl. I S. 165)
VA	Vorzeitige Anwendung (internationaler Übereinkommen)
VDA	Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts, Allgemeiner Teil, Bd. 1 bis 6 (1908)
VDB	Vergleichende Darstellung des deutschen und ausländischen Strafrechts, Besonderer Teil, Bd. 1 bis 9 (1906)
VerbrbekG	Gesetz zur Änderung des Strafgesetzbuches, der Strafprozeßordnung und anderer Gesetz (Verbrechensbekämpfungsgesetz) vom 28.10. 1994 (BGBl. I S. 3186)
VerbringungsverbG	Gesetz zur Überwachung strafrechtlicher und anderer Verbringungsverbote vom 24.5.1961 (BGBl. I S. 607)
VereinfVO	Vereinfachungsverordnung 1. ~, VO über Maßnahmen auf dem Gebiet der Gerichtsverfassung und Rechtspflege vom 1.9.1939 (RGBl. I S. 1658) 2. ~, VO zur weiteren Vereinfachung der Strafrechtspflege vom 13.8. 1942 (RGBl. I S. 508) 3. ~, Dritte VO zur Vereinfachung der Strafrechtspflege vom 29.5. 1943 (RGBl. I S. 342)

	4. ~, Vierte VO zur Vereinfachung der Strafrechtspflege vom 13.12. 1944 (RGBl. I S. 339)
VereinhG	Gesetz zur Wiederherstellung der Rechtseinheit auf dem Gebiete der Gerichtsverfassung, der bürgerlichen Rechtspflege, des Strafverfahrens und des Kostenrechts vom 12.9.1950 (BGBl. S. 455)
VereinsG	Gesetz zur Regelung des öffentlichen Vereinsrechts (Vereinsgesetz) vom 5.8.1964 (BGBl. I S. 593)
VerfGH	Verfassungsgerichtshof
Verh.	Verhandlungen des Deutschen Bundestages (BT), des Deutschen Juristentages (DJT) usw.
1. VerjährungsG	Gesetz über das Ruhen der Verjährung bei SED-Unrechtstaten vom 26.3.1993 (BGBl. I S. 392)
2. VerjährungsG	Gesetz zur Verlängerung strafrechtlicher Verjährungsfristen vom 27.9.1993 (BGBl. I S. 1657)
VerkMitt.	Verkehrsrechtliche Mitteilungen
VerpflichtG	Gesetz über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen (Verpflichtungsgesetz) vom 2.3.1974 (BGBl. I S. 469)
VerschG	Verschollenheitsgesetz vom 15.1.1951 (BGBl. I S. 59)
VersR	Versicherungsrecht, Juristische Rundschau für die Individualversicherung
VerständigungsG	Gesetz zur Regelung der Verständigung im Strafverfahren vom 29.7. 2009 (BGBl. I. S. 2353)
VerwArch.	Verwaltungsarchiv
VG	Verwaltungsgericht
VGH	Verfassungsgerichtshof; Verwaltungsgerichtshof
vgl.	vergleiche
Vhdlgen	s. Verh.
VO	Verordnung; s. auch AusnVO
VOBl.	Verordnungsblatt
VOR	Zeitschrift für Verkehrs- und Ordnungswidrigkeitenrecht
VRS	Verkehrsrechts-Sammlung
VRÜ	Verfassung und Recht in Übersee
VStGB	Völkerstrafgesetzbuch
VStGBG	Gesetz vom 26.6.2002 zur Einführung des Völkerstrafgesetzbuches (BGBl. I S. 2254)
VVStVollzG	Verwaltungsvorschriften zum Strafvollzugsgesetz (bundeseinheitlich) vom 1.7.1976
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung vom 21.1.1960 i.d.F. der Bek. vom 19.3.1991 (BGBl. I S. 686)
VwRehaG	Gesetz über die Aufhebung rechtsstaatswidriger Verwaltungsentscheidungen im Beitrittsgebiet und die daran anknüpfenden Folgeansprüche (Verwaltungsrechtliches Rehabilitierungsgesetz – VwRehaG) vom 23.6.1994 (BGBl. I S. 1311)
VwVfG	Verwaltungsverfahrensgesetz vom 25.5.1976 (BGBl. I S. 1253)
VwZG	Verwaltungszustellungsgesetz vom 3.7.1952 (BGBl. I S. 379)
WDO	Wehrdisziplinarordnung vom 15.3.1957 i.d.F. der Bek. vom 9.6. 1961 (BGBl. I S. 697)
WehrbeauftrG	Gesetz über den Wehrbeauftragten des Deutschen Bundestages i.d.F. der Bek. vom 16.6.1982 (BGBl. I S. 673)
WeinG	Gesetz über Wein, Likörwein, Schaumwein, weinhaltige Getränke und Branntwein aus Wein (Weingesetz) vom 14.1.1971 (BGBl. I S. 893)

Wiener Übereinkommen	1. Wiener Übereinkommen über diplomatische Beziehungen vom 18.4.1961 (Zustimmungsgesetz vom 6.8.1964, BGBl. II S. 957) 2. Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen vom 24.4.1963 (Zustimmungsgesetz vom 26.8.1969, BGBl. II S. 1585)
1. WiKG	Erstes Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität vom 29.7. 1976 (BGBl. I S. 2034)
2. WiKG	Zweites Gesetz zur Bekämpfung der Wirtschaftskriminalität vom 15.5.1986 (BGBl. I S. 721)
WiStG	Gesetz zur weiteren Vereinfachung des Wirtschaftsstrafrechts (Wirtschaftsstrafgesetz 1954) vom 9.7.1954 i.d.F. der Bek. vom 3.6.1975 (BGBl. I S. 1313)
wistra	Zeitschrift für Wirtschafts- und Steuerstrafrecht
WoÜbG	Gesetz zur Umsetzung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 3. März 2004 (akustische Wohnraumüberwachung) vom 24.6. 2005 (BGBl. I S. 1841)
WRV	Weimarer Verfassung, Verfassung des Deutschen Reichs vom 11.8. 1919 (RGBl. S. 1383)
WStG	Wehrstrafgesetz vom 30.3.1957 i.d.F. der Bek. vom 24.5.1974 (BGBl. I S. 1213)
WM	Wertpapiermitteilungen (Zeitschrift)
WuV	Wirtschaft und Verwaltung (Zeitschrift)
WuW	Entscheidungssammlung der Zeitschrift Wirtschaft und Wettbewerb
WÜD	s. 1. Wiener Übereinkommen
WÜK	s. 2. Wiener Übereinkommen
WVK	Wiener Vertragsrechtskonvention vom 23.5.1969 (BGBl. II 1985 S. 926)
WWSUV	Vertrag über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik vom 18.5.1990 (BGBl. II S. 537)
WWSUVG	Gesetz zu dem Vertrag vom 18.5.1990 über die Schaffung einer Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion … vom 25.6.1990 (BGBl. II S. 518)
WZG	Warenzeichengesetz vom 5.5.1936 i.d.F. der Bek. vom 2.1.1968 (BGBl. I S. 29)
YEL	Yearbook of European Law
YB	Yearbook of the European Convention of the Human Rights, the European Commission and the European Court of Human Rights/ Annuaire de la Convention Européenne des Droits de l'Homme; Commission et Cour Européenne des Droits de l'Homme, hrsg. vom Europarat
ZahlVGJG	Gesetz über den Zahlungsverkehr mit Gerichten und Justizbehörden vom 22.12.2006 = Art. 2 des 2. Justizmodernisierungsgesetzes (BGBl. 2006 I S. 3416)
ZAkDR	Zeitschrift der Akademie für Deutsches Recht (1934–44)
ZaöRV	Zeitschrift für ausländisches öffentliches Recht und Völkerrecht
ZBlJugR	Zentralblatt für Jugendrecht und Jugendwohlfahrt
ZEuS	Zeitschrift für Europarechtliche Studien
ZfSch	Zeitschrift für Schadensrecht
ZfStrVo	Zeitschrift für Strafvollzug und Straffälligenhilfe (jetzt: FS – Forum Strafvollzug)

ZfZ	Zeitschrift für Zölle und Verbrauchssteuern
ZIP	Zeitschrift für Wirtschaftsrecht
ZIS	Zeitschrift für Internationale Strafrechtsdogmatik (Online-Zeitschrift)
ZJJ	Zeitschrift für Jugendkriminalrecht und Jugendhilfe
ZJS	Zeitschrift für das Juristische Studium (Online-Zeitschrift)
ZKA	Zollkriminalinstitut
ZLR	Zeitschrift für Lebensmittelrecht
ZÖR	Zeitschrift für öffentliches Recht
ZollG.	Zollgesetz vom 14.6.1961 i.d.F. der Bek. vom 18.5.1970 (BGBl. I S. 529)
ZP	Zusatzprotokoll
ZPO	Zivilprozeßordnung vom 30.1.1877 i.d.F. der Bek. vom 12.9.1950 (BGBl. I S. 533)
ZRP	Zeitschrift für Rechtspolitik
ZSchG	Gesetz vom 30.4.1998 zum Schutz von Zeugen bei Vernehmungen im Strafverfahren und zur Verbesserung des Opferschutzes (Zeugenschutzgesetz – ZSchG) (BGBl. I S. 820).
ZSEG	Gesetz über die Entschädigung von Zeugen und Sachverständigen vom 26.7.1957 i.d.F. der Bek. vom 1.10.1969 (BGBl. I S. 1756); abgelöst durch das JVEG vom 5.5.2004
ZSHG	Gesetz zur Harmonisierung des Schutzes gefährdeter Zeugen (Zeugenschutz-Harmonisierungsgesetz) vom 11.12.2001 (BGBl. I S. 3510)
ZST	Zeitschr für Schweizer Recht
ZStW	Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft
ZusatzAbk.	Zusatzabkommen zum NATO-Truppenstatut vom 3.8.1959 (BGBl. II 1961 S. 1183, 1218)
Zusatzvereinb.	Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik zur Durchführung und Auslegung des am 31.8.1990 in Berlin unterzeichneten Vertrages zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Deutschen Demokratischen Republik über die Herstellung der Einheit Deutschlands vom 18.9.1990 (BGBl. II S. 1239)
zust.	zustimmend
ZustErgG	Gesetz zur Ergänzung von Zuständigkeiten auf den Gebieten des Bürgerlichen Rechts, des Handelsrechts und des Strafrechts (Zuständigkeitsergänzungsgesetz) vom 7.8.1952 (BGBl. I S. 407)
ZustG	Gesetz über die Zuständigkeit der Gerichte bei Änderung der Gerichtseinteilung vom 6.12.1933 (RGBl. I S. 1037)
ZustRG	Gesetz zur Reform des Verfahrens bei Zustellung im gerichtlichen Verfahren (Zustellungsreformgesetz – ZustRG) vom 25.6.2001 (BGBl. I S. 1206)
ZustVO	Verordnung über die Zuständigkeit der Strafgerichte, die Sondergerichte und sonstige strafverfahrensrechtliche Vorschriften vom 21.2.1940 (RGBl. I S. 405)
Zuwanderungsgesetz	Gesetz zur Steuerung und Begrenzung der Zuwanderung und zur Regelung des Aufenthalts und der Integration von Unionsbürgern und Ausländern vom 30.7.2004 (BGBl. I S. 1950)
ZVG	Gesetz über die Zwangsversteigerung und die Zwangsverwaltung (Zwangsversteigerungsgesetz) vom 24.3.1897 i.d.F. der Bek. vom 20.5.1898 (RGBl. S. 369, 713)
ZWehrR	Zeitschrift für Wehrrecht (1936/37–44)
ZZP	Zeitschrift für Zivilprozeß

Literaturverzeichnis

Achenbach/Ransiek	Achenbach/Ransiek, Handbuch Wirtschaftsstrafrecht, 2. Aufl. (2008)
AE-EV	Alternativ-Entwurf Reform des Ermittlungsverfahrens (AE-EV); Entwurf eines Arbeitskreises deutscher, österreichischer und schweizerischer Strafrechtslehrer (2001)
AE-EuStV	Alternativentwurf Europäische Strafverfolgung; hrsg. von Schünemann (2004)
AE-StuM	Alternativ-Entwurf Strafjustiz und Medien (AE-StuM: Entwurf eines Arbeitskreises deutscher, österreichischer und schweizerischer Strafrechtslehrer (2004)
Ahlbrecht/Böhm/Esser/Hugger/Kirsch/Rosenthal	Ahlbrecht/Böhm/Esser/Hugger/Kirsch/Rosenthal, Verteidigung in internationalen Strafsachen (2008)
AK	Alternativkommentar zur Strafprozeßordnung, Bd. I (§§ 1 bis 93, 1988), Bd. II 1 (§§ 94 bis 212b, 1992), Bd. II 2 (§§ 213 bis 275, 1993), Bd. III (§§ 276 bis 477, 1996)
AK-GG	Alternativkommentar zum Grundgesetz, Bd. I (Art. 1 bis 37, 1989), Bd. II (Art. 38 bis 148, 1989)
AK-StGB	Alternativkommentar zum Strafgesetzbuch, Bd. I (§§ 1 bis 21, 1990), Bd. III (§§ 80 bis 145d, 1986)
AnwK-StPO	Krekeler/Löffelmann, Anwaltkommentar zur Strafprozessordnung, 2. Aufl. (2009)
AK-StVollzG	Alternativkommentar zum Strafvollzugsgesetz, hrsg. von Feest, 5. Aufl. (2006)
Albrecht	Albrecht, Jugendstrafrecht, 3. Aufl. (2000)
Albrecht (Krim.)	Albrecht, Kriminologie, 3. Aufl. (2005)
Alsberg/Nüse/Meyer	Alsberg/Nüse/Meyer, Der Beweisantrag im Strafprozeß, 6. Aufl. (1995)
Ambos	Ambos, Internationales Strafrecht, 2. Aufl. (2008)
Arloth	Arloth, Strafprozeßrecht (1995)
Arloth (StVollzG)	Arloth, Strafvollzugsgesetz, 2. Aufl. (2008)
Aschrott	Reform des Strafprozesses, kritische Besprechung der von der Kommission für die Reform des Strafprozesses gemachten Vorschläge, hrsg. von Aschrott (1906)
Barton	Barton, Mindeststandards der Strafverteidigung (1994)
Barton (Verfahrensg.)	Barton, Verfahrensgerechtigkeit und Zeugenbeweis (2002)
Barton (Strafverteidigung)	Barton, Einführung in die Strafverteidigung (2007)
Baumann	Baumann, Grundbegriffe und Verfahrensprinzipien des Strafprozeßrechts, 3. Aufl. (1979)
Baumann/Weber/Mitsch	Baumann/Weber/Mitsch, Strafrecht, Allgemeiner Teil, Lehrbuch, 11. Aufl. (2003)
Baumbach/Lauterbach	Baumbach/Lauterbach/Albers/Hartmann, Zivilprozeßordnung, Kurzkommentar, 68. Aufl. (2009)
Beck/Berr	Beck/Berr, OWi-Sachen im Straßenverkehrsrecht, 5. Aufl. (2006)

Beck/Bemmann	Beck/Bemmann, Fälle und Lösungen zur StPO (2004)
Beling	Beling, Deutsches Reichsstrafprozeßrecht (1928)
Bender/Nack/Treuer	Bender/Nack/Treuer, Tatsachenfeststellung vor Gericht, 3. Aufl. (2007)
Benfer	Benfer, Rechtseingriffe von Polizei und Staatsanwaltschaft, 3. Aufl. (2005)
Bente	Bente, Handbuch Wirtschaftsstrafrecht (2004)
Berz/Burmann	Berz/Burmann, Handbuch des Straßenverkehrsrechts, Loseblattausgabe, 2 Bände (2004)
Beulke	Beulke, Strafprozessrecht, 10. Aufl. (2008)
Birkenstock	Birkenstock, Verfahrensrügen im Strafprozess – Rechtsprechungssammlung, 2 Bände (2004)
Birkmeyer	Birkmeyer, Deutsches Strafprozeßrecht (1898)
Bockemühl	Handbuch des Fachanwalts Strafrecht, hrsg. von Bockemühl, 4. Aufl. (2009)
Bohnert (Ordnungsw.)	Bohnert, Ordnungswidrigkeitenrecht – Grundrisse des Rechts, 3. Aufl. (2008)
Bohnert (OWiG)	Bohnert, Kommentar zum Ordnungswidrigkeitenrecht, 2. Aufl. (2007)
Bohnert	Bohnert, Beschränkungen der strafprozessualen Revision durch Zwischenverfahren (1983)
Bonn.Komm.	Kommentar zum Bonner Grundgesetz, Loseblattausgabe (ab 1950)
Booß	Booß, Straßenverkehrsordnung, Kommentar, 11. Aufl. (2002)
Bouska/Laeverenz	Bouska/Laeverenz, Fahrerlaubnisrecht, 3. Aufl. (2004)
Böhm/Feuerhelm	Böhm/Feuerhelm, Einführung in das Jugendstrafrecht, 4. Aufl. (2004)
Böhm (Strafvollzug)	Böhm, Strafvollzug (2003)
Brandstetter	Brandstetter, Straffreiheitsgesetz, Kommentar (1956)
Brenner	Brenner, Ordnungswidrigkeitenrecht (1996)
Breyer/Mehle/Osnabrügge/ Schaefer	Breyer/Mehle/Osnabrügge/Schaefer, Strafprozessrecht (2005)
von Briel	von Briel, Steuerstrafrecht, 2. Aufl. (2001)
Bringewat	Bringewat, Strafvollstreckung, Kommentar zu den §§ 449 bis 463d StPO (1993)
Brodag	Brodag, Strafverfahrensrecht, Kurzlehrbuch zum Ermittlungsverfahren, 12. Aufl. (2008)
Brunner	Brunner, Abschlussverfügung der Staatsanwaltschaft, 11. Aufl. (2009)
Brunner/Dölling	Brunner/Dölling, Jugendgerichtsgesetz, Kommentar, 11. Aufl. (2002)
Bruns/Schröder/Tappert	Bruns/Schröder/Tappert, Kommentar zum strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz (1993)
Brüssow/Gatzweiler/ Krekeler/Mehle	Brüssow/Gatzweiler/Krekeler/Mehle, Strafverteidigung in der Praxis, 4. Aufl. (2007)
Burchardi/Klempahn	Burchardi/Klempahn/Wetterich, Der Staatsanwalt und sein Arbeitsgebiet, 5. Aufl. (1982)
Burhoff (Ermittlungsv.)	Burhoff, Handbuch für das strafrechtliche Ermittlungsverfahren, 4. Aufl. (2009)
Burhoff (Hauptv.)	Burhoff, Handbuch für die strafrechtliche Hauptverhandlung, 5. Aufl. (2009)

Burhoff/Stephan	Burhoff/Stephan, Strafvereitelung durch Strafverteidiger (2008)
Calliess/Müller-Dietz	Calliess/Müller-Dietz, Strafvollzugsgesetz, Kommentar, 11. Aufl. (2008)
Ciolek-Krepold	Ciolek-Krepold, Durchsuchung und Beschlagnahme in Wirtschaftsstrafsachen (2000)
Corstens/Pradel	Corstens/Pradel, European Criminal Law (2002)
Cramer	Cramer, Straßenverkehrsrecht StVO – StGB, Kommentar, 2. Aufl. (1977)
Cramer/Bürgle	Cramer/Bürgle, Die strafprozessualen Beweisverwertungsverbote, 2. Aufl. (2004)
Cramer/Cramer	Cramer/Cramer, Anwalts-Handbuch Strafrecht (2002)
Cullen/Jund	Strafrechtliche Zusammenarbeit in der Europäischen Union nach Tampere, hrsg. von Cullen/Jund (2002)
Dahs (Hdb.)	Dahs, Handbuch des Strafverteidigers, 7. Aufl. (2005)
Dahs (Rechtl. Gehör)	Dahs. Rechtliches Gehör im Strafverfahren (1963)
Dahs/Dahs	Dahs/Dahs, Die Revision im Strafprozess, 7. Aufl. (2008)
Dalcke/Fuhrmann/Schäfer	Dalcke/Fuhrmann/Schäfer, Strafrecht und Strafverfahren, Kommentar, 37. Aufl. (1961)
Dallinger/Lackner	Dallinger/Lackner, Jugendgerichtsgesetz und ergänzende Vorschriften, Kommentar, 2. Aufl. (1965)
Dallmayer/Eickmann	Dallmayer/Eickmann, Rechtspflegergesetz, Kommentar, 31. Aufl. (1996)
Delmas-Marty	Corpus Juris der strafrechtlichen Regelungen zum Schutz der finanziellen Interessen der Europäischen Union, hrsg. von Delmas-Marty (1998)
Delmas-Marty/Vervaele	The Implementation of the Corpus Juris in the Member States, 4 Bände, hrsg. von Delmas-Marty/Verwaele, Antwerpen (2001)
Diemer/Schoreit/Sonnen	Diemer/Schoreit/Sonnen, Jugendgerichtsgesetz, Kommentar, 5. Aufl. (2008)
Dölling/Duttge/Rössner	Dölling/Duttge/Rössner, Gesamtes Strafrecht – Handkommentar (2008) (zit.: HK-GS/*Verfasser*)
Doswald-Beck/Kolb	Doswald-Beck/Kolb, Judicial Process and Human Rights – United Nations, European, American and African Systems – Texts and summaries of international case law, 2004
Eb. Schmidt	Eberhard Schmidt, Lehrkommentar zur Strafprozeßordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz, Teil I: Die rechtstheoretischen und die rechtspolitischen Grundlagen des Strafverfahrensrechts, 2. Aufl. (1964), Teil II: Erläuterungen zur Strafprozeßordnung und zum Einführungsgesetz (1957), Teil III: Erläuterungen zum Gerichtsverfassungsgesetz und zum Einführungsgesetz (1960), Nachtrag I: Nachträge und Ergänzungen zu Teil II (1967), Nachtrag II: Nachtragsband II (1970)
Eb. Schmidt (Geschichte)	Eberhard Schmidt, Einführung in die Geschichte der deutschen Strafrechtspflege, 3. Aufl. (1965)
Eb. Schmidt (Kolleg)	Eberhard Schmidt, Deutsches Strafprozeßrecht, ein Kolleg (1967)
Eberth/Müller	Verteidigung in Betäubungsmittelsachen, 5. Aufl. (2009)

Eidam	Eidam, Unternehmen und Strafe, 3. Aufl. (2008)
Eisenberg	Eisenberg, Jugendgerichtsgesetz, Kommentar, 14. Aufl. (2010)
Eisenberg (Beweismittel)	Eisenberg, Persönliche Beweismittel in der StPO, 2. Aufl. (1996)
Eisenberg (Beweisrecht)	Eisenberg, Beweisrecht der StPO, Spezialkommentar, 6. Aufl. (2008)
Eisenberg (Krim.)	Eisenberg, Kriminologie, 6. Aufl. (2005)
Endriß (BtM-Verfahren)	Endriß, Verteidigung in Betäubungsmittelverfahren (1998)
Endriß/Malek	Endriß/Malek, Betäubungsmittelstrafrecht, 3. Aufl. (2008)
Engländer	Engländer, Examensrepetitorium Strafprozessrecht, 4. Aufl. (2009)
Erbs/Kohlhaas	Erbs/Kohlhaas, Strafrechtliche Nebengesetze, Kurzkommentar, Loseblattausgabe (ab 2004)
Eser	Eser, Einführung in das Strafprozeßrecht (1983)
Eser/Hassemer/Burkhardt	Eser/Hassemer/Burkhardt, Die deutsche Strafrechtswissenschaft vor der Jahrtausendwende (2000)
Eser/Lagodny/Wilkitzki	Eser/Lagodny/Wilkitzki, Internationale Rechtshilfe in Strafsachen, 2. Aufl. (1993)
Esser	Esser, Auf dem Weg zu einem europäischen Strafverfahrensrecht (2002)
Fahl	Fahl, Rechtsmißbrauch im Strafprozeß (2004)
Fehn/Wamers	Fehn/Wamers, ZfdG – Zollfahndungsdienstgesetz – Handkommentar (2003)
Feisenberger	Feisenberger, Strafprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz (1926)
Ferner	Ferner, Strafzumessung (2005)
Feuerich/Weyland	Feuerich/Weyland, Bundesrechtsanwaltsordnung, Kommentar, 7. Aufl. (2008)
Fezer	Fezer, Strafprozeßrecht, 2. Aufl. (1995)
Fischer	Fischer, Strafgesetzbuch und Nebengesetze, Kommentar, 57. Aufl. (2010)
Franke/Wienroeder	Franke/Wienroeder, BtMG, 3. Aufl. (2008)
Franzen/Gast/Joecks	Franzen/Gast/Joecks, Steuerstrafrecht mit Zoll- und Verbrauchsteuerstrafrecht, 7. Aufl. (2009)
Freyschmidt	Freyschmidt, Verteidigung in Straßenverkehrssachen, 9. Aufl. (2009)
Frowein/Peukert	Frowein/Peukert, Europäische Menschenrechtskonvention, EMRK-Kommentar, 3. Aufl. (2009)
FS AG Strafrecht DAV	Strafverteidigung im Rechtsstaat – 25 Jahre Arbeitsgemeinschaft Strafrecht des Deutschen Anwaltvereins (2009)
FS Amelung	Grundlagen des Straf- und Strafverfahrensrechts. Festschrift für Knut Amelung zum 70. Geburtstag (2009)
FS Androulakis	Festschrift für Nikolaos Androulakis zum 70. Geburtstag, (2003)
FS Augsburg	Recht in Europa – Festgabe zum 30-jährigen Bestehen der Juristischen Fakultät Augsburg (2002)
FS BayVerfGH	Festschrift zum 50-jährigen Bestehen des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs (1997)
FS Bemmann	Festschrift für Günther Bemmann zum 70. Geburtstag (1997)

FS BGH	Festschrift aus Anlass des 50-jährigen Bestehens von Bundesgerichtshof, Bundesanwaltschaft und Rechtsanwaltschaft beim Bundesgerichtshof (2000)
FS II BGH	50 Jahre Bundesgerichtshof, Festgabe aus der Wissenschaft, hrsg. von Roxin/Widmaier, Bd. IV: Strafrecht (2000)
FS Blau	Festschrift für Günter Blau zum 70. Geburtstag (1985)
FS Bockelmann	Festschrift für Paul Bockelmann zum 70. Geburtstag (1979)
FS Böhm	Festschrift für Alexander Böhm zum 70. Geburtstag (1999)
FS Böttcher	Recht gestalten – dem Recht dienen, Festschrift für Reinhard Böttcher zum 70. Geburtstag (2007)
FS Boujong	Verantwortung und Gestaltung, Festschrift für Karlheinz Boujong zum 65. Geburtstag (1996)
FS BRAK	Festschrift zu Ehren des Strafrechtsausschusses der Bundesrechtsanwaltskammer (2006)
FS Brauneck	Ehrengabe für Anne-Eva Brauneck (1999)
FS Bruns	Festschrift für Hans-Jürgen Bruns zum 70. Geburtstag (1978)
FS Burgstaller	Festschrift für Manfred Burgstaller zum 65. Geburtstag (2004)
FS Carstens	Einigkeit und Recht und Freiheit, Festschrift für Karl Carstens zum 70. Geburtstag (1984)
FS Dahs	Festschrift für Hans Dahs zum 70. Geburtstag (2005)
FS Doehring	Staat und Völkerrechtsordnung, Festschrift für Karl Doehring; Beiträge zum ausländischen Recht und Völkerrecht Bd. 98 (1989)
FS Dreher	Festschrift für Eduard Dreher zum 70. Geburtstag (1977)
FS Dünnebier	Festschrift für Hanns Dünnebier zum 75. Geburtstag (1982)
FS Eide	Human rights and criminal justice for the downtrodden; Essays in honour of Asbjørn Eide (2003)
FS Eisenberg	Festschrift für Ulrich Eisenberg zum 70. Geburtstag (2009)
FS Engisch	Festschrift für Karl Engisch zum 70. Geburtstag (1969)
FS Ermacora	Fortschritt im Bewußtsein der Grund- und Menschenrechte, Festschrift für Felix Ermacora zum 65. Geburtstag (1988)
FS Eser	Menschengerechtes Strafrecht, Festschrift für Albin Eser zum 70. Geburtstag (2005)
FS Faller	Festschrift für Hans Joachim Faller (1984)
FS Fezer	Festschrift für Gerhard Fezer zum 70. Geburtstag (2008)
FS Flume	Festgabe für Werner Flume zum 90. Geburtstag (1998)
FS Friauf	Festschrift für Karl Heinrich Friauf (1996)
FS Friebertshäuser	Festgabe für den Strafverteidiger Dr. Heino Friebertshäuser (1997)
FS Gallas	Festschrift für Wilhelm Gallas zum 70. Geburtstag (1973)
FS Geerds	Kriminalistik und Strafrecht, Festschrift für Friedrich Geerds zum 70. Geburtstag (1995)
FS Geiger	Verantwortlichkeit und Freiheit. Die Verfassung als wertbestimmende Ordnung; Festschrift für Willi Geiger zum 80. Geburtstag (1989)
FS Geiß	Festschrift für Karlmann Geiß zum 65. Geburtstag (2000)
FS Gössel	Festschrift für Karl Heinz Gössel zum 70. Geburtstag (2002)

FS Gollwitzer	siehe Gollwitzer-Koll
FS Graßhoff	Der verfasste Rechtsstaat, Festgabe für Karin Graßhoff (1998)
FS Grünwald	Festschrift für Gerald Grünwald zum 70. Geburtstag (1999)
FS Grützner	Aktuelle Probleme des Internationalen Strafrechts, Heinrich Grützner zum 65. Geburtstag (1970)
FS Hacker	Wandel durch Beständigkeit, Festschrift für Jens Hacker (1998)
FS Hamm	Festschrift für Rainer Hamm zum 65. Geburtstag (2008)
FS Hanack	Festschrift für Ernst-Walter Hanack zum 70. Geburtstag (1999)
FS Heinitz	Festschrift für Ernst Heinitz zum 70. Geburtstag (1972)
FS Helmrich	Für Staat und Recht, Festschrift für Herbert Helmrich zum 60. Geburtstag (1994)
FS Henkel	Grundfragen der gesamten Strafrechtswissenschaft, Festschrift für Heinrich Henkel zum 70. Geburtstag (1974)
FS Herzberg	Strafrecht zwischen System und Telos, Festschrift für Rolf Dietrich Herzberg zum 70. Geburtstag (2008)
FS Heusinger	Ehrengabe für Bruno Heusinger (1968)
FS Hilger	Datenübermittlungen und Vorermittlungen, Festgabe für Hans Hilger (2003)
FS Hirsch	Berliner Festschrift für Ernst E. Hirsch (1968)
FS B. Hirsch	Mit Recht für Menschenwürde und Verfassungsstaat, Festgabe für Burkhard Hirsch (2007)
FS H. J. Hirsch	Festschrift Hans Joachim Hirsch zum 70. Geburtstag (1999)
FS Hubmann	Beiträge zum Schutz der Persönlichkeit und ihrer schöpferischen Leistung; Festschrift für Heinrich Hubmann zum 70. Geburtstag (1985)
FS Huber	Recht als Prozess und Gefüge, Festschrift für Hans Huber zum 80. Geburtstag (1981)
FS Jakobs	Festschrift für Günther Jakobs zum 70. Geburtstag (2007)
FS Jahrreiß	Festschrift für Hermann Jahrreiß zum 70. Geburtstag am 19.8.1964 (1964)
FS II Jahrreiß	Festschrift für Hermann Jahrreiß zum 80. Geburtstag am 19.8.1974 (1974)
FS Jescheck	Festschrift für Hans-Heinrich Jescheck zum 70. Geburtstag (1985)
FS Jung	Festschrift für Heike Jung zum 65. Geburtstag (2007)
FS JurGes. Berlin	Festschrift zum 125jährigen Bestehen der Juristischen Gesellschaft zu Berlin (1984)
FS Kaiser	Internationale Perspektiven in Kriminologie und Strafrecht, Festschrift für Günther Kaiser zum 70. Geburtstag (1998)
FS Arthur Kaufmann	Strafgerechtigkeit, Festschrift für Arthur Kaufmann zum 70. Geburtstag (1993)
FS Kern	Tübinger Festschrift für Eduard Kern (1968)
FS Kleinknecht	Strafverfahren im Rechtsstaat, Festschrift für Theodor Kleinknecht zum 75. Geburtstag (1985)
FS Klug	Festschrift für Ulrich Klug zum 70. Geburtstag (1983)
FS Koch	Strafverteidigung und Strafprozeß, Festgabe für Ludwig Koch (1989)

FS Kohlmann	Festschrift für Günter Kohlmann zum 70. Geburtstag (2003)
FS Kralik	Festschrift für Winfried Kralik zum 65. Geburtstag (1986)
FS Krause	Festschrift für Friedrich-Wihelm Krause zum 70. Geburtstag (1990)
FS Kriele	Staatsphilosophie und Rechtspolitik, Festschrift für Martin Kriele zum 65. Geburtstag (1997)
FS Küper	Festschrift für Wilfried Küper zum 70. Geburtstag (2007)
FS Lackner	Festschrift für Karl Lackner zum 70. Geburtstag (1987)
FS Lampe	Jus humanum: Grundlagen des Rechts und Strafrechts, Festschrift für Ernst-Joachim Lampe zum 70. Geburtstag (2003)
FS Lange	Festschrift für Richard Lange zum 70. Geburtstag (1976)
FS Leferenz	Kriminologie – Psychiatrie – Strafrecht, Festschrift für Heinz Leferenz zum 70. Geburtstag (1983)
FS Lenckner	Festschrift für Theodor Lenckner zum 70. Geburtstag (1998)
FS Lerche	Wege und Verfahren des Verfassungslebens, Festschrift für Peter Lerche zum 65. Geburtstag (1993)
FS Lüderssen	Festschrift für Klaus Lüderssen zum 70. Geburtstag (2002)
FS Maihofer	Festschrift für Werner Maihofer zum 70. Geburtstag (1988)
FS Maiwald	Fragmentarisches Strafrecht, Für Manfred Maiwald aus Anlass seiner Emeritierung (2003)
FS Mangakis	Festschrift für Georgios Mangakis (1999)
FS Maurach	Festschrift für Reinhard Maurach zum 70. Geburtstag (1972)
FS Mayer	Beiträge zur gesamten Strafrechtswissenschaft, Festschrift für Hellmuth Mayer zum 70. Geburtstag (1966)
FS Mehle	Festschrift für Volkmar Mehle zum 65. Geburtstag (2009)
FS Meyer-Goßner	Festschrift für Lutz Meyer-Goßner zum 65. Geburtstag (2001)
FS Mezger	Festschrift für Edmund Mezger zum 70. Geburtstag (1954)
FS Middendorf	Festschrift für Wolf Middendorf zum 70. Geburtstag (1986)
FS Miebach	NStZ-Sonderheft – Zum Eintritt in den Ruhestand für Klaus Miebach (2009)
FS Miklau	Strafprozessrecht im Wandel, Festschrift für Roland Miklau zum 65. Geburtstag (2006)
FS Miyazawa	Festschrift für Koichi Miyazawa (1995)
FS Mosler	Völkerrecht als Rechtsordnung, Internationale Gerichtsbarkeit, Menschenrechte; Festschrift für Hermann Mosler zum 70. Geburtstag (1983)
FS E. Müller	Opuscula Honoraria, Egon Müller zum 65. Geburtstag (2003)
FS E. Müller (II)	Festschrift für Egon Müller zum 70. Geburtstag (2008)
FS Egon Müller	Festschrift für Egon Müller zum 70. Geburtstag (2008)
FS Müller-Dietz	Grundlagen staatlichen Strafens, Festschrift für Heinz Müller-Dietz zum 70. Geburtstag (2001)
FS Nehm	Strafrecht und Justizgewährung, Festschrift für Kay Nehm zum 65. Geburtstag (2006)
FS Nishihara	Festschrift für Harua Nishihara zum 70. Geburtstag (1998)
FS Odersky	Festschrift für Walter Odersky zum 65. Geburtstag (1996)

FS Oehler	Festschrift für Dietrich Oehler zum 70. Geburtstag (1985)
FS Partsch	Des Menschen Recht zwischen Freiheit und Verantwortung, Festschrift für Karl Josef Partsch zum 75. Geburtstag (1989)
FS Paulus	Festgabe des Instituts für Strafrecht und Kriminologie der Juristischen Fakultät der Julius-Maximilians-Universität Würzburg für Rainer Paulus zum 70. Geburtstag (2009)
FS Peters	Einheit und Vielfalt des Strafrechts, Festschrift für Karl Peters zum 70. Geburtstag (1974)
FS II Peters	Wahrheit und Gerechtigkeit im Strafverfahren, Festgabe für Karl Peters zum 80. Geburtstag (1984)
FS Pfeiffer	Strafrecht, Unternehmensrecht, Anwaltsrecht, Festschrift für Gerd Pfeiffer zum Abschied aus dem Amt als Präsident des Bundesgerichtshofes (1988)
FS Pfenniger	Strafprozeß und Rechtsstaat, Festschrift zum 70. Geburtstag von H. F. Pfenniger (1976)
FS Platzgummer	Festschrift für Winfried Platzgummer zum 65. Geburtstag (1995)
FS Rebmann	Festschrift für Kurt Rebmann zum 65. Geburtstag (1989)
FS Reichsgericht	Die Reichsgerichtspraxis im deutschen Rechtsleben, Festgabe der juristischen Fakultäten zum 50jährigen Bestehen des Reichsgerichts, Bd. 5, Strafrecht und Strafprozeß (1929)
FS Reichsjustizamt	Vom Reichsjustizamt zum Bundesministerium der Justiz, Festschrift zum 100jährigen Gründungstag des Reichsjustizamtes am 1.1.1877 (1977)
FS Remmers	Vertrauen in den Rechtsstaat, Beiträge zur deutschen Einheit im Recht, Festschrift für Walter Remmers (1995)
FS Ress	Internationale Gemeinschaft und Menschenrechte, Festschrift für Georg Ress zum 70. Geburtstag (2005)
FS Richter	Verstehen und Widerstehen, Festschrift für Christian Richter II zum 65. Geburtstag (2006)
FS Rieß	Festschrift für Peter Rieß zum 70. Geburtstag (2002)
FS Rittler	Festschrift für Theodor Rittler zu seinem achtzigsten Geburtstag (1957)
FS Rolinski	Festschrift für Klaus Rolinski zum 70. Geburtstag (2002)
FS Rosenfeld	Festschrift für Ernst Heinrich Rosenfeld zu seinem 80. Geburtstag (1949)
FS Roxin	Festschrift für Claus Roxin zum 70. Geburtstag (2001)
FS Rudolphi	Festschrift für Hans-Joachim Rudolphi zum 70. Geburtstag (2004)
FS Rüter	Festschrift für C. F. Rüter zum 65. Geburtstag (2003)
FS Salger	Straf- und Strafverfahrensrecht, Recht und Verkehr, Recht und Medizin, Festschrift für Hannskarl Salger zum Abschied aus dem Amt als Vizepräsident des Bundesgerichtshofes (1995)
FS Sarstedt	Festschrift für Werner Sarstedt zum 70. Geburtstag (1981)
FS Sauer	Festschrift für Wilhelm Sauer zu seinem 70. Geburtstag (1949)
FS G. Schäfer	NJW-Sonderheft für Gerhard Schäfer zum 65. Geburtstag (2002)
FS Schäfer	Festschrift für Karl Schäfer zum 80. Geburtstag (1980)

FS Schindler	Im Dienst an der Gemeinschaft, Festschrift für Dietrich Schindler zum 65. Geburtstag (1989)
FS Schmidt	Festschrift für Eberhard Schmidt zum 70. Geburtstag (1961)
FS Schlochauer	Staatsrecht-Völkerrecht-Europarecht, Festschrift für Hans Jürgen Schlochauer (1981)
FS Schlüchter	Freiheit und Verantwortung in schwieriger Zeit, Kritische Studien aus vorwiegend straf(prozess-)rechtlicher Sicht zum 60. Geburtstag von Prof. Dr. Ellen Schlüchter (1998)
FS Schmidt-Leichner	Festschrift für Erich Schmidt-Leichner zum 65. Geburtstag (1975)
FS Schneider	Kriminologie an der Schwelle zum 21. Jahrhundert, Festschrift für Hans Joachim Schneider zum 70. Geburtstag (1998)
FS Schreiber	Strafrecht, Biorecht, Rechtsphilosophie, Festschrift für Hans-Ludwig Schreiber zum 70. Geburtstag (2003)
FS Schroeder	Festschrift für Friedrich-Christian Schroeder zum 70. Geburtstag (2006)
FS Schüler-Springorum	Festschrift für Horst Schüler-Springorum zum 65. Geburtstag (1993)
FS Schultz	Lebendiges Strafrecht. Festgabe zum 65. Geburtstag von Hans Schultz (1977)
FS Schwind	Kriminalpolitik und ihre wissenschaftlichen Grundlagen, Festschrift für Hans-Dieter Schwind zum 70. Geburtstag (2006)
FS Seebode	Festschrift für Manfred Seebode zum 70. Geburtstag (2008)
FS Seidl-Hohenveldern	Völkerrecht, Recht der Internationalen Organisationen, Weltwirtschaftsrecht; Festschrift für Ignaz Seidl-Hohenveldern zum 70. Geburtstag (1988)
FS Sendler	Bürger-Richter-Staat, Festschrift für Horst Sendler zum Abschied aus seinem Amt (1991)
FS Spendel	Festschrift für Günter Spendel zum 70. Geburtstag (1992)
FS Spinellis	Festschrift für Dionysios Spinellis zum 70. Geburtstag (1999–2003)
FS StA Schleswig-Holstein	Strafverfolgung und Strafverzicht, Festschrift zum 125jährigen Bestehen der Staatsanwaltschaft Schleswig-Holstein (1992)
FS Stock	Studien zur Strafrechtswissenschaft, Festgabe für Ulrich Stock zum 70. Geburtstag (1966)
FS Strauda	Festschrift zu Ehren des Strafrechtsausschusses der Bundesrechtsanwaltskammer anlässlich seiner 196. Tagung vom 13.–15.10.2006 in Münster (2006)
FS Stree/Wessels	Beiträge zur Rechtswissenschaft, Festschrift für Walter Stree und Johannes Wessels zum 70. Geburtstag (1993)
FS Szwarc	Vergleichende Strafrechtswissenschaft, Frankfurter Festschrift für Andrzej J. Szwarc zum 70. Geburtstag (2009)
FS Tondorf	Festschrift für Günter Tondorf zum 70. Geburstag (2004)
FS Trechsel	Strafrecht, Strafprozessrecht und Menschenrechte, Festschrift für Stefan Trechsel zum 65. Geburtstag (2002)
FS Triffterer	Festschrift für Otto Triffterer zum 65. Geburtstag (1996)
FS Tröndle	Festschrift für Herbert Tröndle zum 70. Geburtstag (1989)

FS Verdross	Völkerrecht und zeitliches Weltbild, Festschrift für Alfred Verdross zum 70. Geburtstag (1960)
FS II Verdross	Ius humanitas, Festschrift für Alfred Verdross zum 90. Geburtstag (1980)
FS Verosta	Völkerrecht und Rechtsphilosophie, Internationale Festschrift für Stephan Verosta zum 70. Geburtstag (1980)
FS Volk	In dubio pro libertate, Festschrift für Klaus Volk zum 65. Geburtstag (2009)
FS Wassermann	Festschrift für Rudolf Wassermann zum 60. Geburtstag (1985)
FS v. Weber	Festschrift für Hellmuth von Weber zum 70. Geburtstag (1963)
FS Weber	Festschrift für Ulrich Weber zum 70. Geburtstag (2004)
FS Welp	Strafverteidigung in Forschung und Praxis, Kriminalwissenschaftliches Kolloquium aus Anlaß des 70. Geburtstages von Jügen Welp (2006)
FS Welzel	Festschrift für Hans Welzel zum 70. Geburtstag (1974)
FS Widmaier	Strafverteidigung, Revision und die gesamten Strafrechtswissenschaften – Festschrift für Gunter Widmaier zum 70. Geburtstag (2008)
FS Wolff	Festschrift für Ernst Amadeus Wolff zum 70. Geburtstag (1998)
FS Würtenberger	Kultur, Kriminalität, Strafrecht, Festschrift für Thomas Würtenberger zum 70. Geburtstag (1977)
FS Würzburger Juristenfakultät	Raum und Recht, Festschrift 600 Jahre Würzburger Juristenfakultät (2002)
FS Zeidler	Festschrift für Wolfgang Zeidler (1987)
Full/Möhl/Rüth	s. Rüth, Berr, Berz
Gaede	Gaede, Fairness als Teilhabe – das Recht auf konkrete und wirksameTeilhabe durch Verteidigung gemäß Art. 6 EMRK (2007)
Gaier/Wolf/Göcken	Gaier/Wolf/Göcken, Anwaltliches Berufsrecht (2009)
GedS Geck	Verfassungsrecht und Völkerrecht, Gedächtnisschrift für Wilhelm Karl Geck (1989)
GedS A. Kaufmann	Gedächtnisschrift für Armin Kaufmann (1986)
GedS H. Kaufmann	Gedächtnisschrift für Hilde Kaufmann (1986)
GedS Keller	Gedächtnisschrift für Rolf Keller (2003)
GedS Küchenhoff	Recht und Rechtsbesinnung, Gedächtnisschrift für Günter Küchenhoff (1987)
GedS Meurer	Gedächtnisschrift für Dieter Meurer (2002)
GedS Meyer	Gedächtnisschrift für Karlheinz Meyer (1990)
GedS Noll	Gedächtnisschrift für Peter Noll (1984)
GedS H. Peters	Gedächtnisschrift für Hans Peters (1967)
GedS Ryssdal	Protection des droits de l'homme: la perspective européenne/Protecting Human Rights: The European Perspective, Gedächtnisschrift für Rolv Ryssdal (2000)
GedS Schlüchter	Gedächtnisschrift für Ellen Schlüchter (2002)
GedS Schröder	Gedächtnisschrift für Horst Schröder. Zu seinem 5. Todestage (1978)
GedS Vogler	Gedächtnisschrift für Theo Vogler (2004)
GedS Zipf	Gedächtnisschrift für Heinz Zipf (1999)

Geerds	Handbuch der Kriminalistik, begr. von H. Groß, neubearbeitet von Geerds, 10. Aufl. (Bd. I 1977, Bd. II 1978)
Geiger	Geiger, EG-Vertrag, Kommentar zu dem Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft, 4. Aufl. (2004)
Gerland	Gerland, Der Deutsche Strafprozeß (1927)
Gerold/Schmidt	Gerold/Schmidt/v. Eicken/Madert/Müller-Rabe, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, Kommentar, 18. Aufl. (2008)
Gesamtkommentar	Öffentliches
Glaser	Glaser, Handbuch des Strafprozesses, in Binding, Systematisches Handbuch der Deutschen Rechtswissenschaft (Bd. I 1883, Bd. II 1885)
Göbel	Göbel, Strafprozess, 7. Aufl. (2009)
Göhler	Göhler, Ordnungswidrigkeitengesetz, Kurzkommentar erläutert von Erich Göhler, fortgef. von Peter König und Helmut Seitz, 15. Aufl. (2009)
Götz/Tolzmann	Götz/Tolzmann, Bundeszentralregistergesetz, Kommentar, 4. Aufl. (2000)
Gössel	Gössel, Strafverfahrensrecht, Studienbuch (1977)
Gössel/Dölling	Gössel/Dölling, Strafrecht, Besonderer Teil 1, 2. Aufl. (2004)
Goldschmidt	Goldschmidt, Der Prozeß als Rechtslage (1925)
Gollwitzer-Koll.	Verfassungsrecht – Menschenrechte – Strafrecht, Kolloquium für Dr. Walter Gollwitzer zum 80. Geburtstag, hrsg. von Böttcher/Huther/Rieß (2004)
Grabenwarter	Grabenwarter, Europäische Menschenrechtskonvention, 4. Aufl. (2009)
Grabitz	Das Recht der Europäischen Union, begr. von Grabitz, Loseblattausgabe (ab 1999)
Graf zu Dohna	Graf zu Dohna, Das Strafprozeßrecht, 3. Aufl. (1929)
Greeve/Leipold	Greeve/Leipold, Handbuch des Baustrafrechts (2004)
Grunau/Tiesler	Grunau/Tiesler, Strafvollzugsgesetz, Kommentar, 2. Aufl. (1982)
Grützner/Pötz	Grützner/Pötz, Internationale Rechtshilfe in Strafsachen, Loseblattausgabe, 3. Aufl. (ab 2008)
Guradze	Guradze, Die Europäische Menschenrechtskonvention, 1966
Gürtner	Das kommende deutsche Strafverfahren, Bericht der amtlichen Strafprozeßkommission, hrsg. von Gürtner (1938)
Hackner/Lagodny/Schomburg/Wolf	Hackner/Lagodny/Schomburg/Wolf, Internationale Rechtshilfe in Strafsachen (2003)
Hahn	Hahn, Die gesamten Materialien zur Strafprozeßordnung und dem Einführungsgesetz, Bd. I (1880), Bd. II (1881)
Haller/Conzen	Haller/Conzen, Das Strafverfahren, 5. Aufl. (2008)
Hamm/Hassemer/Pauly	Hamm/Hassemer/Pauly, Beweisantragsrecht, 2. Aufl. (2007)
Hanack-Symp.	Aktuelle Probleme der Strafrechtspflege, Beiträge eines Symposions anläßlich des 60. Geburtstags von Ernst Walter Hanack (1991)
Hansens	Hansens, RVG, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, 9. Aufl. (2009)
Hartmann	Hartmann, Kostengesetze, 40. Aufl. (2010)

Hartung/Römermann	Hartung/Römermann, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz (RVG), Praxiskommentar, 2. Aufl. (2006)
Haupt/Weber/Bürner/Frankfurth/ Luxemburger/Marth	Haupt/Weber/Bürner/Frankfurth/Luxemburger/Marth, Handbuch Opferschutz und Opferhilfe, 2. Aufl. (2003)
HdbVerfR	Handbuch des Verfassungsrechts, hrsg. von Benda/Maihofer/Vogel, 2. Aufl. (1994)
Hecker	Hecker, Europäisches Strafrecht, 2. Aufl. (2007)
Heghmanns	Das Arbeitsgebiet des Staatsanwalts, 4. Aufl. (2010)
Heghmanns/Scheffler	Heghmanns/Scheffler, Handbuch zum Strafverfahren (2008) (zit.: HbStrVf/*Verfasser)*
Hellebrand	Hellebrand, Die Staatsanwaltschaft (1999)
Hellmann	Hellmann, Strafprozessrecht, 2. Aufl. (2005)
Henkel	Henkel, Strafverfahrensrecht, Lehrbuch, 2. Aufl. (1968)
Henssler/Prütting	Bundesrechtsanwaltsordnung, Kommentar, hrsg. von Henssler/Prütting, 3. Aufl. (2009)
Hentschel/König/Dauer	Hentschel, Straßenverkehrsrecht, Kurzkommentar, 40. Aufl. (2009)
Hentschel	Fahrverbot – Führerscheinentzug, Band I, Straf- und Ordnungswidrigkeitenrecht, 10. Aufl. (2006)
Herrmann	Herrmann, Untersuchungshaft (2007)
Herzog/Mülhausen	Herzog/Mülhausen, Geldwäschebekämpfung und Gewinnabschöpfung (2006)
von Hippel	von Hippel, Der deutsche Strafprozeß, Lehrbuch (1941)
HK	Heidelberger Kommentar zur Strafprozeßordnung, 4. Aufl. (2009)
HK-GS	*siehe* Dölling/Duttge/Rössner
HK-OWiG	Heidelberger Kommentar zum Ordnungswidrigkeitenrecht, 2. Aufl. (2005)
Höflich/Schriever	Höflich/Schriever, Grundriss Vollzugsrecht, 3. Aufl. (2003)
Hofmann	Hofmann, IPBPR Erläuterung, in: Das Deutsche Bundesrecht I A 10c (1986)
von Holtzendorff	von Holtzendorff, Handbuch des deutschen Strafprozesses (1879)
Ignor/Rixen	Ignor/Rixen, Handbuch Arbeitsstrafrecht, 2. Aufl. (2008)
IntKommEMRK	Internationaler Kommentar zur Europäischen Menschenrechtskonvention; bearbeitet von Gosong/Karl/Miehsler/Petzold/Riedel/Rogge/Vogler/Wildhaber/Breitenmoser; Grundwerk in vier Ordnern; Stand: Kommentar, 5. Lfg. 2003; 12. Lfg.Mai 2009
Isele	Isele, Bundesrechtsanwaltsordnung, Kommentar (1976)
Jagow/Burmann/Heß	Jagow/Burmann/Heß, Straßenverkehrsrecht, 20. Aufl. (2008)
Jahn/Nack	Jahn/Nack (Hrsg.), Strafprozessrechtspraxis und Rechtswissenschaft, 1. Karlsruher Strafrechtsdialog (2007)
Jakobs	Jakobs, Strafrecht Allg.Teil, Lehrbuch, 2. Aufl. 1991
Janiszewski	Janiszewski, Verkehrsstrafrecht, 5. Aufl. (2004)
Janiszewski/Jagow/Burmann	Janiszewski/Jagow/Burmann, Straßenverkehrsrecht, 20. Aufl. (2008)
Jansen	Jansen, Zeuge und Aussagepsychologie (2004)
Janssen	Janssen, Gewinnabschöpfung im Strafverfahren (2007)

Jarass/Pieroth	Jarass/Pieroth, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 10. Aufl. (2009)
Jescheck/Weigend	Jescheck/Weigend, Lehrbuch des Strafrechts, Allgemeiner Teil, 5. Aufl. (1996)
Jessnitzer/Ulrich	Jessnitzer, Der gerichtliche Sachverständige, Handbuch für die Praxis, 12. Aufl. (2007)
Joachimski/Haumer	Strafverfahrensrecht, 5. Aufl. (2006)
Joecks	Joecks, Studienkommentar StPO, 2. Auflage (2008)
John	John, Strafprozeßordnung, Kommentar, Bd. I (1884), Bd. II (1888), Bd. III Lfg. 1 (1889)
Jung/Müller-Dietz	Dogmatik und Praxis des Strafverfahrens, Beiträge anläßlich des Colloquiums zum 65. Geburtstag von Gerhard Kielwein (1989)
Junker	Junker, Beweisantragsrecht im Strafprozess (2007)
Kaiser	Kaiser, Kriminologie, Lehrbuch, 3. Aufl. (1996)
Kaiser/Schöch	Kaiser/Kerner/Schöch, Kriminologie, Jugendstrafrecht, Strafvollzug, Lehrbuch, 6. Aufl. (2006)
Kamann	Kamann, Handbuch für die Strafvollstreckung und den Strafvollzug, 2. Aufl. (2008)
Kammeier	Kommentar zum Maßregelvollzugsrecht, hrsg. von Kammeier, 3. Aufl. (2009)
Karl (Hrsg.)	Karl, Internationaler Kommentar zur EMRK (Loseblatt, nicht vollst.)
Katholnigg	Katholnigg, Strafgerichtsverfassungsrecht, 3. Aufl. (1999)
Kindhäuser	Kindhäuser, Strafgesetzbuch, Lehr- und Praxiskommentar, 4. Aufl. (2009)
Kindhäuser (StPO)	Kindhäuser, Strafprozessrecht (2006)
Kinzig	Kinzig, Die rechtliche Bewältigung von Erscheinungsformen organisierter Kriminalität (2004)
Kirsch	Internationale Strafgerichtshöfe, hrsg. von Kirsch (2005)
Kissel/Mayer	Kissel/Mayer, Gerichtsverfassungsgesetz, Kommentar, 5. Aufl. (2008)
Klemke/Elbs	Klemke/Elbs, Einführung in die Praxis der Strafverteidigung (2007)
KK	Karlsruher Kommentar zur Strafprozeßordnung, hrsg. von Pfeiffer, 6. Aufl. (2008)
KK-OWiG	Karlsruher Kommentar zum Ordnungswidrigkeitengesetz, hrsg. von Boujong, 3. Aufl. (2006)
Klein/Orlopp	Klein, Abgabenordnung, Kommentar, 10. Aufl. (2009)
Klemke/Elbs	Klemke/Elbs, Einführung in die Praxis der Strafverteidigung (2007)
Klesczewski	Klesczewski, Strafprozessrecht (2007)
KMR	Kommentar zur Strafprozeßordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz, hrsg. von Heintschel-Heinegg/Stöckel, Loseblattausgabe (ab 1998)
Koch/Scholtz	Koch/Scholtz, Abgabenordnung, Kommentar, 5.Aufl. (1996)
Koeniger	Die Hauptverhandlung in Strafsachen (1966)
Körner	Körner, Betäubungsmittelgesetz, Kommentar, 6. Aufl. (2007)
Kohlmann	Steuerstrafrecht mit Ordnungswidrigkeitenrecht und Verfahrensrecht, Loseblattausgabe

Kohlrausch	Kohlrausch, Strafprozeßordnung und Gerichtsverfassungsgesetz, Kommentar, 24. Aufl. (1936)
Krack	Krack, Die Rehabilitierung des Beschuldigten im Strafverfahren (2002)
Kramer	Kramer, Grundbegriffe des Strafverfahrensrechts, 7. Aufl. (2009)
Krause/Nehring	Krause/Nehring, Strafverfahrensrecht in der Polizeipraxis (1978)
Krauss-Koll.	Pieth/Seelmann (Hrsg.), Prozessuales Denken als Innovationsanreiz für das materielle Strafrecht, Kolloquium zum 70. Geburtstag von Detlef Krauss (2006)
Krekeler	Krekeler, Verteidigung in Wirtschaftsstrafsachen (2002)
Krekeler/Löffelmann/Sommer (AnwK)	Krekeler/Löffelmann/Sommer, Anwaltkommentar StPO (2009)
Krey	Krey, Deutsches Strafverfahrensrecht, Bd. I (2006), Band 2 (2007)
von Kries	von Kries, Lehrbuch des Deutschen Strafprozeßrechts (1892)
Kühne	Kühne, Strafprozeßrecht, 7. Aufl. (2006)
Kunert-Symp.	Freiheit, Gesetz und Toleranz, Symposium zum 75. Geburtstag von Karl Heinz Kunert (2006)
Kunz/Zellner/Gelhausen/Weiner	Kunz/Zellner, Opferentschädigungsgesetz, 5. Aufl. (2010)
Lackner/Kühl	Lackner/Kühl, Strafgesetzbuch, Kommentar, 26. Aufl. (2007)
Laubenthal	Laubenthal, Strafvollzug, 5. Aufl. (2009)
Laubenthal/Baier	Laubenthal/Baier, Jugendstrafrecht (2006)
Leitner/Michalke	Leitner/Michalke, Strafprozessuale Zwangsmaßnahmen (2007)
Lemke/Mosbacher	Lemke/Mosbacher, Ordnungswidrigkeitengesetz, 2. Aufl. (2005)
Lesch	Lesch, Strafprozeßrecht, 2. Aufl. (2001)
von Lilienthal	von Lilienthal, Strafprozeßrecht, Lehrbuch (1923)
Lisken/Denninger	Handbuch des Polizeirechts, hrsg. von Lisken/Denninger, 4. Aufl. (2007)
LK	Leipziger Kommentar zum Strafgesetzbuch, 12. Aufl., hrsg. von Laufhütte/Rissing-van Saan/Tiedemann (ab 2006)
Löffler	Löffler, Presserecht, 5. Aufl. (2006)
Löffler/Ricker	Löffler/Ricker, Handbuch des Presserechts, 5. Aufl. (2006)
LR[25]	Löwe-Rosenberg, Strafprozeßordnung und das Gerichtsverfassungsgesetz, hrsg. von Rieß, 25. Aufl. (1997 bis 2009)
Madert	Madert, Rechtsanwaltsvergütung in Straf- und Bußgeldsachen, 5. Aufl. (2004)
MAH	Münchener Anwaltshandbuch Strafverteidigung, hrsg. von Widmaier (2006)
MAH (WSSt)	Münchener Anwaltshandbuch Strafverteidigung in Wirtschafts- und Steuerstrafsachen, hrsg. von Volk (2006)
Malek	Malek, Strafsachen im Internet (2005)
Malek (BtmG)	Malek, Betäubungsmittelstrafrecht, 3. Aufl. (2008)
von Mangoldt/Klein/Starck	von Mangoldt/Klein/Starck, Das Bonner Grundgesetz, 5. Aufl. (2005 ff), 3 Bd.

Marberth-Kubicki	Marberth-Kubicki, Computer- und Internetstrafrecht 2. Aufl. (2009)
Marschner/Volckart	Marschner/Volckart, Freiheitsentziehung und Unterbringung, 4. Aufl. (2001)
Marxen/Tiemann	Marxen/Tiemann, Die Wiederaufnahme in Strafsachen, 2. Aufl. (2006)
Matheis	Matheis, Strafverfahrensänderungsgesetz 1999 (2007)
Maunz/Dürig	Maunz/Dürig, Grundgesetz, Kommentar, Loseblattausgabe, 8. Aufl. (ab 2003)
Maurach/Zipf	Maurach/Zipf, Strafrecht, Allgemeiner Teil, Teilbd. 1, 8. Aufl. (1992)
Maurach/Gössel/Zipf	Maurach/Gössel/Zipf, Strafrecht, Allgemeiner Teil, Teilbd. 2, 7. Aufl. (1989)
Maurach/Schroeder/Maiwald	Maurach/Schroeder/Maiwald, Strafrecht, Besonderer Teil, Teilbd. 1, 9. Aufl. (2003), Teilbd. 2, 9. Aufl. (2005)
Mayer/Kroiß	Mayer/Kroiß, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, 4. Aufl. (2009)
Meier (Kriminologie)	Meier, Kriminologie, 3. Aufl. (2007)
Meier (Sanktionen)	Meier, Strafrechtliche Sanktionen, 3. Aufl. (2009)
Mellinghoff	Mellinghoff, Fragestellung, Abstimmungsverfahren und Abstimmungsgeheimnis im Strafverfahren (1988)
Mende	Mende, Grenzen privater Ermittlungen durch den Verletzten einer Straftat (2001)
Merten/Papier	Merten/Papier, Handbuch der Grundrechte in Deutschland und Europa (ab 2004)
Meyer D.	Meyer D., Strafrechtsentschädigung, 7. Aufl. (2008)
Meyer D. (GKG)	Meyer D., Gerichtskostengesetz, Kommentar, 11. Aufl. (2009)
Meyer/Höver/Bach	Meyer/Höver/Bach, Die Vergütung und Entschädigung von Sachverständigen, Zeugen, Dritten und von ehrenamtlichen Richtern nach dem JVEG, 24. Aufl. (2007)
Meyer-Goßner	Meyer-Goßner, Strafprozessordnung mit GVG, Nebengesetzen und ergänzenden Bestimmungen, Kommentar, 52. Aufl. (2009)
Meyer-Goßner/Appl	Meyer-Goßner/Appl, Die Urteile in Strafsachen sowie Beschlüsse und Protokoll der Hauptverhandlung, 28. Aufl. (2008)
Meyer-Ladewig	Meyer-Ladewig, Handkommentar zur EMRK, 2. Aufl. (2006)
Mitsch	Mitsch, Recht der Ordnungswidrigkeiten, Lehrbuch, 2. Aufl. (2005)
Möller/Wilhelm	Möller/Wilhelm Allgemeines Polizei- und Ordnungsrecht, Gesamtdeutsche Darstellung 5. Aufl. (2003)
Müller	Müller, Der Sachverständige im gerichtlichen Verfahren, Handbuch des Sachverständigenbeweises, 3. Aufl. (1988)
Müller (Beiträge)	Müller, Beiträge zum Strafprozessrecht 1969–2001 (2003)
Müller/Sax	s. KMR
Müller-Gugenberger/Bieneck	Wirtschaftsstrafrecht, 4. Aufl. (2006)
von Münch/Kunig	von Münch/Kunig, Grundgesetz, Kommentar, 3 Bände, 5. Aufl. (ab 2000)
Münchhalffen/Gatzweiler	Münchhalffen/Gatzweiler, Das Recht der Untersuchungshaft, 3. Aufl. (2009)

Murmann	Murmann, Prüfungswissen Strafprozessrecht (2008)
MüKo-ZPO	Münchener Kommentar zur Zivilprozeßordnung, hrsg. von Lüke/Walchshofer, 3. Aufl. (2007)
MüKo-BGB	Münchener Kommentar zum Bürgerlichen Gesetzbuch, hrsg. von Rixecker/Säcker, 5. Aufl. (ab 2006)
MüKo-StGB	Münchener Kommentar zum Strafgesetzbuch, hrsg. von Joecks/Miebach (ab 2003)
Niese	Niese, Doppelfunktionelle Prozeßhandlungen (1950)
Nipperdey/Scheuner	Nipperdey/Scheuner, Die Grundrechte, 4 Bände (ab 1954)
NK-StGB	Nomos-Kommentar zum Strafgesetzbuch, hrsg. von Kindhäuser/Neumann/Paeffgen, 3. Aufl. (2010)
Nowak	Nowak, UNO-Pakt über bürgerliche und politische Rechte und Fakultativ-Protokoll – CCPR Kommentar, 2. Aufl. (2005)
Nowak	Nowak, CCPR – Commentary – Commentary on the U.N. Covenant on Civil and Political Rights, 2nd Edition (2005)
Oetjen/Endriß	Oetjen/Endriß, Leitfaden Untersuchungshaft (1999)
Ostendorf	Ostendorf, Jugendgerichtsgesetz, Kommentar, 8. Aufl. (2009)
OK-StGB	Beck-Online-Kommentar zum StGB
OK-StPO	Beck-Online-Kommentar zur StPO
Ostendorf	Ostendorf, Jugendgerichtsgesetz, Kommentar, 8. Aufl. (2009)
Ostendorf (Jugendstrafrecht)	Ostendorf, Jugendstrafrecht, 4. Aufl. (2007)
Palandt	Palandt, Bürgerliches Gesetzbuch, Kurzkommentar, 69. Aufl. (2010)
Park	Park, Handbuch Durchsuchung und Beschlagnahme 2. Aufl. (2009)
Park (Kapitalmarkt)	Park, Kapitalmarkt Strafrecht, Handkommentar, 2. Aufl. (2008)
Partsch	Partsch, Die Rechte und Freiheiten der Europäischen Menschenrechtskonvention, 1966 (Sonderdruck aus Bettermann/Neumann/Nipperdey (Hrsg.) Die Grundrechte der Welt Bd. I 1)
Peters	Peters, Einführung in die Europäische Menschenrechtskonvention, 2003
Peters	Peters, Strafprozeß, Lehrbuch, 4. Aufl. (1985)
Peters (Fehlerquellen)	Peters, Fehlerquellen im Strafprozeß, Band I (1970), Band II (1972), Band III (1974)
Pfeiffer	Pfeiffer, Strafprozeßordnung, Kommentar, 5. Aufl. (2005)
Pfordte/Degenhard	Pforte/Degenhard, Der Anwalt im Strafrecht (2005)
Piller/Hermann	Piller/Hermann, Justizverwaltungsvorschriften, Loseblattsammlung
Pitsch	Pitsch, Strafprozessuale Beweisverbote (2009)
Plötz (Fürsorgepflicht)	Plötz, Die gerichtliche Fürsorgepflicht im Strafverfahren (1980)
Pohlmann/Jabel/Wolf	Pohlmann/Jabel/Wolf, Strafvollstreckungsordnung, Kommentar, 8. Aufl. (2002)
Popp	Popp, Grundzüge der internationalen Rechtshilfe in Strafsachen (2001)

Potrykus	Potrykus, Kommentar zum Jugendgerichtsgesetz, 4. Aufl. (1955)
Protokolle	Protokolle der Kommission für die Reform des Strafprozesses (1905)
Putzke/Scheinfeld	Putzke/Scheinfeld, Strafprozessrecht (2005)
Quedenfeld/Füllsack	Quedenfeld/Füllsack, Verteidigung in Steuerstrafsachen, 3. Aufl. (2005)
Quellen	Quellen zur Reform des Straf- und Strafprozeßrechts, hrsg. von Schubert/Regge/Rieß/Schmid, I. Abt. – Weimarer Republik, II. Abt. NS-Zeit – Strafgesetzbuch, III. Abt. NS-Zeit – Strafverfahrensrecht (ab 1988)
Randt	Randt, Der Steuerfahndungsfall (2004)
Ranft	Ranft, Strafprozeßrecht, 3. Aufl. (2005)
Rebmann/Roth/Hermann	Rebmann/Roth/Hermann, Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, Kommentar, Loseblattausgabe
Rebmann/Uhlig/Pieper	Rebmann/Uhlig/Pieper, Bundeszentralregistergesetz, Kommentar (1985)
Riedel/Sußbauer	Riedel/Sußbauer, Rechtsanwaltsvergütungsgesetz, 9. Aufl. (2005)
Rode/Legnaro	Rode/Legnaro, Psychiatrische Sachverständige im Strafverfahren (1994)
Rösch	Rösch, Die Erstellung eines Urteils in Straf- und Bußgeldsachen (2005)
Röttle/Wagner	Röttle/Wagner, Strafvollstreckung, 8. Aufl. (2009)
Rolletschke	Rolletschke, Die Steuerhinterziehung, 3. Aufl. (2009)
Rolletschke/Kemper	Rolletschke/Kemper, Steuerverfehlungen – Kommentar zum Steuerstrafrecht (2008)
Rönnau	Rönnau, Vermögensabschöpfung in der Praxis (2003)
Rösch	Rösch, Handbuch für den Jugendrichter (2001)
Rösch	Rösch, Die Erstellung eines Urteils in Straf- und Bußgeldsachen, 2. Aufl. (2009)
Rosenberg/Schwab/Gottwald	Rosenberg/Schwab/Gottwald, Zivilprozessrecht, 17. Aufl. (2009)
Rosenfeld	Rosenfeld, Deutsches Strafprozeßrecht, 2 Bände (1926)
Rotberg	Rotberg, Gesetz über Ordnungswidrigkeiten, Kommentar, 5. Aufl., bearbeitet von Kleinwefers, Boujong und Wilts (1975)
Roxin	Roxin, Strafverfahrensrecht, 26. Aufl. (2009)
Roxin (StrafR)	Roxin, Strafrecht, Allgemeiner Teil, Bd. I, 4. Aufl. (2006), Bd. II (2003)
Roxin-Symp.	Bausteine des Europäischen Strafrechts, Coimbra-Symposium für Claus Roxin, hrsg. von Schünemann/de Figueiredo Dias (1995)
Roxin (I.)	Roxin, I., Die Rechtsfolgen schwerwiegender Rechtsstaatsverstöße in der Strafrechtspflege, 4. Aufl. (2004)
Rudolphi-Symp.	Zur Theorie und Systematik des Strafprozeßrechts, Symposium zu Ehren von Hans-Joachim Rudolphi zum 60. Geburtstag (1995)
Rüping	Rüping, Das Strafverfahren, 3. Aufl. (1997)
Rüth/Berr/Berz	Rüth/Berr/Berz, Straßenverkehrsrecht, 2. Aufl. (1988)

Saage/Göppinger	Saage/Göppinger, Freiheitsentziehung und Unterbringung, 4. Aufl. (2001)
Sachs/Battis	Sachs/Battis, Grundgesetz, Kommentar, 5. Aufl. (2009)
Sack	Umweltschutz-Strafrecht, Erläuterungen der Straf- und Bußgeldvorschriften, Loseblattausgabe (ab 2003)
Sarstedt/Hamm	Sarstedt/Hamm, Die Revision in Strafsachen, 7. Aufl. (2010)
Satzger	Satzger, Die Europäisierung des Strafrechts (2001)
Satzger (Intern. Strafrecht)	Satzger, Internationales und Europäisches Strafrecht, 3. Aufl. (2009)
Sauer	Sauer, Allgemeine Prozeßrechtslehre (1951)
Schäfer	Schäfer, Die Praxis des Strafverfahrens, 7. Aufl. (2009)
Schäfer/Sander/van Gemmeren	Schäfer/Sander/van Gemmeren, Praxis der Strafzumessung, 4. Aufl. (2008)
Schaffstein/Beulke	Schaffstein/Beulke, Jugendstrafrecht, Studienbuch, 14. Aufl. (2002)
Schätzler/Kunz	Schätzler/Kunz, Gesetz über die Entschädigung von Strafverfolgungsmaßnahmen, 3. Aufl. (2003)
Schellenberg	Schellenberg, Die Hauptverhandlung im Strafverfahren, 2. Aufl. (2000)
Schenke	Schenke, Polizei- und Ordnungsrecht, 6. Aufl. (2009)
Schilken	Schilken, Gerichtsverfassungsrecht, Lehrbuch, 4. Aufl. (2007)
Schlüchter	Schlüchter, Das Strafverfahren, Lehrbuch, 2. Aufl. (1983)
Schlothauer/Weider (Untersuchungshaft)	Schlothauer/Weider, Untersuchungshaft, 4. Aufl. (2010)
Schlothauer/Weider	Schlothauer/Weider, Verteidigung im Revisionsverfahren, Handbuch (2008)
Schmid	Schmid, Die Verwirkung von Verfahrensrügen im Strafprozess (1967)
Schmidt	s. Eb. Schmidt
Schmidt (Ausländer)	Schmidt, Verteidigung von Ausländern, 2. Aufl. (2005)
Schmidt (Gewinnabschöpfung)	Schmidt, Gewinnabschöpfung im Straf- und Bußgeldverfahren (2006)
Schmidt-Bleibtreu/Klein	Schmidt-Bleibtreu/Klein, Kommentar zum Grundgesetz, 11. Aufl. (2008)
Schmidt-Räntsch	Schmidt-Räntsch, Deutsches Richtergesetz, Kommentar, 6. Aufl. (2009)
Schneider	Schneider, Kriminologie, Lehrbuch, 3. Aufl. (1992)
Schneider (JVEG)	Schneider, JVEG: Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz (2007)
Schölz/Lingens	Schölz/Lingens, Wehrstrafgesetz, 4. Aufl. (2000)
Schomburg/Lagodny/Gleß/Hackner	Schomburg/Lagodny/Gleß/Hackner, Internationale Rechtshilfe in Strafsachen, 4. Aufl. (2006)
Schönke/Schröder	Schönke/Schröder, Strafgesetzbuch, Kommentar, 27. Aufl. (2006)
Schorn	Schorn Die Europäische Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten und ihr Zusatzprotokoll in Einwirkung auf das deutsche Recht, 1965
Schorn/Stanicki	Schorn/Stanicki, Die Präsidialverfassung der Gerichte aller Rechtswege, 2. Aufl. (1975)
Schroeder	Schroeder, Strafprozeßrecht, 4. Aufl. (2007)

Schröder	Schröder, Europäische Richtlinien und deutsches Strafrecht (2002)
Schröder (KapitalStR)	Schröder, Handbuch Kapitalmarktstrafrecht (2007)
Schroth	Schroth, Die Rechte des Opfers im Strafprozess (2005)
Schulz/Berke-Müller/Händel	Schulz/Berke-Müller/Händel, Strafprozeßordnung, 7. Aufl. (1983)
Schünemann-Symp.	Empirische und dogmatische Fundamente, kriminalpolitischer Impetus, Symposium für Bernd Schünemann zum 60. Geburtstag, hrsg. von Hefendehl (2005)
Schwind	Schwind, Kriminologie, 19. Aufl. (2009)
Schwind/Böhm/Jehle/Laubenthal	Strafvollzugsgesetz, Kommentar, hrsg. von Schwind/Böhm/Jehle/Laubenthal, 5. Aufl. (2009)
Schwinge	Schwinge, Grundlagen des Revisionsrechts, 2. Aufl. (1960)
Seifert/Hömig	Seifert/Hömig, Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, 8. Aufl. (2007)
Simma/Fastenrath	Simma/Fastenrath, Menschenrechte. Ihr Internationaler Schutz, Textsammlung, 6. Aufl. (2009)
SK	Systematischer Kommentar zur Strafprozeßordnung und zum Gerichtsverfassungsgesetz, Loseblattausgabe (ab 1987)
SK-StGB	Systematischer Kommentar zum Strafgesetzbuch, Bd. 1, Allgemeiner Teil, Bd. 2, Besonderer Teil, Loseblattausgabe (ab 1975)
Sowada	Sowada, Der gesetzliche Richter im Strafverfahren (2002)
Stein/Jonas	Stein/Jonas, Zivilprozessordnung, bearbeitet von Grunsky, Leipold, Münzberg, Schlosser, Schumann, 10 Bände, 21. und 22. Aufl. (ab 1993 und 2002)
Stern	Stern, Verteidigung in Mord- und Totschlagsverfahren, 2. Aufl. (2004)
Strauda-Denkschrift	Reform der Verteidigung im Ermittlungsverfahren – Thesen mit Begründung, vorgelegt vom Strafrechtsausschuss der Bundesrechtsanwaltskammer (2004)
Streng	Streng, Strafrechtliche Sanktionen, 2. Aufl. (2002)
Thomas/Putzo	Thomas/Putzo, Zivilprozessordnung, Kommentar, 30. Aufl. (2009)
Tondorf	Tondorf, Psychologische und psychiatrische Sachverständige im Strafverfahren, 2. Aufl. (2005)
Trechsel	Trechsel, Human Rights in Criminal Prodeedings (2005)
Ulsenheimer	Ulsenheimer, Arztstrafrecht in der Praxis, 4. Aufl. (2008)
Umbach	Umbach, Bundesverfassungsgerichtsgesetz: Mitarbeiterkommentar und Handbuch, 2. Aufl. (2005)
Verdross/Simma	Verdross/Simma, Universelles Völkerrecht, 3. Aufl. (1984)
Villiger	Villiger, Handbuch der Europäischen Menschenrechtskonvention (EMRK). 2. Aufl. 1999
Vogler/Walter/Wilkitzki	Vogler/Walter/Wilkitzki, Gesetz über die internationale Rechtshilfe in Strafsachen, Kommentar (1983)
Volckart/Pollähne/Woynar	Volckart/Pollähne/Woynar, Verteidigung in der Strafvollstreckung und im Vollzug, 4. Aufl. (2008)
Volk (Prozessvoraussetzungen)	Volk, Prozeßvoraussetzungen im Strafrecht (1978)
Volk (Strafprozessrecht)	Volk, Grundkurs StPO, 6. Aufl. (2008)

Vordermayer/v. Heintschell-Heinegg	Handbuch für den Staatsanwalt, hrsg. von Vordermayer/v. Heintschell-Heinegg, 3. Aufl. (2007)
Wabnitz/Janovsky	Handbuch des Wirtschafts- und Steuerstrafrechts, 3. Aufl. (2007)
Wagner/Kallin/Kruse	Wagner/Kallin/Kruse, Betäubungsmittelstrafrecht, 2. Aufl. (2004)
Wankel	Wankel, Zuständigkeitsfragen im Haftrecht (2002)
Wasmeier/Grünheid	Wasmeier/Grünheid, Strafrecht der Europäischen Union 2. Aufl. (2007)
Weber	Weber, Betäubungsmittelgesetz, 3. Aufl. (2009)
Weiner/Ferber	Weiner/Ferber, Handbuch des Adhäsionsverfahrens (2008)
Welzel	Welzel, Das Deutsche Strafrecht, 11. Aufl. (1969)
Wendler/Hoffmann	Wendler/Hoffmann, Technik und Befragung im Gerichtsverfahren (2009)
Werle	Werle, Völkerstrafrecht, 2. Aufl. (2007)
Wieczorek/Schütze	Wieczorek/Schütze, Zivilprozeßordnung und Nebengesetze, 3. Aufl. (ab 1995)
Wiesneth	Wiesneth, Handbuch für das ermittlungsrichterliche Verfahren (2006)
Wolf	Wolf, Gerichtsverfassungsrecht aller Verfahrenszweige 6. Aufl. (1987)
Wolter/Schenke/Hilger/Rutlig/Zöllner	(Hrsg.) … Alternativentwurf Europol und europäischer Datenschutz (2008)
Wolter/Schenke/Rieß/Zöller	(Hrsg.) … s. FS Hilger
Zieschang/Hilgendorf/Laubenthal	Strafrecht und Kriminalität in Europa, hrsg. von Zieschang/Hilgendorf/Laubenthal (2003)
Ziegert	Ziegert, Grundlagen der Strafverteidigung (2000)
Zipf	Zipf, Kriminalpolitik, 2. Aufl. (1980)
Zöller	Zöller, Zivilprozessordnung, Kommentar, 27. Aufl. (2010)
Zöller (Handbuch)	Zöller, Terrorismusstrafrecht – Ein Handbuch (2009)

Strafprozeßordnung

Vom 1. Februar 1877 in der Fassung der Bekanntmachung vom 7. April 1987

(BGBl. I S. 1074, 1319)

SIEBENTES BUCH

Strafvollstreckung und Kosten des Verfahrens

ERSTER ABSCHNITT

Strafvollstreckung

Vorbemerkungen

Schrifttum

Baldauf Wer vollstreckt das Bußgeld? NJW **1970** 460; *Bartmeier* Die Zulässigkeit der sog. „Organisationshaft", NStZ **2006** 544; *Böse* Vorrang des Unionsrechts? FS Tiedemann 1321; *Bringewat* Bewährungshilfe und Strafverteidigung: ein Rollenkonflikt? MDR **1988** 617; *Dahs/Feigen* Offizialverteidigung auch im Strafvollstreckungsverfahren? NStZ **1984** 66; *Gleß* Verkehrsstrafrecht unter europäischem Einfluß, NZV **1999** 410; *Günther* Wer vollstreckt das Bußgeld? NJW **1969** 2273 und DAR **1970** 41; *Jaath* Die Verordnung zur Änderung der Jugendarrestvollzugsordnung, JZ **1977** 46; *Kemper/Lehner* Überprüfung rechtskräftiger Strafurteile der DDR, NJW **1991** 329; *Lagodny* Absprachen in transnationalen Strafverfahren, FS Widmaier 311; *ders.* Zur Ermessensentscheidung bei einem Antrag eines ausländischen Verurteilten auf Strafverbüßung im Heimatland, JZ **1997** 568; *Litwinski/Bublies* Strafverteidigung im Strafvollzug (1989); *Morgenstern* Die Anrechnung von „Organisationshaft" bei Unterbringung nach § 64 und gleichzeitig verhängter Freiheitsstrafe, StV **2007** 441; *Müller-Dietz* Aufgaben und Möglichkeiten der Verteidigung im Strafvollzug, StV **1982** 83; *Neidhart* Die neuen Vollstreckungshilfeabkommen auf dem Prüfstand, NZV **2000** 240; *Neumann* Befugnis der Strafvollstreckungskammer zur Anrechnung von Geldbußen, NJW **1977** 1185; *Paulus* Dogmatik der Verteidigung, NStZ **1992** 305; *Pohlmann* Wer vollstreckt das Bußgeld nach verspätetem Einspruch und in ähnlichen Fällen? Rpfleger **1970** 200; *Quintero Olivares* Der Europagedanke und die Harmonisierung des Strafrechts sowie der Strafjustiz, FS Tiedemann 1339; *Renzikowski* Die nachträgliche Sicherungsverwahrung und die Europäische Menschenrechtskonvention, JR **2004** 271; *Sachs* Rechtsschutzgarantie im Rechtshilferecht, JuS **1999** 396; *Schomburg* Zum Stand der Vollstreckungshilfe durch Überstellung in das Heimatland, NStZ **1998** 142; *Schütz* Beiordnung eines Prozeßbevollmächtigten oder Bestellung eines Pflichtverteidigers in Verfahren nach §§ 56f, 57, 57a StGB? NStZ **1985** 347; *Seitz* Mildeste versus punitivste Strafrechtsordnung, FS Böttcher 675; *Sieber* Die Zukunft des Europäischen Strafrechts, ZStW **121** (2009) 1; *Stadie* Wer vollstreckt das Bußgeld? MDR **1970** 386; *Trennhaus* Der Vollzug von Organisationshaft, StV **1999** 511; *Wesemann* Verteidigung mit Blick auf die Strafvollstreckung, StraFo **2009** 59; *Wessels* Zur Erzwingung von Ordnungsstrafen und Erzwingungshaftbeschlüssen, FS Mayer 587; *Wohlers* Zur gericht-

lichen Beiordnung eines Rechtsbeistands in Strafvollstreckungs- und Strafvollzugssachen, FS Seebode 573; *Zieschang* Der Einfluss der Europäischen Union auf das deutsche Strafrecht, FS Tiedemann 1303.

Entstehungsgeschichte. Der Abschnitt, der in der Ursprungsfassung der Strafprozessordnung als §§ 481 bis 495 Gesetz geworden war, hat seine jetzige Paragrafenbezeichnung durch die Bekanntmachung 1924 (RGBl. I S. 322) erhalten. Von diesen Bestimmungen gelten in unveränderter Fassung nur noch die §§ 449, 456 und 461. Alle übrigen Vorschriften haben in den letzten Jahrzehnten mehr oder weniger oft Änderungen erfahren. Darüber hinaus sind seither zahlreiche neue Bestimmungen in diesen Abschnitt eingestellt worden, nämlich (in gesetzlicher Reihenfolge) die §§ 450a, 453a, 453b, 453c, 454a, 454b, 455a, 456a, 456b (wieder wegfallen), 456c, 459a bis 459i, 462a, 463a bis 463d, wodurch sich die Zahl der Paragrafen von ursprünglich 15 auf inzwischen 38 mehr als verdoppelt hat. Änderungen haben namentlich erfahren: § 450 (Anrechnung der Untersuchungshaft und Führerscheinentziehung); §§ 453 bis 453c (nachträgliche Entscheidungen sowie vorläufige Maßnahmen vor Widerruf der Aussetzung); § 454 (Aussetzung des Strafrestes); § 454a (frühzeitige Entscheidung über die Strafrestaussetzung); § 454b (Vollstreckung von Freiheitsstrafen und Ersatzfreiheitsstrafen; § 455 (Aufschub der Vollstreckung einer Freiheitsstrafe); § 455a (Aufschub oder Unterbrechung aus Gründen der Vollzugsorganisation); § 456a (Absehen von der Vollstreckung bei Auslieferung oder Landesverweisung); § 456c (Aufschub und Aussetzung des Berufsverbots); § 457 (Haftbefehl); § 458 (gerichtliche Entscheidungen bei der Strafvollstreckung); § 459 (Zuständigkeit des Gerichts bei Einwendungen); § 459g (Vollstreckung von Nebenfolgen); § 460 (nachträgliche Gesamtstrafenbildung); §§ 462, 462a (Verfahren bei gerichtlichen Entscheidungen, Zuständigkeit der Strafvollstreckungskammer und des Gerichts des ersten Rechtszugs); § 463 (Vollstreckung von Maßregeln der Besserung und Sicherung); § 463a (Befugnisse und Zuständigkeit der Aufsichtsstellen); § 463b (Beschlagnahme von Führerscheinen); § 463c (öffentliche Bekanntmachung der Verurteilung) sowie § 463d (Gerichtshilfe). Wegen weiterer Einzelheiten zu diesen sowie der Entwicklungsgeschichte der übrigen Bestimmungen wird auf die Ausführungen zu den einzelnen Paragrafen verwiesen. Für die Vollstreckung strafgerichtlicher Entscheidungen früherer DDR-Gerichte, deren (grundsätzliche) Zulässigkeit sich schon aus Art. 18 Abs. 1 Satz 1 des Einigungsvertrags ergibt, gelten nach Anl. I Kap. III Sachgebiet A Abschn. III Nr. 14d bis f zum Einigungsvertrag einige Übergangsregelungen, denen aber inzwischen keine praktische Bedeutung mehr zukommt. Auf sie wird – soweit geboten – bei den einzelnen Paragrafen einzugehen sein.

Übersicht

	Rn.
A. Allgemeine Abgrenzungs- und Verfahrensfragen	
I. Begriff	
1. Sammelbezeichnung	1
2. Vollstreckung bei Verlust von Rechten und Fähigkeiten	4
II. Strafvollstreckung und Strafvollzug	
1. Allgemeines	5
2. Zuständigkeit	
a) Bei Rechtsfolgen, die nicht in Freiheitsentziehungen bestehen	6
b) Bei Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Maßregeln	8
3. Vollzugsbehörden und -anstalten	9
4. Unterscheidung von Vollstreckung und Vollzug	
a) Allgemeines	11
b) Jugendgerichtsgesetz	12
c) Frühere Entwürfe	13
d) Strafvollstreckungsordnung	14
e) Ergebnis	15
III. Vollstreckung und Vollzug als Angelegenheiten der Justizverwaltung	16

	Rn.
IV. Grundlagen der Strafvollstreckung	18
V. Grundlagen des Strafvollzugs	20
VI. Grundlagen für den Vollzug von Freiheitsentziehungen gegen Jugendliche und Heranwachsende	21
VII. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Vollstreckungsbehörde	22
VIII. Regelungsbereich	23
IX. Vollstreckung von Bußgeldentscheidungen wegen Ordnungswidrigkeiten	
1. Bußgeldbescheid der Verwaltungsbehörde	26
2. Gerichtliche Bußgeldentscheidungen	28
X. Nebengeschäfte der Vollstreckung	29
XI. Rechtshilfe	
1. Inland	30
2. Internationale Strafvollstreckung	
a) Allgemeines	34
b) Vollstreckung ausländischer Urteile im Inland	36
c) Vollstreckung inländischer Urteile im Ausland	40
XII. Strafvollstreckung an Soldaten der Bundeswehr	46
XIII. Notwendige Verteidigung im Vollstreckungsverfahren	47
B. Besonderheiten in Bezug auf rechtskräftige Entscheidungen der früheren DDR	
I. Frühere Regelung	48
II. Jetzige Regelung	49
1. Bedeutung des Art. 18 EinigungsV	
a) Grundsätzliches	49
b) Einzelerläuterungen	
aa) Allgemeines	50
bb) Kassation	51
cc) Rehabilitierung	52
2. Bedeutung der Maßgaben zur StPO	
a) Einführung	53
b) Wortlaut	54
c) Einzelerläuterungen	
aa) Maßgabe d	55
bb) Maßgabe j	60

Alphabetische Übersicht

Bindungswirkung 45
Einigungsvertrag 49 ff.
Ermessensentscheidung 41
Entziehung der Fahrerlaubnis 4
Erzwingungshaft 27
Exequaturentscheidung 39
Fahrverbot 4
Gnadenverfahren 44
Heranwachsende 21
Internationale Strafvollstreckung 34 ff.
Jugendliche 12, 21
Jugendrichter als Vollstreckungsleiter 12
Justizverwaltung 16
Justizvollzugsanstalt 9, 11
Kassation 51
Maßregeln der Besserung und Sicherung 8
Mitteilung an das Bundeszentralregister 38, 54, 60
Nebengeschäfte 29
Notwendige Verteidigung 47
Ordnungswidrigkeiten 26 f.
Rechtsbehelfe 22, 41
Rechtshilfe 30 ff.
Rechtsmittel 37
Rehabilitierungsgesetz/DDR 52
Soldaten 46
Strafvollstreckung 5 ff., 11 ff.
Strafvollstreckungsordnung 14, 18 f.
Strafvollzug 5 ff., 11 ff.
Überstellung 44
Verlust von Rechten und Fähigkeiten 4
Vollstreckungshilfe
– durch das Ausland 34, 40 ff.
– für das Ausland 34, 36 ff.
– im Inland 30 ff.
Vollzugsbehörde 9
Wiederaufnahmeverfahren 44
Zuständigkeiten 6 ff., 37

A. Allgemeine Abgrenzungs- und Verfahrensfragen

I. Begriff

1. Sammelbezeichnung. Unter der zusammenfassenden Bezeichnung „Strafvollstreckung“ regelt der Erste Abschnitt des Siebenten Buchs eine Reihe von Obliegenheiten des Gerichts und der Staatsanwaltschaft, die nach Rechtskraft eines Urteils bei der Aus- **1**

führung des Urteilsspruchs erforderlich werden. Dabei handelt es sich um z.T. recht **unterschiedliche Maßnahmen,** die nur sehr äußerlich unter der Sammelbezeichnung „Strafvollstreckung" zusammengefasst sind. Zunächst war die Bezeichnung „Straf"vollstreckung von vornherein ungenau, denn Maßnahmen wie die Unbrauchbarmachung gesetzwidriger und die Vernichtung gefährlicher Gegenstände sind keine Strafen, sondern Sicherheitsmaßnahmen. Ihre Durchführung im Wege des Zwangs vollzog sich aber nach dem die Vollstreckung von „Vermögensstrafen" regelnden § 463 a.F. (jetzt § 459g).

2 **Zu eng wurde die Überschrift** des Abschnitts in dem Augenblick, als das Gewohnheitsverbrechergesetz 1933 ein System von Maßregeln der Sicherung und Besserung (jetzt: Maßregeln der Besserung und Sicherung – § 61 StGB) in das Strafgesetzbuch einfügte – und der damals neu eingefügte § 463a (jetzt § 463) bestimmte, dass für die Vollstreckung die Vorschriften über die Strafvollstreckung sinngemäß gelten. Mit der Einführung der gerichtlichen Entscheidung über die **Strafaussetzung zur Bewährung** sind die im Zusammenhang damit nach Rechtskraft des Urteils erforderlichen Entscheidungen und Maßnahmen in den §§ 453, 453a, 453b, 453c geregelt worden. Wenn aber die Freiheitsstrafe von vornherein ausgesetzt wird, so handelt es sich bei der Belehrung (§ 453a), der Überwachung der Lebensführung (§ 453b) und den nachträglichen Entscheidungen (§ 56e StGB, § 453) wohl eher um Maßnahmen, die der Durchführung (der Vollstreckung) des auf Strafaussetzung lautenden Urteils dienen, aber, wie immer man auch den materiellen (nicht: den rechtstechnischen) Gehalt einer mit Strafaussetzung verbundenen Verhängung einer Strafe wertet,[1] eben nicht um Maßnahmen, die der Strafvollstreckung – die Vollstreckung ist ja gerade ausgesetzt – oder auch nur der Sicherung einer künftigen Vollstreckung dienen – eine Ausnahme bildet insoweit nur § 453c (vorläufige Maßnahmen vor Widerruf der Aussetzung) – denn die in §§ 453, 453a, 453b bezeichneten Maßnahmen sollen gerade die Bewährung fördern und damit eine Strafvollstreckung nach Möglichkeit entbehrlich machen.[2]

3 Noch deutlicher wird die Abweichung von der „Strafvollstreckung", sofern sie dem Wortsinn gemäß als Verwirklichung des Strafausspruchs verstanden wird, wenn über die Aussetzung des Strafrestes der Freiheitsstrafe zu entscheiden ist (§ 57 StGB, §§ 454, 462a). Denn hier wird in einem gerichtlichen „Nachverfahren" – und auch meist durch ein anderes als das ursprünglich erkennende Gericht (§ 462a) – darüber befunden, ob die durch das frühere Urteil rechtskräftig verhängte Strafe überhaupt noch vollzogen werden oder nicht an ihre Stelle eine „Sanktion" anderer Art treten soll.[3] Andere Fälle einer solchen Inhibierung des ursprünglichen Spruchs in einem „Nachverfahren" finden sich etwa in den §§ 459d, 459f. Insgesamt handelt es sich also bei der umfassenden Bezeichnung „Strafvollstreckung" in Wahrheit um einen vereinfachenden **Sammelbegriff** für die Summe der Maßnahmen, die auf Verwirklichung oder Abwandlung oder auch Aufhebung einer von einem Strafgericht erlassenen Entscheidung gerichtet ist.

4 **2. Vollstreckung bei Verlust von Rechten und Fähigkeiten.** Einer Vollstreckung bedarf es nicht, wenn die Wirkung von Nebenstrafen und Nebenfolgen sich unmittelbar an die Rechtskraft des Urteils knüpft, wie z.B. der Verlust der Amtsfähigkeit, der Wählbarkeit und des Stimmrechts (§ 45 i.V.m. § 45a Abs. 1 StGB), das **Fahrverbot** (§ 44 Abs. 2 Satz 1 StGB), die **Entziehung der Fahrerlaubnis** (§ 69 Abs. 3 Satz 1 StGB), das Berufsverbot (§ 70 Abs. 4 Satz 1 StGB), der Übergang des Eigentums an einer Sache oder eines

---

[1] Dazu *Bruns* GA **1956** 198 ff.
[2] KK/*Appl* 1; *Bringewat* 2.
[3] KK/*Appl* 1; *Meyer-Goßner* 1; *Bringewat* 3; *Pohlmann/Jabel/Wolf* Einl. 1; *Röttle/Wagner* 1.

Rechts auf den Staat als Folge des Verfalls oder der Einziehung der Sache oder des Rechts (§ 73e Abs. 1, § 74e Abs. 1 StGB).[4] Doch fallen auch in diesen Fällen, bei der Vollstreckungsbehörde Aufgaben an,[5] die darauf abzielen, die kraft Gesetzes geschaffene Rechtslage zu vollziehen,[6] z.B. den eingezogenen Gegenstand in die Verfügungsgewalt des Staates zu bringen, wenn er sich nicht im Zeitpunkt des Eintritts der Rechtskraft im staatlichen Gewahrsam befindet, den Führerschein während der Dauer eines Fahrverbots in amtliche Verwahrung zu bringen (§ 44 Abs. 3 StGB). Ausnahmsweise gibt es aber auch nach Rechtskraft Aufgaben der Vollstreckungsbehörde, die die durch das rechtskräftige Urteil geschaffene Rechtslage unmittelbar betreffen, so wenn nach § 456c Abs. 2 die Vollstreckungsbehörde das Berufsverbot (§ 70 StGB) aussetzen kann. In diesem Sinn ist es auch zu verstehen, wenn § 360 Abs. 2 von „Aufschub oder Unterbrechung der Vollstreckung" spricht. Damit wird dem Gericht die Befugnis zugesprochen, nach Stellung des Wiederaufnahmeantrags auch das Berufs- oder Fahrverbot auszusetzen.[7]

II. Strafvollstreckung und Strafvollzug

1. Allgemeines. Nach § 451 obliegt die Strafvollstreckung der Staatsanwaltschaft. Sie **5**
ist „Vollstreckungsbehörde". Aus dem Wortsinn von „Strafvollstreckung" müsste gefolgert werden, dass der **Begriff** alle Maßnahmen umfasst, die zur Verwirklichung[8] der im Urteil festgesetzten Unrechtsfolgen erforderlich sind. Die Aufgabe der Vollstreckungsbehörde besteht nicht nur darin, die Vollstreckung einzuleiten, sondern vielmehr auch darin, sie durchzuführen und die Durchführung generell zu überwachen.[9]

2. Zuständigkeit

a) Bei Rechtsfolgen, die nicht in Freiheitsentziehungen bestehen. Soweit es sich nicht **6**
um Freiheitsstrafen und freiheitsentziehende Maßregeln der Besserung und Sicherung handelt, trifft die Vollstreckungsbehörde alle Maßnahmen, die zur Durchführung der Entscheidung erforderlich sind (§ 3 Abs. 1 Satz 2 StVollstrO). Ist die Durchführung nach gesetzlicher Vorschrift einer anderen Stelle übertragen, so beschränkt sich die Aufgabe der Vollstreckungsbehörde darauf, die in ihrem Bereich möglichen und erforderlichen Schritte vorzunehmen, um der anderen Stelle die Ausübung ihrer Obliegenheiten zu ermöglichen. So obliegt die **Überwachung der Lebensführung** des Verurteilten während der Bewährungszeit nicht der Vollstreckungsbehörde, sondern dem Gericht (§ 453b Abs. 2)[10] und ist, wenn das Gericht neben der Strafe Führungsaufsicht angeordnet hat (§ 68 StGB), die Überwachung des Verhaltens des Verurteilten und die Gewährung von Hilfe und Betreuung Sache der Aufsichtsstelle (§ 68a StGB). Die Mitwirkung der Vollstreckungsbehörde erschöpft sich in unterstützenden Maßnahmen (§ 463a; § 54a StVollstrO). Andernfalls hat die Vollstreckungsbehörde selbst für die Durchführung der Entscheidung zu sorgen.

---

[4] *Bringewat* Einl. 38.
[5] So genannte flankierende Maßnahmen; KK/*Appl* 6.
[6] KK/*Appl* 5; *Meyer-Goßner* 6; *Bring*ewat Einl. 37.
[7] OLG Hamm GA **1970** 309.
[8] KK/*Appl* 2: Vollstreckung im weiteren Sinn; *Bringewat* Einl. 23; *Pohlmann/Jabel/Wolf* § 3, 4.
[9] *Bringewat* Einl. 27; *Röttle/Wagner* Rn. 4.
[10] KK/*Appl* 7; *Meyer-Goßner* 3; *Bringewat* Einl. 24.

7 Die **Vollstreckungsbehörde**[11] kann sich bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben der Ermittlungspersonen der Staatsanwaltschaft (§ 152 GVG) bedienen. Sie kann auch im Rahmen der gesetzlichen Vorschriften die Amtshilfe anderer Stellen innerhalb und außerhalb der Justiz – hier namentlich der Polizei – in Anspruch nehmen (§§ 160, 161 GVG; Art. 35 GG). Sie **trägt** aber in solchen Fällen die **Verantwortung** für die Maßnahmen der von ihr beauftragten oder ersuchten Stellen und Behörden in vollem Umfang und hat für Abhilfe zu sorgen, wenn diese nicht ordnungsgemäß verfahren. Ist z.B. auf Geldstrafe erkannt, so ist die Anordnung der Einforderung und Beitreibung Sache der Vollstreckungsbehörde (§ 459; § 2 Abs. 1 S. 1 JBeitrO; § 1 Abs. 4 EBAO). Mit der Beitreibung kann sie einen Vollziehungsbeamten beauftragen (§§ 9, 10 EBAO), dessen Maßnahmen sie zu überwachen hat. Ist auf Verfall oder Einziehung erkannt, so nimmt die Vollstreckungsbehörde den Gegenstand in Besitz und beauftragt, wenn der Verurteilte ihn in Besitz hat und trotz Aufforderung nicht herausgibt, den Vollziehungsbeamten mit der Wegnahme (§ 459g, § 61 StVollstrO). Zur Vernichtung eingezogener gemeingefährlicher Gegenstände nimmt die Vollstreckungsbehörde, soweit erforderlich, die Amtshilfe der Polizei oder der zuständigen Verwaltungsbehörde in Anspruch (§ 63 Abs. 5 StVollstrO).

8 **b) Bei Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Maßregeln.** Anders liegt es bei der Durchführung von Urteilen, die auf **Freiheitsstrafe** oder auf eine freiheitsentziehende Maßregel der Besserung und Sicherung lauten. Insoweit ist zwischen Vollstreckung und Vollzug und dementsprechend zwischen Vollstreckungs- und Vollzugsbehörde zu unterscheiden. Beide arbeiten gemeinsam an der Verwirklichung des Urteilsinhalts.[12] Die Vollstreckungsbehörde regelt alle Maßnahmen und trifft alle Entscheidungen, soweit nicht eine gerichtliche Zuständigkeit begründet ist, die zur Einleitung, Durchführung und Überwachung des rechtskräftigen Urteils erforderlich sind. Demgegenüber besteht die Aufgabe der Vollzugsbehörde in der Vollziehung der rechtskräftig verhängten Freiheitsstrafe in einer Justizvollzugsanstalt bzw. der freiheitsentziehenden Maßregel der Besserung und Sicherung in einer Maßregelvollzugseinrichtung.[13]

9 **3. Vollzugsbehörden und -anstalten.** Nach § 139 StVollzG und entsprechenden Regelungen in den Strafvollzugsgesetzen der Länder werden Freiheitsstrafe und die Unterbringung in der Sicherungsverwahrung aufgrund eines Vollstreckungsplans, in dem deren jeweilige sachliche und örtliche Zuständigkeit im Voraus festgelegt worden ist (vgl. § 152 Abs. 1 StVollzG), in Anstalten der Landesjustizverwaltungen (**Justizvollzugsanstalten**) vollzogen, während sich die Unterbringung in einem psychiatrischen Krankenhaus (§ 63 StGB) und in einer Entziehungsanstalt (§ 64 StGB) gemäß § 138 StVollzG nach Landesrecht richtet, soweit und solange Bundesgesetze nichts anderes bestimmen.[14] Die Justizvollzugsanstalten haben einen hauptamtlichen Leiter, der **grundsätzlich die Verantwortung für den gesamten Vollzug trägt** (§ 156 StVollzG). Die Ausgestaltung des Vollzugs ist alleine Aufgabe der Justizvollzugsanstalt und der Vollzugsbehörde. Die Vollstreckungsbehörde hat hierauf grundsätzlich keinen Einfluss. In der Maßregelvollzugseinrichtung trägt bei der Vollziehung von Maßregeln nach § 63 und § 64 StGB der Leiter der Maßregelvollzugseinrichtung und die nach Landesrecht vorgesetzte Vollzugsbehörde die Verantwortung für den gesamten Maßregelvollzug.

---

[11] Wegen der Zuständigkeit für die Wahrnehmung der Geschäfte s. § 451, 28 ff.

[12] OLG Hamburg JR **1996** 247; *Eb. Schmidt* 1; *Röttle/Wagner* Rn. 2.

[13] *Bringewat* Einl. 25: zweckfunktionale Differenzierung; *Röttle/Wagner* Rn. 2 ff.; 90 ff.

[14] KK/*Appl* 9.

Nach § 151 Abs. 1 StVollzG sowie den entsprechenden landesrechtlichen Vorschriften führen die Landesjustizverwaltungen die **Aufsicht** über die Justizvollzugsanstalten. Sie können Aufsichtsbefugnisse auf Justizvollzugsämter übertragen. Bei der hiernach zugelassenen Bildung zentraler Justizvollzugsämter ist namentlich an größere Bundesländer gedacht, bei denen die notwendige Besetzung der Aufsichtsbehörde die Organisation der obersten Landesbehörde zu stark ausweiten würde. § 151 Abs. 1 StVollzG fordert jedoch, dass mit der Aufsicht über die Vollzugsanstalten nicht etwa eine bereits bestehende Behörde betraut wird, sondern dass die Aufsicht hierfür ausschließlich zuständigen Justizvollzugsämtern übertragen werden muss, wenn nicht die Landesjustizverwaltung sie selbst ausüben will. Die Regelung soll gewährleisten, dass die Aufgaben des Vollzugs auch von der Ebene der Aufsichtsbehörden her fachkundig gefördert werden können. Dies setzt voraus, dass das zentrale Justizvollzugsamt oder die Justizvollzugsämter nicht im Nebenamt geleitet werden.[15] Hiernach kann also die oberste Landesjustizbehörde sowohl die Leitung der Staatsanwaltschaften (§ 147 GVG) als Vollstreckungsbehörden als auch die Aufsicht über die Justizvollzugsanstalten bei sich vereinigen. Eine derartige organisatorische Ausgestaltung ist indessen nicht anstrebenswert, denn sie lässt eine Vermischung von Vollstreckungs- und Vollzugsaufgaben befürchten. Dass die Landesjustizverwaltungen entsprechende Überlegungen bislang nicht angestellt haben, dürfte aber wohl weniger auf inhaltlichen Erwägungen beruhen. Entscheidend dürfte vielmehr das nicht ganz unbeträchtliche Risiko sein, bei Fehlentscheidungen der Landesjustizverwaltung die Verantwortung nicht delegieren zu können. **10**

4. Unterscheidung von Vollstreckung und Vollzug

a) Allgemeines. Mit der Unterscheidung zwischen Vollstreckung und Vollzug ist die **Folgerung** daraus gezogen, dass nach den heutigen, den Vollzug von Freiheitsstrafen beherrschenden Vorstellungen der **Vollzugszweck** nicht schlicht in der Durchführung der im Urteil angeordneten Freiheitsentziehung besteht, sondern mit einem Vollzugsziel verbunden ist, das primär darauf gerichtet ist, den Gefangenen zu befähigen, künftig in sozialer Verantwortung ein Leben ohne Straftaten zu führen (§ 2 StVollzG). Der Vollzug ist darauf auszurichten, dass er dem Gefangenen hilft, sich im Leben in Freiheit einzugliedern (§ 3 Abs. 3 StVollzG). Dazu bedarf es erzieherischer und resozialisierender Einwirkungen, die einen dafür geschulten Stab von Mitarbeitern erfordern, über den wohl die Justizvollzugsanstalten und Aufsichtsbehörden, nicht aber die Vollstreckungsbehörden verfügt. Daraus folgt und wird insbesondere durch § 156 StVollzG bestätigt, dass die **Justizvollzugsanstalt nicht** ein mehr oder weniger selbständig handelndes **Hilfsorgan** für die Durchführung von Aufgaben ist, die „eigentlich" nach § 451 der **Vollstreckungsbehörde** obliegen, die sich nur zur Erfüllung dieser Obliegenheiten der Vollzugsbehörden bedient. Die Justizvollzugsanstalt leitet zwar ihre Legitimation, an dem Verurteilten den Vollzug der ihm auferlegten Freiheitsstrafe durchzuführen, davon ab, dass der Verurteilte ihr von der Vollstreckungsbehörde zur Verfügung gestellt, nämlich durch Aufnahmeersuchen (§ 29 StVollStrO) in ihren Tätigkeitsbereich eingewiesen wird. Aber daraus folgt nicht, dass die Justizvollzugsanstalt bloßes Vollzugsorgan der Vollstreckungsbehörde wäre. Sie wird vielmehr, sobald ihre Zuständigkeit begründet ist, für die nunmehr zu entfaltende spezifische Tätigkeit **aus eigenem Recht** und in eigener Verantwortung tätig und erfüllt Aufgaben, die Eigenwert besitzen und selbständig neben **11**

[15] Begr. RegEntw. BTDrucks. 7 918 zu § 38.

der auf Durchführung des Urteilsspruchs gerichteten Tätigkeit der Vollstreckungsbehörde stehen.[16]

12 b) Auch das **Jugendgerichtsgesetz** unterscheidet zwischen Vollstreckung und Vollzug und weist die Aufgaben der Vollstreckung dem Vollstreckungsleiter (§ 82 JGG), die des Vollzugs aber dem Vollzugsleiter zu. Sind Jugendstrafe und Freiheitsstrafe gegen denselben Verurteilten zu vollstrecken, so ist für die Vollstreckung der Freiheitsstrafe dagegen die Staatsanwaltschaft als Vollstreckungsbehörde zuständig.[17] Aufgrund der Vorgaben des BVerfG[18] ist der Gesetzgeber verpflichtet worden, unter Gewährung einer Übergangsfrist bis zum Ablauf des Jahres 2007 eine den verfassungsrechtlichen Erfordernissen genügende gesetzliche Grundlage für Grundrechtseingriffe im Jugendstrafvollzug zu schaffen. Mit der Föderalismusreform ist die Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug auf die Bundesländer[19] übergegangen. Diese haben für ihre jeweiligen Geschäftsbereiche Jugendstrafvollzugsgesetze erlassen.[20]

13 c) **Frühere Entwürfe.** Das allgemeine **Verhältnis der Aufgabe der Vollstreckung zu der des Vollzugs** wollten frühere Entwürfe förmlich zum Ausdruck bringen. So umschrieb EStVollzG 1927 in § 2 die Aufgabe der Vollstreckungsbehörde mit den Worten: „Die Vollstreckung der Entscheidungen (der Strafgerichte) wird von der Vollstreckungsbehörde veranlaßt und, soweit nichts anderes bestimmt ist, von ihr durchgeführt", während § 4 die Aufgabe der Vollzugsbehörde dahin kennzeichnete: „Der Vollzug der Freiheitsstrafen und der mit Freiheitsentziehung verbundenen Maßregeln der Besserung und Sicherung liegt den Vollzugsbehörden ob". Das wäre aber nur eine förmliche Verlautbarung eines schon damals bestehenden Rechtszustands gewesen. Es ist daher sachlich ohne Bedeutung, wenn das Strafvollzugsgesetz sich solcher Begriffsbestimmungen enthält und die Begründung des Reg.Entw.[21] die Aufgabe dieses Gesetzes dahin kennzeichnet, es beschränke sich auf die für den Vollzug von Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung notwendigen Regelungen und enthalte daher (von Ausnahmen – vgl. § 13 Abs. 5, § 122 StVollzG – abgesehen) im Gegensatz zu früheren Entwürfen keine Vorschriften über die Strafvollstreckung.

14 d) **Strafvollstreckungsordnung.** In konkreter Form bringt dagegen die Strafvollstreckungsordnung – StVollstrO[22] – die **Abgrenzung der Vollstreckung gegenüber den Vollzugsaufgaben** zum Ausdruck. Nach § 3 Abs. 1 StVollstrO prüft die Vollstreckungsbehörde, ob die Voraussetzungen der Vollstreckung gegeben sind. Sie trifft die Anordnungen, die zur Durchführung der Entscheidung erforderlich sind. Soweit es sich um Freiheitsstrafen handelt, umschreibt § 36 Abs. 1 StVollstrO die im Vollzugsstadium der Vollstreckungsbehörde generell obliegenden Aufgaben. Danach wacht die Vollstreckungsbehörde darüber, dass Art und Dauer der Strafhaft der zu vollstreckenden Entscheidung entsprechen. Sie ist an erster Stelle für die richtige Berechnung der Strafzeit verantwortlich. Das entspricht den in der Rechtsprechung aufgestellten Grundsätzen.[23]

---

[16] OLG Hamburg JR **1996** 247; KK/*Appl* 7; 9; *Bringewat* Einl. 26 ff.; 36; *Röttle/Wagner* Rn. 90 f.

[17] BGHSt **28** 351 gegen BGHSt **26** 375 im Anschluss an BGHSt **27** 329; KK/*Appl* 8; *Bringewat* Einl. 30 ff.

[18] NJW **2006** 2093.

[19] BGBl. I (2006) S. 2034.

[20] Vgl. Abdruck bei *Diemer/Schoreit/Sonnen; Edinger* DRiZ **2007** 129; kritisch *Köhne* ZRP **2007** 109; *Ostendorf* ZRP **2008** 14.

[21] BTDrucks. **7** 918 S. 43.

[22] Wegen der Bedeutung vgl. Rn. 16 f.

[23] RGSt **5** 32; **30** 137.

Nach § 3 Abs. 2 StVollstrO erstreckt sich die Verantwortlichkeit der Vollstreckungsbehörde nicht auf den besonderen Pflichtenkreis der Vollzugsbehörde. Wie weit dieser Aufgabenkreis der Vollzugsbehörde reicht, ist jedoch nicht ausdrücklich gesagt. Indem aber § 36 Abs. 1 StVollstrO bestimmt, dass im Vollzugsstadium die Aufgabe der Vollstreckungsbehörde sich darauf beschränkt, darüber zu wachen, dass Art und Dauer der Strafhaft der zu vollstreckenden Entscheidung entsprechen, wird hinreichend klar bestimmt, dass **Gegenstand der vollstreckungsbehördlichen Überwachung** nur die Einhaltung der gesetzlichen Vorschriften ist, die die Art und Dauer der Freiheitsstrafe kennzeichnen. Die Vollstreckungsbehörde überwacht also, dass und wie lange die Freiheitsstrafe, dem Urteil entsprechend, als Freiheitsstrafe, Jugendstrafe, Strafarrest vollzogen wird und dabei die gesetzlichen Vorschriften beachtet werden, die im Vollzug die Art der Strafe kennzeichnen. Sie überwacht nicht – und hier beginnt der besondere Pflichtenkreis der Vollzugsbehörde – die Einhaltung der Vorschriften, die die Durchführung des Vollzugs *im Einzelnen* regeln (vgl. dazu Rn. 20).

15 e) **Ergebnis.** Zusammenfassend ist festzuhalten, dass bei Freiheitsstrafen und freiheitsentziehenden Maßregeln der Besserung und Sicherung die nach § 451 der Vollstreckungsbehörde obliegende „Vollstreckung" in der Herbeiführung des Vollzugs, in der Überwachung der Vollzugsdauer, im Übrigen aber in der Überwachung des Vollzugs nur insoweit besteht, ob die Freiheitsentziehung ihrer Art nach dem Urteil entspricht, während die von der Vollzugsbehörde in eigener Verantwortung wahrzunehmende und der Überwachung der Vollstreckungsbehörde entzogene Tätigkeit darin besteht, die Regeln des Strafvollzugsgesetzes bzw. der Maßregelvollzugsgesetze und die ergänzenden im Verwaltungsweg getroffenen Vollzugsvorschriften anzuwenden. Zu der der Vollstreckungsbehörde obliegenden Überwachung der Vollzugsdauer gehört auch ihre Mitwirkung bei der Herbeiführung der gerichtlichen Entscheidung, ob die Voraussetzungen einer Aussetzung des Restes einer Freiheitsstrafe (§§ 57, 57a StGB) gegeben sind (§ 36 Abs. 2 StVollstrO).

III. Vollstreckung und Vollzug als Angelegenheiten der Justizverwaltung

16 Auch im Stadium der Vollstreckung und des Vollzugs sind gewisse Entscheidungen dem Gericht vorbehalten.[24] Im Übrigen obliegen **beide Tätigkeiten** grundsätzlich weisungsgebundenen Behörden und sind damit als **Geschäfte der Justizverwaltung** (= Gerichtsverwaltung i.S. des § 4 Abs. 2 Nr. 1 DRiG)[25] gekennzeichnet. Die Rechtsetzungsbefugnis auf diesem Gebiet steht also, soweit nicht bundesrechtliche Vorschriften entgegenstehen, den Ländern zu (Art. 72, 74 Nr. 1 GG) und ist durch die Föderalismusreform für den Vollzug zugunsten der Länder erweitert worden. In diesem Rahmen haben die Justizverwaltungen zur Ergänzung der lückenhaften Vollstreckungsvorschriften der Strafprozessordnung Justizverwaltungsanordnungen erlassen. Das Bedürfnis dafür ist durch das Inkrafttreten des Strafvollzugsgesetzes und der Vollzugsgesetze der Länder keineswegs entfallen. Denn diese beschränken sich auf die **notwendigen** Regelungen. Es macht die zahlreichen bundeseinheitlichen oder auch unterschiedlichen verwaltungsrechtlichen Regelungen der Länder nicht überflüssig, sondern geht davon aus, dass auch weiterhin Teile des Vollzugsrechts einer Verwaltungsregelung bedürfen.[26]

---

[24] Beispiele §§ 453, 458, 459d, 459h, 460.
[25] *Meyer-Goßner* 1; *Bringewat* Einl. 31.
[26] Begr. RegEntw. BTDrucks. 7 918 S. 41.

17 Von der **Notwendigkeit und Zulässigkeit** solcher ergänzenden Regelungen geht auch § 4 Abs. 2 StVollzG aus. Die Länder haben daher „Verwaltungsvorschriften zum Strafvollzugsgesetz (VVStVollzG)" und „Dienst- und Sicherheitsvorschriften für den Strafvollzug (DSVollzO)" vereinbart, die am 1.1.1977 in Kraft getreten sind.

IV. Grundlagen der Strafvollstreckung

18 Die die Strafvollstreckung betreffenden Justizverwaltungsvorschriften wurden erstmals einheitlich in der **Strafvollstreckungsordnung** – StVollStrO – 1935[27] zusammengefasst. Nach dem Kriege vereinbarten die Justizverwaltungen des Bundes und der Länder eine neue Strafvollstreckungsordnung,[28] die seitdem vielfach geändert und ergänzt worden ist.[29] Die StVollstrO 1956 wurde ergänzt durch die gleichfalls einheitlich vereinbarte „Anordnung über die Einforderung und Beitreibung von Vermögensstrafen und Verfahrenskosten" vom 15.2.1956, die an die Stelle einer entsprechenden AV des RJM vom 28.5.1937[30] trat. Sie wurde mit Wirkung vom 1.1.1975 – wegen der Änderung der strafprozessualen Vorschriften über die Vollstreckung der Geldstrafe (§§ 459 ff.) – ersetzt durch die wiederum bundeseinheitlich vereinbarte „Einforderungs- und Beitreibungsanordnung" (EBAO) vom 20.11.1974.[31]

19 Um die Einheit des Strafvollstreckungsrechts auch für die Zukunft zu erhalten, vereinbarten die Landesjustizverwaltungen, dass **Änderungen** der Strafvollstreckungsordnung **nur im allseitigen Einvernehmen** der Justizverwaltungen von Bund und Ländern vorgenommen werden, soweit es sich nicht lediglich um ergänzende Vorschriften handelt.[32] Soweit die Strafvollstreckungsordnung die Auslegung gesetzlicher Vorschriften betrifft, bindet sie die Strafvollstreckungsbehörden nur bis zum Ergehen einer gerichtlichen Entscheidung im Einzelfall. Die Gerichte sind bei der Gesetzesauslegung nicht an die Strafvollstreckungsordnung als eine Verwaltungsvorschrift gebunden.[33] Bei der Vollstreckung von Entscheidungen gegen Jugendliche und Heranwachsende gilt die StVollstrO nur insoweit, als nicht die Vorschriften des JGG, des OWiG und die von den Landesjustizverwaltungen vereinbarten „Richtlinien zum Jugendgerichtsgesetz" vom 15.2.1955[34] in der Fassung der Bekanntmachung vom 12.7.1994[35] etwas anderes bestimmen (§ 1 Abs. 3 StVollstrO; II 6 der Richtlinien zu §§ 82 bis 85 JGG).

V. Grundlagen des Strafvollzugs

20 Wegen der Grundlagen der Regelung des Strafvollzugs sowie des Rechtsschutzes des Gefangenen gegen Maßnahmen der Vollzugsbehörde vgl. die Erläuterungen bei LR/*K. Schäfer*[23] Vor § 449, 15 bis 22 und 25 ff. und in den Kommentierungen von *Arloth/Lückemann/Böhm/Calliess/Müller-Dietz/Laubenthal* sowie *Schwind/Böhm/Jehle.*

---

[27] AV RJM vom 7.12.1935, DJ **1935** 1800.
[28] Vom 15.2.1956 – BAnz. Nr. 42.
[29] Letzte Neufassung vom 28.3.2001, vgl. Brand. JMBl. S. 66.
[30] DJ **1937** 840.
[31] Nunmehr in der Fassung vom 10.7.1979.
[32] *Pohlmann/Jabel/Wolf* Einl. 5.
[33] BVerfGE **29** 315 = NJW **1970** 2287; RGSt **74** 388; OLG Bremen NJW **1951** 84; OLG Hamm NStZ **1987** 343; *Dünnebier* GA **1969** 218; KK/*Appl* 5; *Meyer-Goßner* 2; *Bringewat* 4.
[34] Ebenfalls mehrfach geändert, zuletzt mit Wirkung vom 20.1.1980.
[35] ABl. Berlin 1994, S. 2313.

VI. Grundlagen für den Vollzug von Freiheitsentziehungen gegen Jugendliche und Heranwachsende

21 Für den Vollzug von Jugendarrest und Jugendstrafe sind in §§ 90 bis 93 JGG gesetzliche Regelungen getroffen worden. Ferner ist in § 115 JGG der Bundesregierung die Ermächtigung erteilt, durch Rechtsverordnung eine Reihe wichtiger Vollzugsfragen zu regeln (wegen einer entsprechenden Regelung für den Vollzug von Strafarrest an Soldaten der Bundeswehr vgl. Rn. 31). Auf dieser Grundlage wurde die JAVollzO vom 12.8. 1966[36], zuletzt geändert durch Gesetz vom 26.6.1990[37]erlassen (dazu bundeseinheitlich von den Landesjustizverwaltungen vereinbarte „Richtlinien zur Jugendarrestvollzugs O"). Das BVerfG hat diese Praxis mit Urteil vom 31.5.2006[38] zu Recht beanstandet und dem Gesetzgeber unter Gewährung einer Übergangsfrist bis zum Ablauf des Jahres 2007 aufgegeben, eine verfassungskonforme gesetzliche Regelung für Grundrechtseingriffe im Jugendstrafvollzug zu schaffen. Nach dem Übergang der Gesetzgebungskompetenz für den Strafvollzug im Rahmen der Föderalismusreform zum 1.9.2006 haben die Länder für ihren jeweiligen Geschäftsbereich teilweise identische Jugendstrafvollzugsgesetze erlassen.[39] Der Vollzug der Jugendstrafe erfolgte auf der Grundlage der die §§ 91, 92 ergänzenden Jugendstrafvollzugsordnung (JVollzO; AV des RJM vom 1.9.1944, Sonderveröffentlichung DJ Nr. 32). Diese ist durch die am 1.1.1977 in Kraft getretenen bundeseinheitlich vereinbarten Verwaltungsvorschriften zum Jugendstrafvollzug (VVJug) ersetzt worden.

VII. Rechtsschutz gegen Maßnahmen der Vollstreckungsbehörde

22 Der Rechtsschutz des Verurteilten ist zunächst dadurch gewahrt, dass in dem in §§ 458, 459h, 461 Abs. 2 bezeichneten Umfang das Gericht zur Entscheidung über Maßnahmen und Entscheidungen der Vollstreckungsbehörden berufen ist.[40] Im Übrigen sieht § 21 StVollstrO vor, dass über **Einwendungen** gegen Entscheidungen oder andere Anordnungen der Vollstreckungsbehörden, soweit das Gericht nicht zuständig ist, der Generalstaatsanwalt entscheidet, und dass gegen Entscheidungen oder Maßnahmen des Generalstaatsanwalts der Landesjustizminister, gegen solche des Generalbundesanwalts der Bundesjustizminister angerufen werden kann.[41] Außerdem sind auch Maßnahmen und Entscheidungen der Vollstreckungsbehörde, soweit nicht das Gericht – erkennendes oder Strafvollstreckungskammer – nach §§ 458, 459f, 459h, 459i, 462, 462a, 463 zur Entscheidung zuständig ist, **nach Maßgabe der §§ 23 ff. EGGVG** anfechtbar und können der Entscheidung des Oberlandesgerichts unterbreitet werden. Eine solche Anfechtung setzt nach § 24 Abs. 2 EGGVG voraus, dass, wenn die Maßnahme der Beschwerde oder einem anderen förmlichen Rechtsbehelf im Verwaltungsverfahren unterliegt, zunächst das Beschwerdeverfahren (sog. Vorschaltbeschwerdeverfahren) durchgeführt ist. Es ist

---

[36] BGBl. I S. 505; geändert durch VO vom 29.11.1972, BGBl. I S. 2205, und – mit Wirkung vom 1.1.1977 – durch die VO vom 18.8.1976, BGBl. I S. 2349 in der Fassung der Bekanntmachung vom 30.11.1976 BGBl. I S. 3270.

[37] BGBl. I S. 1163, 1192.

[38] NJW **2006** 2093.

[39] Vgl. Abdruck bei *Diemer/Schoreit/Sonnen*.

[40] *Bringewat* Einl. 39.

[41] *Bringewat* Einl. 40; *Röttle/Wagner* Rn. 33 ff.

anerkannt, dass das Beschwerdeverfahren nach § 21 StVollstrO ein solches Vorschaltbeschwerdeverfahren darstellt.[42]

VIII. Regelungsbereich

23 Die §§ 449 ff. behandeln nur die Vollstreckung der von **Strafgerichten** festgesetzten Strafen, Nebenstrafen, Nebenfolgen oder Maßregeln der Besserung und Sicherung. Sie gelten auch – wenn auch zufolge des im Jugendstrafrechts vorherrschenden Erziehungsgedankens in modifizierter Anwendung[43] – für die Vollstreckung von Erziehungsmaßregeln, Zuchtmitteln und Jugendstrafe nach § 2 JGG, soweit dieses Gesetz – wie z.B. in den §§ 82 bis 89a JGG – nicht abweichende Regelungen trifft.

24 Der Abschnitt regelt nur die Vollstreckung der in einem Urteil oder in einer dem Urteil gleichstehenden Entscheidung (§§ 410 Abs. 3, 441 Abs. 2 §§ 460, 462) verhängten **Kriminalstrafen**,[44] während für die Vollstreckung von Ordnungs- und Zwangsmitteln[45] in Straf- und Bußgeldsachen (§§ 51, 70, 77, 95, 161a Abs. 2) neben den hierfür geltenden § 36 StPO und § 179 GVG die Art. 7, 8 EGStGB 1974[46] maßgebend sind.[47] Von den letztgenannten Vorschriften sind einige den Bestimmungen des Ersten Abschnitts des Siebenten Buchs nachgebildet; so Art. 7 Abs. 2, 3 EGStGB dem § 459a Abs. 2, 3, Art. 7 Abs. 4 dem § 459h, Art. 8 Abs. 1 dem früheren § 459, Art. 8 Abs. 2 dem § 459f. Darüber hinaus sind einzelne Bestimmungen des Abschnitts (z.B. Begnadigungsrecht (§ 452), Aufschub der Vollstreckung (§ 455)) auch auf derartige Mittel entsprechend anwendbar, und es sind, wenn die Staatsanwaltschaft Ordnungs- und Zwangshaft vollstreckt, die für die Vollstreckung von Kriminalstrafen geltenden Vorschriften der Strafvollstreckungsordnung sinngemäß anwendbar (§ 1 Abs. 2, § 88 Abs. 1 StVollstrO). Wenn aber der Vorsitzende des Gerichts unmittelbar die Vollstreckung veranlasst (§ 179 GVG, § 36 Abs. 2 Satz 2 StPO), so ist ihm auch die Entscheidung überlassen, ob und welche Vorschriften der StVollstrO anzuwenden sind (§ 88 Abs. 2 StVollstrO). Damit ist zum Ausdruck gebracht, dass der Richter in richterlicher Unabhängigkeit handelt.[48] Betreibt die Staatsanwaltschaft die Vollstreckung von Ordnungsgeld, so ist sie allein auch zur Bewilligung von Ratenzahlungen zuständig.[49]

25 Wegen des Vollzugs einer gerichtlich angeordneten Ordnungs-, Sicherungs-, Zwangs- und Erzwingungshaft (sog. **Zivilhaft**) vgl. §§ 171 bis 175 StVollzG.

---

[42] OLG Hamm NJW **1961** 141; JVBl. **1963** 42; OLG Bamberg JVBl. **1963** 175; OLG Oldenburg MDR **1968** 782; *Baumann* MSchKrim. **1964** 62 ff.; *Lorenz* NJW **1963** 702; *Peters* JZ **1968** 78; *Pohlmann* Rpfleger **1964** 219; *Eb. Schmidt* NJW **1967** 217; *Weiß* JZ **1967** 584; *Bringewat* Einl. 39, 41; *Pohlmann/Jabel/Wolf* § 21, 2 ff.; **a.A.** OLG Nürnberg JVBl. **1961** 190; OLG Celle MDR **1964** 697; **1967** 63; OLG Hamm NJW **1969** 672; OLG Hamburg Rpfleger **1981** 243; *Altenhain* Rpfleger **1963** 370; DRiZ **1964** 301; **1966** 365; JZ **1966** 17.

[43] *Bringewat* Einl. 16.

[44] KK/*Appl* 4; *Meyer-Goßner* 5; *Bringewat* Einl. 15.

[45] *Röttle/Wagner* Rn. 517 ff.; KK/*Appl* 4, *Meyer-Goßner* 5.

[46] Sie betreffen Zahlungserleichterungen bei Ordnungsgeld (Art. 7) und nachträgliche Entscheidungen über die Ordnungshaft (Art. 8); vgl. näher die Erl. zu diesen Vorschriften in diesem Kommentar bei LR/*Ignor/Bertheau* § 51, Anhang.

[47] *Pohlmann* Rpfleger **1958** 12.

[48] *Röttle/Wagner* Rn. 10; KK/*Appl* 4.

[49] OLG Hamm GA **1960** 318; JMBlNRW **1971** 274.

IX. Vollstreckung von Bußgeldentscheidungen wegen Ordnungswidrigkeiten

26 **1. Bußgeldbescheid der Verwaltungsbehörde.** Ist durch rechtskräftigen Bußgeldbescheid der Verwaltungsbehörde auf Geldbuße und Nebenfolgen erkannt, so ist **Vollstreckungsbehörde die Verwaltungsbehörde,** die den Bußgeldbescheid erlassen hat (§ 92 OWiG). Dies gilt auch, wenn der Betroffene gegen einen Bußgeldbescheid verspätet oder nicht formgerecht Einspruch eingelegt oder einen form- und fristgerecht eingelegten Einspruch zulässigerweise (§ 67 OWiG) zurückgenommen oder das Gericht den Einspruch nach § 70 oder nach § 74 Abs. 2 Satz 1 OWiG als unzulässig verworfen hat.[50] Die Vollstreckung richtet sich gemäß § 90 OWiG, soweit das Gesetz nichts anderes bestimmt, nach den Vorschriften des VerwaltungsvollstreckungsG vom 27.4.1953,[51] wenn eine Verwaltungsbehörde des Bundes den Bußgeldbescheid erlassen hat, sonst nach den landesrechtlichen Vorschriften.[52] Über Einwendungen gegen die Zulässigkeit der Vollstreckung, gegen Anordnungen der Vollstreckungsbehörde über Zahlungserleichterungen und gegen die sonst bei der Vollstreckung von Bußgeldentscheidungen der Verwaltungsbehörde getroffenen Maßnahmen entscheidet nach § 103 OWiG das Gericht (§ 104 OWiG).

27 Das Gericht entscheidet auch auf Antrag der Vollstreckungsbehörde über die Anordnung der **Erzwingungshaft** gegen den zahlungsunwilligen Betroffenen (§ 96 OWiG). Wird sie angeordnet, so gilt für ihre Vollstreckung § 451 StPO, im Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende gelten auch § 82 Abs. 1, § 83 Abs. 2, §§ 84, 85 Abs. 3 JGG sinngemäß (§ 97 OWiG).[53] Die Vorschriften der StVollstrO über die Vollstreckung von Freiheitsstrafen sind entsprechend anzuwenden (§ 87 StVollstrO). Ferner sind weiterhin die §§ 455, 456 Abs. 1 und § 457 StPO sinngemäß anzuwenden. Da die Stellung des Antrags auf Anordnung der Erzwingungshaft in das Ermessen der Verwaltungsbehörde gestellt ist, ist sie auch als befugt anzusehen, den Antrag vor Anordnung der Haft zurückzunehmen.[54]

28 **2. Gerichtliche Bußgeldentscheidungen.** Für die Vollstreckung gerichtlicher Bußgeldentscheidungen, d.h. der im gerichtlichen Bußgeldverfahren und im Strafverfahren ergangenen Entscheidungen, in denen eine Geldbuße oder eine Nebenfolge einer Ordnungswidrigkeit festgesetzt ist,[55] gelten nach § 91 OWiG die §§ 451, 459, 459g, im Verfahren gegen Jugendliche und Heranwachsende auch § 82 Abs. 1, § 83 Abs. 2, §§ 84, 85 JGG Abs. 5 sinngemäß.[56] Ergänzende Verwaltungsvorschriften enthält § 87 StVollstrO.[57] Vollstreckungsbehörde i.S. des § 96 Abs. 1 OWiG, die von Amts wegen entscheidet, ist auch der Jugendrichter als Vollstreckungsleiter (§ 82 JGG).

---

[50] *Göhler* § 90, 1a; KK-OWiG/*Mitsch* § 90, 2; *Baldauf* NJW **1970** 460; *Pohlmann* Rpfleger **1970** 200; *Stadie* MDR **1970** 386; *Bringewat* Einl. 19; **a.A.** *Günther* NJW **1969** 2273; DAR **1970** 41.

[51] BGBl. I S. 157.

[52] Eine Übersicht befindet sich bei *Göhler* § 90, 6.

[53] *Göhler* § 96, 19; KK-OWiG/*Mitsch* § 97, 8; *Bringewat* Einl. 22; 34.

[54] LG Mainz DAR **1974** 108; *Göhler* § 96, 19; KK-OWiG/*Mitsch* § 89, 5 ff.; *Bringewat* Einl. 18; *Röttle/Wagner* Rn. 508.

[55] *Göhler* Vor § 89, 4 ff.; KK-OWiG/*Mitsch* § 89, 6; *Bringewat* Einl. 20.

[56] KK/*Appl* 15; *Bringewat* Einl. 20.

[57] *Pohlmann* Rpfleger **1968** 264; vgl. Erl. bei *Pohlmann/Jabel/Wolf* § 87; KK-OWiG/*Mitsch* § 89, 6; *Bringewat* Einl. 21.

X. Nebengeschäfte der Vollstreckung

29 Nach Rechtskraft des Urteils obliegen der Vollstreckungsbehörde aufgrund gesetzlicher Vorschriften (z.B. § 479, § 480 § 481 Abs. 1 Satz 2, § 482 Abs. 2, § 487; §§ 14, 17 EGGVG) eine Reihe von **Mitteilungspflichten**. Mitteilungen vom Ausgang des Strafverfahrens an Behörden und Stellen zur Erfüllung von deren Aufgaben sowie die Mitteilungen zum Bundeszentralregister und Verkehrszentralregister haben als Nebengeschäfte der Strafvollstreckung damit nichts zu tun.

XI. Rechtshilfe

30 **1. Inland.** Die **Vollstreckungshilfe** im Inland richtet sich nach den §§ 162, 163 GVG und nach § 9 StVollstrO. Diese Vorschriften gelten nicht nur für die Vollstreckung von **Freiheitsstrafen** (wozu auch die Vollstreckung von Ordnungshaft (§§ 51, 70; § 178 GVG gehören)), sondern auch für die Vollstreckung von **Maßregeln der Besserung und Sicherung** (§ 463 Abs. 1, § 9 StVollstrO).

31 Sofern eine Vollstreckungsanordnung **außerhalb des Bundeslandes**, in dem die Vollstreckungsbehörde ihren Sitz hat, durch eine **Landesbehörde** durchgeführt werden soll, hat die Vollstreckungsbehörde die **hierfür örtlich zuständige Staatsanwaltschaft des anderen Bundeslandes** um **Vollstreckungshilfe** (§ 9 Abs. 1 Satz 1 StVollstrO) zu ersuchen. Kein Fall der Vollstreckungshilfe liegt danach bei Verschubungen oder Ladungen aus einem anderen Bundesland in eine Justizvollzugsanstalt vor, dem die Vollstreckungsbehörde angehört.[58] Die Einschaltung einer anderen Staatsanwaltschaft im Wege der Vollstreckungshilfe ist auch danach nicht erforderlich, wenn nach Art. 5 EGWStG Strafen gegen Soldaten durch die Bundeswehr vollzogen werden sollen,[59] denn in einem solchen Fall soll die Vollstreckungsmaßnahme nicht durch eine **Landesbehörde** durchgeführt werden.

32 Die Regelungen in §§ 162, 163 GVG und § 9 Abs. 1 Satz 1 StVollstrO haben mit der **Vereinbarung** der Bundesländer zur **Vereinfachung und Beschleunigung der Strafvollstreckung** vom 13.1.1965[60] an Bedeutung verloren, denn darin gestatten die Bundesländer die Vornahme von Vollstreckungsmaßnahmen in ihrem Land durch Vollstreckungsbehörden eines anderen Bundeslandes. Ferner gestatten sie die Inanspruchnahme ihrer Polizeidienststellen und verzichten auf die den Strafvollzugsbehörden und Polizeidienststellen entstandenen Kosten.[61]

33 Soweit der **Generalbundesanwalt** Vollstreckungsbehörde ist, bedarf es keines Ersuchens um Vollstreckungshilfe. Die §§ 162, 163 GVG finden nämlich insoweit keine Anwendung, da sein Bezirk das gesamte Bundesgebiet umfasst.[62] Er kann nach § 9 Abs. 2 StVollstrO **unmittelbar** vollstrecken. Allerdings ist es ihm unbenommen, im Einzelfall die örtlich zuständige Staatsanwaltschaft eines Bundeslandes um Vollstreckungshilfe zu ersuchen.[63]

---

[58] *Röttle/Wagner* Rn. 712.
[59] *Pohlmann/Jabel/Wolf* § 9, 10.
[60] *Pohlmann/Jabel/Wolf* § 9, 18.
[61] *Pohlmann/Jabel/Wolf* § 9, 24.
[62] LR/*Boll*[25] § 162 GVG, 9; *Pohlmann/Jabel/Wolf* § 9, 15 ff.; *Röttle/Wagner* Rn. 714.
[63] *Pohlmann/Jabel/Wolf* § 9 StVollstrO, 15; *Röttle/Wagner* Rn. 714.

2. Internationale Strafvollstreckung

34 **a) Allgemeines.** Im Rahmen der **internationalen Strafvollstreckung** ist zu unterscheiden zwischen der **Vollstreckungshilfe *für* das Ausland** (§§ 48 ff. IRG) und der **Vollstreckungshilfe *durch* das Ausland** (§§ 71 ff. IRG). Vollstreckungshilfe ist möglich aufgrund **völkerrechtlicher Vereinbarungen** oder aber auch **im vertragslosen Bereich**. Durchgreifende **verfassungsrechtliche Bedenken** bestehen gegen das Rechtsinstitut der Vollstreckungshilfe nicht.[64]

35 Die wesentlichen **rechtlichen Grundlagen** für die Vollstreckungshilfe bestehen in

- Vorschriften des IRG (§§ 48 ff., 71 ff. IRG),
- dem Übereinkommen über die Überstellung verurteilter Personen vom 21.3.1983 (Überstellungsübereinkommen), für die Bundesrepublik am 1.2.1992 in Kraft getreten,[65]
- dem Schengener Durchführungsübereinkommen vom 19.6.1990, in Kraft getreten am 26.3.1995[66],
- das von der Bundesrepublik Deutschland gezeichnete, aber noch nicht ratifizierte Zusatzprotokoll vom 18.12.1997 zum Überstellungsübereinkommen[67],
- das EG-Vollstreckungsübereinkommen vom 13.11.1991[68] und
- teilweise entsprechender Anwendung von Vorschriften der Strafprozessordnung.

Ergänzende Regelungen enthalten die **Richtlinien über den Verkehr mit dem Ausland in Strafsachen (RiVASt)** in den Nrn. 64 ff. und 105 ff. sowie den sie ergänzenden **Durchführungserlassen** der Bundesländer.

36 **b) Vollstreckung ausländischer Urteile im Inland.** Nach § 48 IRG kann Rechtshilfe für ein Verfahren in einer strafrechtlichen Angelegenheit durch Vollstreckung einer im Ausland rechtskräftig verhängten Strafe oder sonstigen Sanktion geleistet werden. Die **Zulässigkeit der Vollstreckung** ist an Mindestvoraussetzungen geknüpft (§ 49 IRG). Insbesondere das **Zustimmungserfordernis des Verurteilten** (§ 49 Abs. 2 IRG) war höchst umstritten.[69] Nach der deutschen Erklärung zu Art. 3 Abs. 3 ÜberstÜbk[70] ist es erforderlich, dass ein deutsches Gericht das im Urteilsstaat ergangene Urteil für **vollstreckbar** erklärt.

37 Nach Eingang eines förmlichen Ersuchens um Vollstreckungshilfe obliegt der **Staatsanwaltschaft** die Prüfung der übermittelten Unterlagen (§ 50 Satz 2 IRG). Ggf. gibt sie dem ersuchenden Staat Gelegenheit, ergänzende Unterlagen beizubringen (§ 52 Abs. 1 IRG). Alsdann legt sie den Vorgang mit ihrem Antrag, der sich stets zu den einzelnen Zulässigkeitsvoraussetzungen verhalten muss, dem Gericht vor. **Sachlich zuständig** ist das Landgericht (§ 50 Satz 1 IRG, § 78a Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 GVG). Die **örtliche Zuständigkeit** richtet sich grundsätzlich nach dem **Wohnsitz** des **Verurteilten** (§ 51 IRG). Soweit die Vollstreckung des ausländischen Erkenntnisses zulässig ist, wird es für vollstreckbar erklärt (§ 54 Abs. 1 Satz 1 IRG). Zugleich wird die insoweit verhängte Sanktion in die ihr im deutschen Recht am meisten entsprechende Sanktion umgewandelt (§ 54 Abs. 1 Satz 2 IRG). Die Einzelheiten sind in § 54 IRG geregelt. Die Entscheidung ergeht stets durch **Beschluss** (§ 55 Abs. 1 Satz 1 IRG). Er ist zu begründen (§ 77 IRG i.V.m. § 34

---

[64] BVerfG NJW **1983** 2757, 2761 f.
[65] BGBl. II (1991) S. 1007.
[66] BGBl. II (1993) S. 1013 und bezüglich des Beitritts von Italien, Spanien und Portugal BGBl. II (1993) S. 1902.
[67] Vgl. BRDrucks. 220/02.
[68] BGBl. II (1997) S. 1351.
[69] *Schomburg/Lagodny/Gleß/Hackner* § 49, 20 ff.
[70] BGBl. II (1992) S. 98.

StPO) und da er mit einem befristeten Rechtsmittel, nämlich der sofortigen Beschwerde (§ 55 Abs. 2 Satz 1 IRG), angefochten werden kann, mit einer Rechtsmittelbelehrung zu versehen (§ 35a Satz 1) und dem Betroffenen durch Zustellung (§ 35 Abs. 2 Satz 1) bekannt zu machen.

38 Die **rechtskräftige Entscheidung über die Vollstreckbarkeit** teilt die Staatsanwaltschaft dem **Bundeszentralregister** mit (§ 55 Abs. 3 IRG; Nr. 71 RiVASt). Zugleich ist der obersten Justizbehörde wegen der **Bewilligung der Vollstreckungshilfe** (§ 56 IRG) zu berichten (Nr. 69 Abs. 2 RiVASt). Die Bewilligung obliegt in der Regel der obersten Justizbehörde. Die **Entscheidung über die Bewilligung der Vollstreckungshilfe** ist nach § 56 Abs. 2 IRG dem **Bundeszentralregister** mitzuteilen.

39 Mit der Überstellung des Verurteilten bzw. der Übernahme der Vollstreckung beginnt die **Vollstreckungszuständigkeit im Inland**. Das ausländische Straferkenntnis in der Form der **Exequaturentscheidung** wird wie ein **deutsches Urteil** vollstreckt. Es kommt **inländisches Vollstreckungsrecht** zur Anwendung (Art. 9 Abs. 3 ÜberstÜbk). Die Staatsanwaltschaft ist die **zuständige Vollstreckungsbehörde**. Für die Vollstreckung finden die Vorschriften des Strafgesetzbuches, des Jugendgerichtsgesetzes, der Strafprozessordnung und des Gerichtsverfassungsgesetzes entsprechende Anwendung, soweit das IRG keine Regelung trifft (§ 77 IRG).

40 c) **Vollstreckung inländischer Urteile im Ausland.** Nach § 71 IRG kann **ein ausländischer Staat** um Vollstreckung einer im Geltungsbereich des IRG gegen einen Ausländer verhängten Strafe oder sonstigen Sanktion ersucht werden. § 71 IRG regelt also die Vollstreckungshilfe durch **Vollstreckung** der von einem **deutschen Gericht gegen** einen **Ausländer verhängten Sanktion im Ausland** und damit die Abgabe der Strafvollstreckung an den ausländischen Staat. Sinn, Zweck und Konzeption dieser Vollstreckungshilfe entsprechen im Wesentlichen den §§ 48 ff. IRG.[71]

41 Die Staatsanwaltschaft prüft als **Vollstreckungsbehörde** in eigener Zuständigkeit zunächst die Zulässigkeit eines Ersuchens nach § 71 IRG. Schon die von der Vollstreckungsbehörde zu treffende **Entscheidung, ob** überhaupt bei der Strafvollstreckungskammer (§ 30 IRG) ein **Antrag** gestellt wird, die **Zulässigkeit der Vollstreckungshilfe** zu beschließen, setzt eine **rechtsfehlerfreie Ermessensausübung** voraus.[72] Bei der insoweit vorzunehmenden umfassenden Abwägung sind maßgebliche vollstreckungsrechtliche Belange gegenüber dem Resozialisierungsinteresse, inzwischen bestehenden Sprachproblemen nach langjährigem Aufenthalt im Inland mit der Entfremdung von der Kultur des ursprünglichen Herkunftslandes sowie die Vollstreckungspraxis des ersuchten Staates zu berücksichtigen.[73] Zur Vorbereitung der Entscheidung sollte eine Stellungnahme der Justizvollzugsanstalt eingeholt werden. Eine **ablehnende Entscheidung** hat die Vollstreckungsbehörde unter Darlegung der der **Gesamtabwägung** zugrunde liegenden Gesichtspunkte zu begründen. Gegen die **ablehnende Entscheidung** der Vollstreckungsbehörde, ein Überstellungsersuchen bei der Bewilligungsbehörde anzuregen, ist der **Rechtsweg** nach §§ **23 ff. EGGVG** eröffnet.[74] Der Antrag an das Gericht ist zu begründen. Letzteres kann bei Zweifeln an der Zulässigkeit eines Vollstreckungshilfeersuchens auch selbst den

---

[71] *Schomburg/Lagodny/Gleß/Hackner* § 71, 1.

[72] BVerfGE **96** 100 = StV **1997** 646 = NStZ **1998** 140; BVerfG NStZ-RR **2005** 182.

[73] *Schomburg/Lagodny/Gleß/Hackner* § 71, 14a bis i m.w.N.

[74] BVerfGE **96** 100 = NStZ **1998** 140 mit Anm. *Schomburg* NStZ **1998** 142 = JZ **1998** 565 mit Anm. *Lagodny*; OLG Frankfurt NStZ-RR **2002** 310; *Schomburg/Lagodny/Gleß//Hackner* § 71, 14j; **a.A.** KK/*Schoreit* § 23 EGGVG, 108.

Sachverhalt weiter aufklären (§ 30 Abs. 2 IRG) und Beweise erheben (§ 30 Abs. 2 Satz 4 IRG).

Die **Entscheidung** des Gerichts ergeht durch **Beschluss**, der zu begründen ist. Erklärt das Gericht die Vollstreckungshilfe für nicht zulässig, so ist das Verfahren beendet. Wird die Vollstreckungshilfe für zulässig erklärt, so berichtet die Vollstreckungsbehörde auf dem Dienstweg der Bewilligungsbehörde und regt die Stellung eines Vollstreckungshilfeersuchens an. Damit geht das Verfahren vom rein innerstaatlichen Verfahren in ein zwischenstaatliches Verfahren über. **42**

Die Entscheidung der Bewilligungsbehörde ist, soweit sie **allgemein- und außenpolitische Belange** betrifft, **nicht anfechtbar**.[75] Entscheidet die Bewilligungsbehörde hingegen in ihrer Eigenschaft als **Fachaufsichtsbehörde** an Stelle der Vollstreckungsbehörde in der Vollstreckungssache selbst, so ist die Entscheidung der Bewilligungsbehörde nach den §§ 23 ff. EGGVG überprüfbar.[76] **43**

Im Falle der Bewilligung der Vollstreckungshilfe erfolgt die **Überstellung** des Verurteilten. Mit der **Übernahme des Verurteilten** durch seinen Heimatstaat wird die **Vollstreckung im Inland** ausgesetzt (Art. 8 Abs. 1 ÜberstÜbk). Es gilt nunmehr das **Vollstreckungsrecht** des **Vollstreckungsstaates**. Er ist für alle weiteren vollstreckungsrechtlichen Entscheidungen zuständig. Nach Art. 12 ÜberstÜbk steht das Recht der **Begnadigung** oder der **Amnestie** auch dem **Urteilsstaat** zu. Zur Entscheidung über einen Antrag des Verurteilten auf **Wiederaufnahme des Verfahrens** ist ausschließlich der Urteilsstaat berufen. **44**

Die Erklärung des Vollstreckungsstaates, dass die **Vollstreckung abgeschlossen ist** (Art. 15 Buchst. a ÜberstÜbk), ist für den Urteilsstaat **bindend**. **45**

XII. Strafvollstreckung an Soldaten der Bundeswehr

Nach Art. 5 Abs. 1 EGWStG 1957 i.d.F. des Gesetzes vom 21.8.1972[77] wird Strafarrest an Soldaten der Bundeswehr von den Behörden der Bundeswehr vollzogen, auf Ersuchen der Vollstreckungsbehörde (§ 22 Abs. 3 StVollstrO) auch Freiheitsstrafe von nicht mehr als sechs Monaten sowie Jugendarrest.[78] Sie sind dann wie Strafarrest zu vollziehen. Die Aufgaben der Vollstreckungsbehörde und des Gerichts im Vollstreckungsstadium bleiben danach unberührt. Die Abweichung gegenüber dem für Zivilpersonen geltenden Recht besteht lediglich darin, dass an die Stelle der Vollzugsbehörden der Justizverwaltung die der Bundeswehr treten oder (Absatz 2) treten können. Den Vollzug des Strafarrests regelt § 9 Abs. 2 WStG nur im Allgemeinen. Entsprechend der Regelung in § 115 JGG (Rn. 21) erteilt Art. 7 EGWStG[79] der Bundesregierung die Ermächtigung, durch Rechtsverordnung bestimmte wesentliche Punkte für den Vollzug des Strafarrests durch Behörden der Bundeswehr zu regeln. Dies ist geschehen durch die Bundeswehrvollzugsordnung (BWVollzO) vom 29.11.1972[80] betreffend den Vollzug von Freiheitsstrafe, Strafarrest, Jugendarrest und Disziplinararrest durch Behörden der Bundeswehr.[81] **46**

---

[75] *Schomburg/Lagodny/Gleß//Hackner* § 71, 14j.

[76] BVerfG NStZ-RR **2005** 182.

[77] BGBl. I S. 1481.

[78] Art. 5 Abs. 2 EGWStG; *Meyer-Goßner* 4; *Bringewat* Einl. 17; *Röttle/Wagner* Rn. 219 ff.

[79] In der Fassung von § 183 StVollzG.

[80] In der Fassung von § 184 StVollzG.

[81] Wegen der Geltung der Strafvollstreckungsordnung vgl. § 5 BWVollzO i.V.m. § 1 Abs. 3 StVollstrO.

XIII. Notwendige Verteidigung im Vollstreckungsverfahren

47 Auch wenn im Vollstreckungsverfahren lediglich für Verfahren nach § 463 Abs. 3 Satz 4 (§ 463 Abs. 3 Satz 5) und § 463 Abs. 4 (§ 463 Abs. 4 Satz 5) die **Bestellung eines Verteidigers** vorgesehen ist, so geht aber auch § 454 Abs. 2 für die danach zu treffenden Entscheidungen von einer Mitwirkung eines Verteidigers aus (§ 454 Abs. 2 Satz 3 und 4), auch wenn dessen Bestellung nicht gesetzlich ausdrücklich vorgeschrieben ist. Dass auch im **Vollstreckungsverfahren** die **Bestellung eines Verteidigers** geboten ist, wenn die **Sach- oder Rechtslage schwierig** oder **ersichtlich** ist, dass sich der Verurteilte nicht selbst verteidigen kann, ist in der neueren obergerichtlichen Rechtsprechung kaum noch streitig.[82] Der **Grundsatz des fairen Verfahrens** gilt angesichts der Komplexität vollstreckungsrechtlicher Entscheidungen[83] auch – und gerade – im **Vollstreckungsverfahren**.[84] Die **Bestellung eines Verteidigers** ist daher **regelmäßig** vor **Entscheidungen nach § 454 Abs. 2** und vor **allen Entscheidungen nach § 463**, soweit diese die Entscheidung über eine **weitere Vollstreckung einer freiheitsentziehenden Maßregel der Besserung und Sicherung** betreffen, geboten, um sicherzustellen, dass auch im Vollstreckungsverfahren die Verfahrensrechte des Verurteilten wahrgenommen werden. Ob und in welchem Umfang etwa im Verfahren nach den §§ 455, 458 Abs. 2 oder § 459f eine Verteidigerbestellung in Betracht kommt, weil ersichtlich ist, dass sich der Verurteilte nicht selbst verteidigen kann (z.B. bei Analphabeten, sprachunkundigen Ausländern oder aktenkundiger Intelligenzminderung) bedarf der Prüfung im Einzelfall. Dass fiskalische Erwägungen bei der Frage des Erfordernisses der notwendigen Verteidigung im Vollstreckungsverfahren außer Betracht zu bleiben haben, versteht sich von selbst, da es sich um sachfremde Erwägungen handelt.

B. Besonderheiten in Bezug auf rechtskräftige Entscheidungen der früheren DDR

I. Frühere Regelung

48 Schon **vor der Vereinigung** der beiden Teile Deutschlands wurden Strafurteile von Gerichten der früheren DDR in der Bundesrepublik grundsätzlich als wirksam und vollstreckungsfähig angesehen.[85] Jedoch konnte ein Verurteilter nach **§ 15 RHG** die Feststellung der Unzulässigkeit der Vollstreckung in der Bundesrepublik – und zwar selbst dann noch – beantragen, wenn die Strafe bereits vollstreckt war. Antragsgrund war entweder die Unangemessenheit von Art und Höhe der Strafe nach rechtsstaatlichen Grundsätzen

---

[82] Vgl. die umfangreichen Rechtsprechungsnachweise bei LR/*Lüderssen/Jahn* § 140, 118 ff.

[83] KG StV **2007** 94; OLG Karlsruhe NStZ-RR **2004** 19.

[84] BVerfGE **86** 288, 317; LR/*Kühne* Einl. Abschn. I 112; LR/*Gollwitzer*[25] Art. 6 MRK, 43.

[85] LR/*Schäfer*[24] Einl. Kap. 16 Rn. 38. Als nichtig angesehen wurden allerdings schon damals die Urteile des LG Chemnitz in den sog. Waldheimer Prozessen (*Kemper/Lehner* NJW **1991** 329 Fn. 4). Durch § 1 Abs. 2 StrRehaG – das Gesetz ist als Art. 1 Teil des 1. SED-UnBerG vom 29.10.1992 (BGBl. I S. 1814) – ist dieser Standpunkt ausdrücklich bestätigt worden.

oder die Unverträglichkeit mit dem Zweck eines Bundesgesetzes (§ 2 RHG). Dieses Gesetz ist durch die staatliche Vereinigung obsolet und aufgehoben worden.[86]

II. Jetzige Regelung

1. Bedeutung des Art. 18 EinigungsV

a) Grundsätzliches. Art. 18 Abs. 1 EinigungsV stellt in **Satz 1** klar, dass Entscheidungen von Gerichten der früheren DDR nicht generell als unwirksam oder überprüfungsbedürftig angesehen werden und nach Maßgabe des gemäß Art. 8 EinigungsV in Kraft gesetzten oder gemäß Art. 9 EinigungsV fortgeltenden Rechts nunmehr grundsätzlich auch in den alten Bundesländern vollstreckt werden können.[87] Aus seinem zweiten Halbsatz folgt weiter, dass für die Vollstreckung strafgerichtlicher Entscheidungen grundsätzlich die Vorschriften der §§ 449 ff., ergänzt durch die JBeitrO, sowie die hierzu getroffenen Maßgaben gelten.[88] Entstehen Zweifelsfragen, kann der Betroffene eine gerichtliche Entscheidung nach §§ 458, 462 oder §§ 23 ff. EGGVG herbeiführen,[89] soweit nicht nach Nr. 14 Buchst. d bis f und j[90] besondere Verfahren vorgesehen sind. **49**

b) Einzelerläuterungen

aa) Allgemeines. Nach **Art. 18 Abs. 1 Satz 2 EinigungsV** richtet sich aufgrund des in Rn. 49 dargelegten Rechts auch die Überprüfung der Vereinbarung von Entscheidungen und ihrer Vollstreckung mit rechtsstaatlichen Grundsätzen. Dem Betroffenen standen dafür neben den zulässigen Rechtsmitteln und -behelfen der Strafprozessordnung (z.B. Wiederaufnahme des Verfahrens nach §§ 359 ff.; Überprüfung von Vollstreckungsmaßnahmen durch gerichtliche Entscheidung nach § 458) für eine begrenzte Zeit zunächst noch **zwei weitere** aus der Zeit der DDR-Gerichtsbarkeit stammende **Verfahren** zur Verfügung.[91] **50**

bb) Kassation. So räumte Art. 18 Abs. 2 EinigungsV (i.V.m. Anl. I Kap. III Sachgeb. A Abschn. III Nr. 14 Maßgabe h, §§ 311 bis 327 StPO/DDR) dem durch ein Strafgericht der früheren DDR Verurteilten ein **eigenes Recht** ein, die gerichtliche Kassation früherer rechtskräftiger Entscheidungen herbeizuführen.[92] Mit diesem Verfahren wurde dem Verurteilten die Möglichkeit eröffnet, solche Entscheidungen korrigieren zu lassen, die auf einer schwerwiegenden Verletzung der im Zeitpunkt der Verurteilung geltenden DDR-Strafgesetze oder strafprozessualer Vorschriften beruhten oder gröblich unrichtige Rechtsfolgenaussprüche oder sonst rechtsstaatswidrige Verurteilungen betrafen.[93] **51**

---

[86] Anl. I Kap. III Sachgeb. C Abschn. II Nr. 5 EinigungsV; *Kemper/Lehner* NJW **1991** 329; *Bringewat* Vor § 449, 5. Kommentierung des RHG von *K. Schäfer* zuletzt in der 23. Aufl. dieses Kommentars.

[87] LR/*Hilger*[24] Nachtr. II EinigungsV Teil C Rdn. 5; *Kemper/Lehner* NJW **1991** 330; *Bringewat* Vor § 449, 6.

[88] LR/*Hilger*[24] Nachtr. II EinigungsV Teil C Rn. 7.

[89] LR/*Hilger*[24] Nachtr. II EinigungsV Teil C Rn. 31.

[90] Der Anl. I Kap. II Sachgeb. A Abschn. III EinigungsV.

[91] Zwar betreffen sie keine Strafvollstreckungsregelungen; gleichwohl soll auf sie zur Vervollständigung des Umfangs der Gesamtregelungen kurz eingegangen werden.

[92] LR/*Hilger*[24] Nachtr. II EinigungsV Teil C Rn. 8; *Kemper/Lehner* NJW **1991** 330; *Bringewat* Vor § 449, 7.

[93] LR/*Hilger*[24] Nachtr. II EinigungsV Teil C Rn. 48, 50.

52 cc) **Rehabilitierung.** Mit dem **Rehabilitierungsgesetz/DDR**[94] wurde dem Verurteilten durch ein besonderes Verfahren[95] darüber hinaus ermöglicht, solche Strafurteile abändern zu lassen, die zwar im Zeitpunkt der Entscheidung möglicherweise materiellrechtlich und prozessual fehlerfrei zustande gekommen, letztlich aber doch „politische" Urteile waren, weil sie Strafen für Handlungen enthielten, mit denen der Angeklagte nur Rechte wahrgenommen hatte, die durch die ihm zustehenden verfassungsmäßigen politischen Grundrechte gedeckt waren und deshalb strafrechtlich nicht geahndet werden durften.[96] Für die Beseitigung solcher Fehlentscheidungen gilt nunmehr § **1 StrRehaG.**[97] Anträge nach dieser Vorschrift sind nur noch bis zum 31. Dezember 2011 möglich (§ 7 Abs. 1 Satz 1 StrRehaG).[98]

2. Bedeutung der Maßgaben zur StPO[99]

53 a) **Einführung.** Wie bereits den Ausführungen in Rn. 49 zur StPO zu entnehmen ist, gilt grundsätzlich das Recht der (alten) Bundesrepublik. Für die **Strafvollstreckung** folgt daraus, dass die §§ 449 ff. StPO sowie die Justizbeitreibungsordnung nur dann nicht angewendet werden dürfen, wenn die Maßgaben ausdrücklich eine andere Regelung vorsehen.

54 b) Nach Nr. 14 der Anlage I Kap. III A III Anlage I Kapitel III Sachgebiet A – Rechtspflege Abschnitt III des Einigungsvertrages gilt die Strafprozessordnung mit folgenden Maßgaben:

Nr. 14

„a) bis c) (nicht mehr anzuwenden)

d) Die Vollstreckung einer Rechtsfolge aus einer Entscheidung eines Strafgerichts der Deutschen Demokratischen Republik ist zulässig, es sei denn es wird durch ein Gericht festgestellt, daß die Verurteilung mit rechtsstaatlichen Maßstäben nicht vereinbar ist oder daß Art oder Höhe der Rechtsfolge nach rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht angemessen sind oder dem Zweck eines Bundesgesetzes widersprechen. Es kann auch festgestellt werden, daß die Rechtsfolge in einer milderen Folgenart zu vollstrecken ist. Der Antrag auf Feststellung kann von dem Verurteilten oder von der Staatsanwaltschaft gestellt werden. Der Antrag ist unzulässig, wenn ein Kassationsverfahren oder ein Rehabilitierungsverfahren durchgeführt worden ist oder ein Rehabilitierungsverfahren noch durchgeführt werden kann. Über den Antrag entscheidet das Gericht, das nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz vom 29. Oktober 1992 (BGBl. I S. 1814) für die Rehabilitierung zuständig wäre. § 458 Abs. 3 Satz 1 und § 462 Abs. 1 Satz 1 und Abs. 2 gelten entsprechend. Die Entscheidung ist nicht anfechtbar. Der Aufschub oder die Unterbrechung der Vollstreckung kann auch von der Staatsanwaltschaft angeordnet werden.

e) bis h) (nicht mehr anzuwenden)

---

[94] Vom 6.9.1990 GBl. I S. 1459 – in der Fassung der Zusatzvereinbarung vom 18.9.1990 BGBl. II S. 1239.

[95] Nach Art. 9 Abs. 3, Art. 17 EinigungsV i.V.m. Art. 3 Nr. 6 Zusatzvereinbarung.

[96] LR/*Hilger*[24] Nachtr. II EinigungsV Teil C Rn. 51; LG Berlin DtZ **1991** 157; *Pfister* NJW **1991** 165 ff.

[97] Das DDR-Rehabilisierungsgesetz ist durch § 27 Nr. 2 aufgehoben worden.

[98] BGBl. I (2007) S. 2118.

[99] Gemäß Anl. I zum EinigungsV (Überleitung von Bundesrecht) Kap. III Sachgeb. A Abschn. III Nr. 14.

i) Das Begnadigungsrecht steht dem Bund auch dann zu, wenn ein Gericht der Deutschen Demokratischen Republik in einer Sache entschieden hat, die der Gerichtsbarkeit des Bundes unterfallen würde.

j) Die abschließende Entscheidung des Gerichts nach Maßgabe d) ist dem Generalbundesanwalt – Bundeszentralregister – mitzuteilen. Sie ist in ihm zu vermerken, wenn die Vollstreckung einer Rechtsfolge insgesamt oder in einer milderen Folgenart für zulässig erklärt worden ist. Ist die Verurteilung noch nicht im Bundeszentralregister eingetragen, so wird die Eintragung von der Registerbehörde entsprechend den Feststellungen in der abschließenden Entscheidung vorgenommen. Die Eintragung im bisherigen Strafregister der Deutschen Demokratischen Republik über eine Rechtsfolge, deren Vollstreckung für unzulässig erklärt worden ist, ist nicht in das Bundeszentralregister zu übernehmen. Bei bereits erfolgter Eintragung im Bundeszentralregister ist diese wieder zu entfernen. Eintragungen auf Grund der gerichtlichen Entscheidung werden hinsichtlich der Folgen nach dem Bundeszentralregistergesetz wie Eintragungen von Verurteilungen durch deutsche Gerichte im bisherigen Geltungsbereich des Bundeszentralregistergesetzes behandelt.

k) (nicht mehr anzuwenden)“

c) Einzelerläuterungen

aa) Maßgabe d. Die Maßgabe geht von dem Grundsatz aus, dass – entsprechend Art. 18 Abs. 1 EinigungsV – Entscheidungen der früheren DDR – unter Beachtung der hierzu getroffenen Maßgaben – vollstreckt werden können und bestimmt als Ausnahme die **Unzulässigkeit der Vollstreckung,** falls ein Gericht feststellt, dass die Verurteilung mit rechtsstaatlichen Maßstäben nicht vereinbar ist, oder dass Art oder Höhe der Rechtsfolge nach rechtsstaatlichen Grundsätzen nicht angemessen sind oder dem Zweck eines Bundesgesetzes widersprechen. Neben den der Strafprozessordnung zur Korrektur unrichtiger Entscheidungen sowie zur Überprüfung der Vollstreckung von Entscheidungen (z.B. nach § 458) zur Verfügung stehenden Rechtsmitteln und -behelfen enthält die Maßgabe noch eine **Auffangklausel**, die sicherstellen soll, dass nicht trotzdem Unrechtsentscheidungen vollstreckt werden, weil dieses Instrumentarium nicht greift oder z.B. wegen Fristablaufs nicht mehr genutzt werden kann. **55**

Die **gerichtliche Feststellung** kann bewirken, dass die in einer Entscheidung verhängte Rechtsfolge nicht, nicht in vollem Umfang oder dass nur eine mildere Folgenart vollstreckt werden darf. Die Regelung ist nach dem Vorgesagten nicht anwendbar, wenn (soweit) eine vor dem 3. Oktober 1990 ergangene Entscheidung nach diesem Stichtag durch ein Rechtsmittelgericht überprüft und nicht beanstandet wird. **56**

Satz 1 und 2 sind § 2 Abs. 5 RHG nachgebildet, erfassen aber darüber hinausgehend auch den Fall, dass schon die „Verurteilung“, also der Schuldspruch oder das Verfahren, das zur Verurteilung geführt hat, nicht mit **rechtsstaatlichen Maßstäben vereinbar** ist. Letzteres kann z.B. der Fall sein, wenn der Schuldspruch auf einer rechtsstaatswidrigen Vorschrift des materiellen Strafrechts der früheren DDR beruht oder auf einem Verfahren, das nicht rechtsstaatlichen Maßstäben entspricht (z.B. Verletzung der Grundsätze des § 136a StPO oder des rechtlichen Gehörs). Dass eine Rechtsfolge dem **Zweck eines Bundesgesetzes widerspricht** (ein Umstand, der kein Kassationsgrund ist), ist anzunehmen, wenn sie bzw. ihre Vollstreckung nicht mit wesentlichen Grundgedanken oder Zielen des Rechts der Bundesrepublik vereinbar ist (z.B. Vollstreckung einer Jugendstrafe, die über die Begrenzung des § 18 JGG hinausgeht). **57**

Die **Sätze 3 bis 8** der Maßgabe enthalten im Wesentlichen Verfahrensvorschriften. Nach **Satz 3** kann der **Feststellungsantrag** nur von dem Verurteilten oder der Staatsan- **58**

waltschaft gestellt werden. Der Rechtspfleger ist nicht antragsbefugt, weil der Antrag nicht eine der Vollstreckungsbehörde obliegende Maßnahme im Sinne von § 31 Abs. 2 RPflG ist. Im Hinblick auf die **Subsidiaritätsklausel** in **Satz 4** wird der Maßgabe in der Praxis kaum große Bedeutung zukommen. Denn der Antrag ist unzulässig, wenn ein Kassationsverfahren oder ein Rehabilitierungsverfahren durchgeführt worden ist, noch läuft oder Letzteres noch beantragt werden kann.

59 Zuständig ist nach **Satz 5** das nach dem Strafrechtlichen Rehabilitierungsgesetz für die Rehabilitierung zuständige Gericht. Dieses kann nach **Satz 6** vorläufig einen **Aufschub oder eine Unterbrechung der Vollstreckung** bis zur endgültigen Entscheidung anordnen (§ 458 Abs. 3 Satz 1 StPO). Die gleiche Befugnis steht nach **Satz 8** der Staatsanwaltschaft zu. Das Gericht trifft gemäß **Satz 6** seine nicht anfechtbare Entscheidung ohne mündliche Verhandlung durch Beschluss (§ 462 Abs. 1 Satz 1), grundsätzlich nach **Anhörung** des Verurteilten bzw. der Staatsanwaltschaft. Ausnahmsweise kann von der Anhörung des Verurteilten abgesehen werden, wenn Tatsachen dafür sprechen, dass die Anhörung nicht durchführbar ist (§ 462 Abs. 2).

60 **bb) Maßgabe j** enthält strafregisterliche Folgeregelungen.

§ 449

Strafurteile sind nicht vollstreckbar, bevor sie rechtskräftig geworden sind.

Schrifttum

Beling Aufnahme der Einzelstrafen in den Urteilstenor bei Gesamtstrafenbildung, ZStW **38** (1916) 630; *ders.* Aus dem neuesten Bande der Entscheidungen des Bayerischen Obersten Landesgerichts in Strafsachen, ZStW **39** (1918) 673; *Doller* Reststrafenaussetzung bei mehreren Strafen, ZRP **1978** 55; *Erich* Zur Frage der Vollstreckbarkeit einer nicht im Urteil ausgesprochenen Einzelstrafe, GA **60** (1913) 410; *Foth* Zur Fristberechnung, wenn mehrere Freiheitsstrafen zu verbüßen sind, DRiZ **1976** 277; *Grünwald* Die Teilrechtskraft im Strafverfahren, Göttinger rechtswissenschaftliche Studien Bd. 54 (1964); *Hamann* Das Strafverfahrensänderungsgesetz 1979 in seinen Auswirkungen für die Strafvollstreckung, Rpfleger **1979** 125; *ders.* Internationale Strafvollstreckung, Rpfleger **1985** 13; *Katz* Das Verhältnis der Einzelstrafe zur Gesamtstrafe, GerS **36** (1884) 589; *Kleinknecht* Die selbständige und unselbständige Vollstreckbarkeitsbescheinigung im Strafprozeßrecht, Rpfleger **1952** 210; *Knetsch* Rechtskraftbescheinigung bei Gesamtstrafen- und Widerrufsbeschlüssen? Rpfleger **1957** 75; *Krug* Zur Frage der Vollstreckbarkeit einer nicht im Urteilstenor ausgesprochenen Einzelhaft, GA **60** (1913) 61; *Küper* Unzulässige Revision und formelle Rechtskraft des Strafurteils, GA **1969** 364; *ders.* Der Eintritt der Rechtskraft bei verspäteter Revisions- oder Beschwerdebegründung, MDR **1971** 806; *Meister* Die Vollstreckbarkeit rechtskräftiger Einzelstrafen, DRiZ **1954** 46; *D. Meyer* Zur Frage der Berechnung der 2/3-Frist des § 26 StGB bei mehreren hintereinander zu verbüßenden Freiheitsstrafen, MDR **1974** 540; *H. Meyer* Bundestag und Immunität (1954); *Pohlmann* Sind rechtskräftige Einzelstrafen vollstreckbar? Rpfleger **1958** 105; *Radtke* Materielle Rechtskraft bei der Anordnung freiheitsentziehender Maßregeln der Besserung und Sicherung, ZStW **110** (1998) 297; *Schneider* Immunität und mitgebrachtes Verfahren, DVBl. **1955** 350; *G. Schwarz* Vollstreckbarkeit und Rechtskraft der Strafurteile, NJW **1954** 1228.

Entstehungsgeschichte. Die Vorschrift ist im Wortlaut unverändert geblieben (RGBl. I S. 322). Bezeichnung bis 1924: § 481.

Übersicht

	Rn.
I. Vollstreckung erst nach Rechtskraft	
1. Grundsatz	1
2. Ausnahmen	
a) § 56 JGG	2
b) Adhäsionsverfahren	4
3. Bußgeldentscheidungen	5
II. Vollstreckungspflicht	
1. Grundsatz	6
2. Ausnahmen	7
III. Vollstreckungshindernisse	
1. Allgemeines	8
2. Immunität	
a) Bundestagsabgeordnete	9
b) Landtagsabgeordnete	10
IV. Voraussetzung für die Vollstreckbarkeit	
1. Formelle Rechtskraft	11
2. Zeitpunkt des Eintritts der Rechtskraft	12
a) Mit Ablauf der Einlegungs- bzw. Begründungsfrist	13
b) Mit Erlass des Verwerfungsbeschlusses des iudex a quo	14
c) Mit Erlass des Beschlusses des Revisionsgerichtes	15
d) Ergebnis	16
3. Praktische Bedeutung	17
4. Wirksamwerden von Verwerfungsbeschlüssen	18
V. Vollstreckbarkeit bei Mehrheit von Angeklagten	19
VI. Absolute Rechtskraft	21
VII. Rechtskraft eines Teils der Urteilsformel	22
1. Beschränkung des Rechtsmittels auf Nebenfolgen einer Tat	23
2. Beschränkung des Rechtsmittels auf einzelne Taten bei Verurteilung zu mehreren gesonderten Strafen	24
3. Beschränkung des Rechtsmittels bei Verurteilung zu einer Gesamtstrafe	
a) Allgemeines	25
b) Eigene Ansicht	27
c) Bedeutung des § 56 JGG	31
d) Vollstreckbarkeitsbescheinigung	32
VIII. Vollstreckung mehrerer Freiheitsstrafen	34
IX. Ordnungs- und Zwangsmittel	35

Alphabetische Übersicht

Adhäsionsverfahren 4
Amnestie 7, 8
Begnadigung 7, 8
Bundestagsabgeordnete 9
Entziehung der Fahrerlaubnis 9
Ermessensentscheidung 7
Europäisches Parlament 10
Fahrverbot 9
Geldstrafe 9
Gesamtstrafe 25 ff.
Immunität 9 f.
Landtagsabgeordnete 10
Nebenfolgen 9
Ordnungswidrigkeitenverfahren 5
Rechtskraft
– absolute 21
– Eintritt 12 ff.
– formelle 11
Teilvollstreckung 22 ff.
Teilvollstreckungsanordnung 3
– nach § 56 JGG 2 f.
Vollstreckungsverjährung 6, 8
Vollstreckbarkeit
– Ausnahmen 2 ff., 7
– vorläufige 1
Vollstreckbarkeitsbescheinigung 32
Vollstreckungsaufschub 8
Vollstreckungshindernisse 8 ff.
Vollstreckungspflicht 6 ff.

I. Vollstreckung erst nach Rechtskraft

1. Grundsatz. Nach dem vor dem 1.10.1879 in mehreren Bundesstaaten geltenden Recht war es im Interesse des Verurteilten unter gewissen Voraussetzungen gestattet, mit der Vollstreckung der Strafe schon vor dem Eintritt der Rechtskraft des Urteils zu beginnen. Dies ist nach der Strafprozessordnung nicht statthaft, denn eine **vorläufige Vollstreckbarkeit** kennt die Strafprozessordnung nicht. Der **Begriff des Strafurteils** ist hier nicht im formellen Sinne des § 260 zu verstehen, sondern umfasst auch Urteilssurrogate, wie Strafbefehl, Entscheidungen nach §§ 460, 462 und solche in einem „Nachverfahren" **1**

getroffenen Entscheidungen, die einem Strafurteil die ihm zunächst fehlende Vollstreckbarkeit erst verschaffen oder die ihm entzogene Vollstreckbarkeit wieder verschaffen wie der Widerruf der Strafaussetzung zur Bewährung (§ 453 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 56f Abs. 1 StGB), des Straferlasses (§ 453 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 56g StGB), der Aussetzung des Strafrestes (§ 454 Abs. 4, § 453 Abs. 1 Satz 1 i. V.m. § 57 Abs. 5 StGB) oder der Unterbringung (§ 463 Abs. 6 i.V.m. § 67g Abs. 1 bis 3 StGB) und die durch Beschluss erfolgende Verurteilung zu der vorbehaltenen Strafe nach Verwarnung mit Strafvorbehalt (§ 453 Abs. 1 Satz 1 i.V.m. § 59b StGB).[1] Wird ein auf Freiheitsstrafe lautendes Urteil in der irrtümlichen Annahme vollstreckt, es sei bereits rechtskräftig, so rechnet die tatsächliche Verbüßung bei der Strafzeitberechnung in vollem Umfang wie eine ordnungsgemäß verbüßte Strafe.[2]

2. Ausnahmen

2 a) **§ 56 JGG.** Nach § 31 JGG wird bei **mehreren Straftaten** eines Jugendlichen nur **einheitlich** die Reaktion festgesetzt. Das Gleiche gilt bei mehreren Straftaten eines Heranwachsenden, wenn Jugendstrafrecht angewendet wird (§ 105 JGG). Es wird also – abweichend von §§ 53 bis 55 StGB – nicht für jede der Taten eine besondere Strafe verhängt, aus denen sodann eine Gesamtstrafe gebildet wird, sondern die Mehrheit der festgestellten Straftaten wird für den Strafausspruch als Gesamtkomplex einheitlich bewertet (vgl. § 31 Abs. 3 JGG), so, als ob sie zusammen nur eine Straftat darstellten. Nach dem Grundsatz des § 449 käme eine Vollstreckung aus dem Urteil erst in Betracht, wenn die Einheitsstrafe rechtskräftig festgesetzt ist. Hier greift § 56 JGG ein. Er räumt bei Anfechtung eines Urteils, wenn die Schuldfeststellungen bei allen oder einem Teil der Taten nicht beanstandet worden sind, dem Rechtsmittelgericht die **Befugnis** ein, vor der Hauptverhandlung (durch Beschluss) das Urteil für einen **Teil der Einheitsstrafe für vollstreckbar zu erklären**, wenn es dem wohlverstandenen Interesse des Angeklagten entspricht (§ 56 Abs. 1 Satz 2 JGG).[3]

3 § 56 JGG war im Gesetzgebungsverfahren sehr umstritten. Insbesondere hatte der Bundesrat die Streichung der Vorschrift vorgeschlagen, weil die **Teilvollstreckung** dem Grundsatz des § 449 widerspreche und sie deshalb aus rechtsstaatlichen Gründen nicht förderungswürdig erscheint.[4] Im Bundestag setzte sich indessen die Auffassung durch, es sei wenig sinnvoll, eine Untersuchungshaft bestehen zu lassen, wenn dem Strafvollzug kein sachlich berechtigter Hinderungsgrund mehr im Wege stehe, weil die vom Beschwerdeführer als zutreffend anerkannten Schuldfeststellungen offensichtlich ausreichen, um eine Jugendstrafe – gegebenenfalls von kürzerer Dauer – aufrechtzuerhalten. Die Teilvollstreckung bedeute zwar einen Bruch mit dem Grundsatz des § 449, sie ergebe sich aber aus der rechtlichen Konstruktion der Einheitsstrafe. Die Richtlinien zu § 56 JGG empfehlen **Zurückhaltung bei der Teilvollstreckungsanordnung**. Danach ist vor allem zu bedenken, dass sich bei einem Wegfall einzelner Schuldfeststellungen ein anderes Bild von der Persönlichkeit des Jugendlichen (oder Heranwachsenden bei Anwendung

---

[1] Wegen weiterer Nachtragsentscheidungen dieser Art vgl. § 14 StVollstrO.

[2] KG JR **1964** 310.

[3] *Brunner/Dölling* § 56, 3; *Eisenberg* § 56, 3 ff.; ähnlich auch *Bringewat* 4, der aber darüber hinaus verlangt, dass auch die Strafzumessungstatsachen zumindest teilweise un-beanstandet und damit rechtskräftig geworden sind, und auch diese Art der Vollstreckung deshalb als eine endgültige (Teil)vollstreckung wertet.

[4] *Eisenberg* § 56, 4 ff.; **a.A.** *Meyer-Goßner* 6.

des Jugendstrafrechts) ergeben und damit die Verhängung von Jugendstrafe überhaupt entbehrlich werden kann.[5]

b) Eine weitere Ausnahme gilt für die Entscheidung im **Adhäsionsverfahren** (§ 406 Abs. 2), weil das Strafurteil hier die Funktion eines Urteils des Zivilrichters übernimmt. Das Gericht erklärt die Entscheidung für vorläufig vollstreckbar (§ 406 Abs. 3 Satz 2). Die §§ 708 bis 712, 714, 716 ZPO gelten entsprechend (§ 406 Abs. 3 Satz 2 2. Hs.). **4**

3. Für **Bußgeldentscheidungen** wegen Ordnungswidrigkeiten enthält § 89 OWiG eine dem § 449 entsprechende Vorschrift. **5**

II. Vollstreckungspflicht

1. Grundsatz. § 449 verbietet seinem Wortlaut nach lediglich, die Vollstreckung aus einem Strafurteil vor seiner Rechtskraft zu betreiben. Eine **Pflicht zur Vollstreckung** des rechtskräftigen Urteils spricht er aber nicht ausdrücklich aus, auch nicht § 451, der lediglich bestimmt, welche Behörde Vollstreckungsbehörde ist und welcher formalen Voraussetzungen es zur Vollstreckung bedarf. Gleichwohl kann an der Vollstreckungspflicht kein Zweifel bestehen. Diese **Pflicht** erschien im Zeichen des Legalitätsprinzips (§ 152) dem Gesetzgeber so selbstverständlich, dass er einen besonderen Ausspruch für überflüssig hielt. Sie ergibt sich auch ohne weiteres aus § 258a StGB sowie aus den §§ 451, 455 ff.[6] § 1 des Entwurfs eines StVollzG 1927 wollte in Anlehnung an § 152 Abs. 2 förmlich die Vollstreckungspflicht festschreiben. Auch § 84 Abs. 1 JGG bringt die Vollstreckungspflicht zum Ausdruck. Es ist nach alledem nur eine Klarstellung der Rechtslage, wenn die §§ 2, 3 StVollstrO die Vollstreckungsbehörden anweisen, zu prüfen, ob die Voraussetzungen der Vollstreckung gegeben sind und die zur Durchführung der Entscheidung erforderlichen Maßnahmen mit Nachdruck und Beschleunigung zu treffen. Im **Vollstreckungsverfahren** gilt Art. 6 Abs. 1 Satz 1 EMRK nicht. Ob bei Vorliegen besonderer Umstände ausnahmsweise die Vollstreckung wegen einer Verletzung des Vertrauensgrundsatzes unzulässig ist, bedarf einer Einzelfallprüfung.[7] Grundsätzlich besteht für die Vollstreckungsbehörde bis zum **Eintritt der Vollstreckungsverjährung** (§§ 79 ff. StGB) Vollstreckungspflicht. **6**

2. Ausnahmen. An die Stelle der Vollstreckungspflicht kann nach gesetzlicher Vorschrift **Ermessensfreiheit** treten (§ 455 Abs. 3, § 455a Abs. 1, §§ 456, 456a, 456c Abs. 2, § 459a; § 96 OWiG betr. die Erzwingungshaft), und zwar auch in der Form, dass es der Vollstreckungsbehörde freisteht, beim Gericht die Anordnung der Nichtvollstreckung anzuregen (§ 459f, 6). Die Vollstreckungspflicht ist **gehemmt** bei nicht endgültigen Vollstreckungshindernissen, z.B. in den Fällen des § 455 Abs. 1 und 2, sowie bei Strafaufschub und Strafunterbrechung im Weg der Gnade[8] und wenn das Gericht eine Aussetzung oder Unterbrechung der Strafvollstreckung beschließt (z.B. nach § 360 Abs. 2, § 458 Abs. 3). Die Vollstreckungspflicht **entfällt,** wenn der staatliche Vollstreckungsan- **7**

---

[5] Bedenken erheben auch *Eisenberg* § 56, 6, 10; *Bringewat* 6.

[6] *Groß* StV **1987** 36; *Küppers* JR **1992** 392; *Bringewat* 28. Allerdings gibt es keinen Vorrang im Sinne einer Vollstreckung um jeden Preis (*Pohlmann/Jabel/Wolf* § 2, 3).

[7] OLG Karlsruhe NStZ **1997** 253.

[8] OLG Düsseldorf JR **1992** 391; *Küppers* JR **1992** 392; *Meyer-Goßner* 4.

spruch erlischt: etwa durch **Amnestie**[9] – insbesondere wenn im Zusammenhang mit einer umfassenden oder partiellen Strafrechtsreform der Erlass rechtskräftig verhängter und noch nicht vollstreckter Strafen wegen solcher Taten angeordnet wird, die nach neuem Recht nicht mehr strafbar sind, so z.B. Art. 313 EGStGB 1974 – durch Einzelgnadenerweis oder Verjährung. Daraus folgt wiederum, dass die Staatsanwaltschaft als Vollstreckungsbehörde die erneute Vollstreckung betreiben muss, wenn das Vollstreckungshindernis wegfällt. Der gerichtliche Rechtsschutz wird alsdann nach § 458 Abs. 1, §§ 462, 462a gewährleistet.[10]

III. Vollstreckungshindernisse

8 **1. Allgemeines.** Vollstreckungshindernisse sind **von Amts wegen** zu beachten. Sie machen die Vollstreckung **unzulässig.** Als solche Hindernisse kommen der Erlass einer **Amnestie,** die **Begnadigung** des Verurteilten (§ 452), der Eintritt der **Vollstreckungsverjährung** (§§ 79 ff. StGB), aber auch der **Grundsatz der Spezialität** bei der Auslieferung einer Person aus einem ausländischen Staat in die Bundesrepublik in Betracht.[11] Als Vollstreckungshindernisse im weiteren Sinne gelten die Gewährung von **Vollstreckungsaufschub** (§ 455 Abs. 1 und 2, § 456) sowie die **Unterbrechung** der Vollstreckung **im Gnadenwege** oder aufgrund eines ausdrücklichen oder auch stillschweigenden Verzichts eines die Abschiebung in die Bundesrepublik betreibenden ausländischen Staates,[12] die Unterbrechung aufgrund einer **gerichtlichen Anordnung** nach § 458 Abs. 3 Satz 1 2. Hs., die **rechtskräftige Aussetzung** eines Strafrestes nach § 57 StGB i.V.m. § 454 Abs. 2. Der Widerruf einer Aussetzung nach §§ 56f, 57 Abs. 5 StGB stellt noch kein Vollstreckungshindernis dar. Da es sich dabei um einen neuen Gestaltungsakt handelt, wird dieser erst mit dem Eintritt seiner Rechtskraft vollstreckungsfähig.[13]

2. Immunität

9 **a) Bundestagsabgeordnete.** Zur Vollstreckung einer Freiheitsstrafe oder einer freiheitsentziehenden Maßregel der Besserung und Sicherung gegen einen Bundestagsabgeordneten bedarf es nach Art. 46 Abs. 3 GG der **Genehmigung** des Bundestags.[14] Eine früher erteilte Genehmigung zur Strafverfolgung (Art. 46 Abs. 2 GG) umfasst die Genehmigung zur Strafvollstreckung nicht (Nr. 192 Abs. 1 RiStBV).[15] Einer Vollstreckungsgenehmigung bedarf es auch dann, wenn eine Strafverfolgungsgenehmigung nicht erforderlich war, weil das Verfahren bereits vor Erlangung der Abgeordneteneigenschaft eingeleitet war.[16] Streitig ist, ob eine besondere Vollstreckungsgenehmigung auch dann erforderlich

---

[9] OLG Dresden NStZ **1993** 557; OLG Rostock MDR **1993** 1231.

[10] OLG Dresden NStZ **1993** 357: Vollstreckung einer zunächst durch Amnestiebeschluss ausgesetzten Freiheitsstrafe zufolge erneuter Freiheitsstrafe während einer dreijährigen „Bewährungszeit".

[11] KK/*Appl* 23; vgl. im Einzelnen *Röttle/Wagner* Rn. 664 ff.

[12] OLG Düsseldorf MDR **1992** 1078: zur Abschiebung eines Verurteilten aus der damaligen DDR in die Bundesrepublik.

[13] *Bringewat* 29; KK/*Appl* 22.

[14] Wegen des bei der Einholung der Genehmigung zu beachtenden Verfahrens vgl. Nr. 192 Abs. 1 bis 3 RiStBV.

[15] *Röttle/Wagner* Rn. 661.

[16] OLG Celle NdsRpfl. **1953** 72; OLG Oldenburg NdsRpfl. **1954** 53; *Bockelmann* Unverfolgbarkeit der Abgeordneten nach deutschem Immunitätsrecht (1951), 41; *Eb. Schmidt* I Nr. 153; *H. Meyer*, 10 ff.